blätter des iz3w











Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e.V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Do. 10-13 u. 15-18 Uhr, Fr.. 11-13 u. 15-17 Uhr

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Frank Ballot, Andrea Borchers, Horst Breit, Konrad Fisch, Uwe Göde, Uwe Hartwig, Daniela Heuberger, Hilmar Höhn, Uwe Jungfer, Christa Kernbichl, Tilman Lamparter, Georg Lutz, Christel Opeker, Gunhild Rauch, Gerhard Rieger, Bernd Riegraf, Nivien Saleh, Klaus Schreiner, Jörg Später, Ulrike Steckkönig, Sigi Weber, Regine Wlassitschau, Udo Wolter.

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten. (ca. 18 000 Zeichen)
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 1318621/22

Vertrieb für Buchhandel:
prolit verlagsauslieferung gmbh, Siemensstraße 16, Postfach 9, 6301 Fernwald (Annerod)
Telefon: (0641) 4 30 71

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 48,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 38,- DM).
Kündigung zum Jahresende (schriftlich)
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich

Schweiz: SFR 50,- (bzw. 40,-)
Österreich: ÖS 385,- (bzw. 315,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 55,- (bzw. 45,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 71,90 (bzw. 61,90)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 78,50 (bzw. 68,50)
Australien, Südpazifik: 85,10 (bzw. 75,10)

Einzelpreis: DM 6,-/SFR 6,-/ÖS 42,- (zuzügl. Porto)

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10 157 108 110

Redaktionsschluß für Nr. 178:
11.11.1991

Anzeigenschluß für Nr. 178:
(Druckfertige Vorlagen) 25.11.1991



Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Inhaltsverzeichnis

Schwerpunkt Nr. 178: Nationalismus

EG-Binnenmarkt - BRDDR - Diskussion um Asylrecht - faschistische Übergriffe - Jugoslawien: Die sich überstürzenden Ereignisse der letzten Jahre fordern eine Diskussion über Nation und Nationalismus geradezu heraus. Teil 1 des Themenschwerpunkts (Nr. 178, erscheint Anfang Dezember) wird sich u.a. mit der Nationenbildung in Europa, mit dem Zusammenhang zwischen Rassismus und Nationalismus und dem Verhältnis der Linken zu Nationalismus auseinandersetzen. In einem 2. Teil (erscheint Frühjahr 1991) sollten dann nationalistische Entwicklungen in der Dritten Welt untersucht werden. Anregungen und Beiträge zum 1. Teil bitte bis zum 4. November an die
Redaktion der
"blätter des iz3w"
Postfach 5328
7800 Freiburg
Das Heft kann gegen 6,- DM Vorkasse (Scheck, bar oder in Briefmarken) bei der obigen Adresse vorbestellt werden.

Einladung zur LeserInnen-Heftkritik

Liebe Freiburger AbonentInnen,

Monat für Monat, ist die Redaktion der "blätter" damit beschäftigt die Zeitschrift mit interessanten Analysen, Länderberichten und aktuellen Schwerpunktthemen zusammenzustellen. Dabei schmoren wir oft im eigenen Saft und verlieren leicht die Bodenberührung bei abgehobenen Debatten. Was uns fehlt ist die Meinung und das Interesse unserer LeserInnen.

Wie findest Du die "blätter" ?
Sind die Themenschwerpunkte interessant ?
Was behindert die Lesbarkeit der "blätter" ?
Welche Themenbereiche kommen viel zu kurz ?

Wie beurteilst Du die letzten beiden Hefte ?

Fragen über Fragen zum Aufbau der "blätter". Außer aus der Abo-Kurve und den wenigen Briefen, die sich zumeist ausschließlich zu Artikeln äußern, haben wir nur unzureichend Kontakt zu unseren LeserInnen. Auch die LeserInnen-Analyse im letzten Jahr brachte wenig klare Informationen.

Deswegen: Einladung der Redaktion der "blätter" zu einer
Heftkritik/-besprechung am Samstag
den 16. November, um 14.00 Uhr.
in der Aktion Dritte Welt,
Kronenstr. 16 (HH)

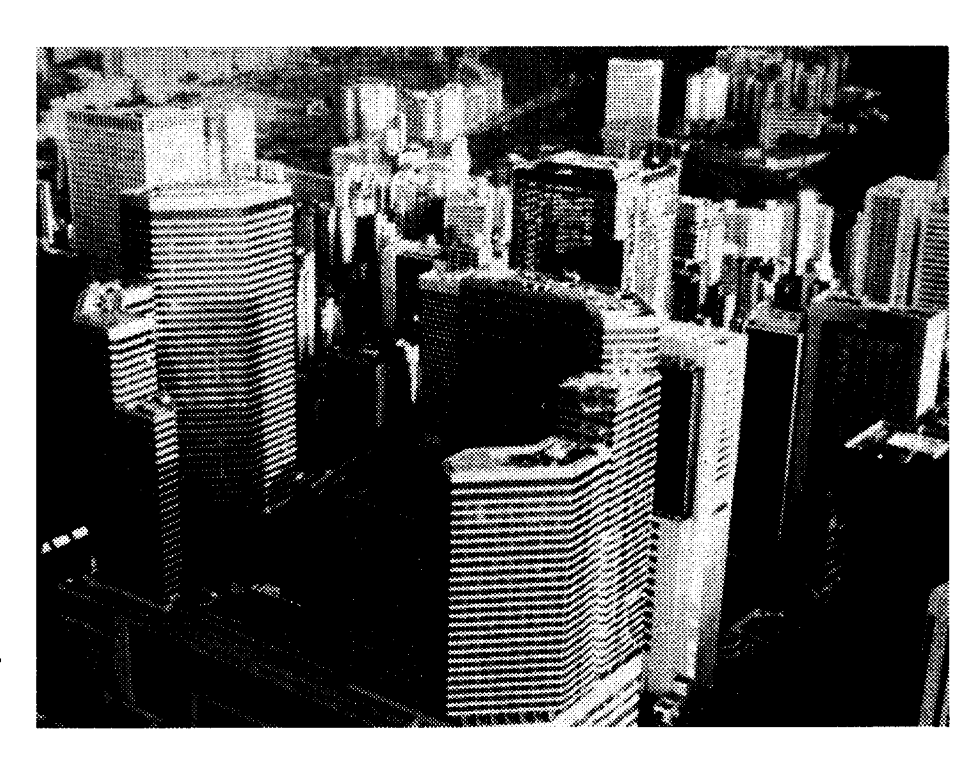
Zur Gestaltung einer angenehmen Atmosphäre bitten wir um telefonische **Anmeldung: Tel. 0761/74003**

Einladung zur LeserInnen-Heftkritik

Hongkong im Schatten Pekings

Die Situation nach den Wahlen

"The power is in your hands!", die Macht ist in euren Händen, kein Slogan aus der Kulturrevolution, sondern ein Werbespruch, den sich eine Agentur im Auftrag der britischen Kolonialverwaltung ausgedacht hatte, um die Bewohner Hongkongs zum Wählen zu motivieren. Was wählt man aber, wenn man keine Wahl hat? Für die Bewohner Hongkongs war dies am 15. September dieses Jahres keine theoretische Frage, sondern eine, die wieder einmal alle Existenzängste aufkommen ließ. Das magische Wort heißt 1997. Dann endet die britische Kolonialherrschaft und Hongkong wird nach eineinhalb Jahrhunderten wieder von Peking aus regiert. Wenn der Union Jack herabsinkt, das läßt sich schon heute sagen, wird kaum jemand in der bisherigen Kronkolonie jubeln.



Nicht, daß man den autokratisch regierenden britischen Kolonialherren nachtrauern wird, aber die Mehrheit der Bewohner hat nur ein denkbar geringes Vertrauen in die Herrscher im fernen Peking. Schließlich sind die meisten Einwohner Hongkongs selbst oder aber ihre Eltern aus der Volksrepublik geflüchtet. Das Mißtrauen wuchs dramatisch, als in Peking die Proteste der Bevölkerung auf dem Platz des Himmlischen Friedens und andernorts am 4. Juni 1989 mit brutalsten Mitteln niedergeschlagen wurden. Jede Woche verlassen mittlerweile über tausend Bewohner die Kronkolonie für immer. Bis 1997 wird voraussichtlich jeder 13. der 6 Millionen Bewohner Hongkongs das Land für immer verlassen haben. Sie haben ihre Wahl für die USA, Kanada, Australien oder Singapur getroffen. Vor allem den gut gebildeten und wohlhabenden Chinesen steht dieser Weg in die Ferne offen, die Armen müssen bleiben. Kaum ein Wort hört der Besucher in diesen Monaten häufiger als das Wort "Vertrauenskrise".

Eingeschränkte Wahlen

Die, die noch da sind, hatten jetzt erstmals die Wahl, eine in verschiedener Hinsicht eingeschränkte Wahl.

Nur knapp ein Drittel der 60 Abgeordneten des Parlaments wurde von der gesamten Bevölkerung gewählt. Ein weiteres Drittel wurde über ein relativ kompliziertes und insgesamt für die Armen sehr unfaires Verfahren von Berufsverbänden und Unternehmervereinigungen ins Parlament entsandt, das letzte Drittel wird vom britischen Gouverneur ernannt. Das reiche Establishment, das schon seit langem das Land beherrscht, konnte den Wahlen also ohne große Befürchtungen entgegensehen, zumal die Befugnisse des Parlaments ohnehin begrenzt sind. Zu alledem kamen noch massive Wahlbeeinflussungsversuche der chinesischen Regierung, die recht offen ihr genehme Kandidaten unterstützt hat und eindringlich vor der Wahl liberaler oder gar progressiver Kandidaten warnte.

Hongkonger Konzerne und Peking arrangieren sich

Die Wahlen haben das ganze Dilemma Hongkongs aufgezeigt. Die britische Regierung ist daran interessiert, das Land ohne vorherige chaotische Zustände verlassen zu können und dabei auch die Interessen der britischen Konzerne sowohl in Hongkong selbst als auch in der Volksrepublik zu wahren. Dies ist nur durch ein Einvernehmen mit den Mächtigen in Peking und dem reichen Establishment in Hongkong möglich. Da trifft es sich gut, daß die Reichen der Kolonie und die Regierenden in Peking enge Bezie-

hungen pflegen, die nicht auf ideologischer Nähe, sondern auf gemeinsamen ökonomischen Interessen beruhen. Viele Hongkonger Konzerne haben Milliardenbeträge in den angrenzenden Provinzen der Volksrepublik investiert, und dort zwei Millionen Arbeitsplätze geschaffen. Außerdem ist ihnen natürlich an der Erhaltung ihres Einflusses in Hongkong selbst gelegen. Und das hat seinen Preis, wie die Konzerne schon seit langem wissen, nämlich das Wohlverhalten gegenüber Peking.

Die chinesische Regierung ihrerseits ist dringend auf Auslandskapital und auf eine florierende Wirtschaft in Hongkong angewiesen, um ihre Modernisierungsbemühungen am Laufen zu halten. Ein Hongkong, das nicht mehr eines der vier bedeutendsten Finanzzentren der Welt ist, aus dem alle Konzerne mit ihrem Milliardenvermögen geflüchtet sind und in dem eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht, wäre ein Alptraum für die ohnehin mit großen Wirtschaftsproblemen geplagten Bürokraten in Peking.

Also arrangiert man sich, wobei die Hongkonger Magnaten erfahren genug sind, sich für alle Eventualitäten abzusichern. Ein britischer oder anderer ausländischer Paß und die Verlagerung des offiziellen Firmensitzes nach London oder auf die Bahamas sind allemal nützlich. Das prominenteste Beispiel ist die "Hong Kong and Shanghai Banking Corporation", die mit Abstand größte und traditionsreichste Bank der Kolonie, die ihren Hauptsitz für alle Fälle nach London verlegte.

Die Hongkonger Konzerne und die Regierung in Peking teilen zugleich eine Zurückhaltung gegen eine Demokratisierung des Stadtstaates. Die wirtschaftlich Mächtigen haben bisher im Einvernehmen mit der Kolonialregierung sehr viel mehr Einfluß gehabt, als sie dies nach wirklich demokratischen Wahlen erwarten könnten.

Die Regierung in Peking hat sich mit allen Mitteln gegen wirklich demokratische Wahlen zur Wehr gesetzt. Sie befürchtet, daß die übrigen Chinesen nicht einsehen würden, warum die Bewohner eines in China integrierten Hongkong politische Freiheiten genießen, die ihnen selbst verwehrt werden. "Demokratie wagen" ist aber nach den Veränderungen in Osteuropa mehr denn je zu einer Schreckensvision für die mächtigen alten Männer in Peking geworden.

Die Armen Hongkongs, die sich nicht den Paß eines Südseestaates als Lebensversicherung kaufen können, haben bisher wenig vom Reichtum der Wirtschaftsmetropole profitiert, und jetzt, wo ein kleiner Teil des Reichtums auch bis zu ihnen durchsickert, müssen sie fürchten, daß das Wirtschaftswunder einem raschen Ende entgegengeht. Über 300 000 Menschen leben in Slumsiedlungen an den Berghängen des kleinen Staates, über 30 000 auf Hausbooten, sehr romantisch aus der Perspektive der vorbeifahrenden Touristen, aber für die Betroffenen unter oft erbärmlichen Umständen. Ein Viertel aller Bewohner der florierenden Wirtschaftsmacht Hongkong ist nach eigener Einschätzung arm.

Bis 1997 werden voraussichtlich über 400 000 Menschen Hongkong verlassen haben.

Peking setzt sich durch

Was wird die Zukunft für sie bringen? Offiziell hat Peking dem Prinzip "Ein Staat - zwei Systeme" vertraglich zugestimmt, und so für die nächsten 50 Jahre eine weitgehende Eigenständigkeit Hongkongs zugesichert. Aber was sind solche Zusagen wert? Viel, meinen die Optimisten, weil Hongkong nur durch sein liberales Klima zum bedeutendsten Finanz- und Handelszentrum der Region aufsteigen konnte.

Wenig, meinen viele Bewohner Hongkongs, vor allem nach der massiven Intervention der Regierung Pekings in die Pläne für den Bau eines neuen Flughafens. Der jetzige Flughafen liegt mitten in einem dicht besiedelten Wohngebiet. Die britische Regierung hatte sich überlegt, dadurch das Vertrauen in Hongkongs Zukunft zu festigen, daß auf einer vorgelagerten Insel ein neuer Großflughafen entstehen sollte. Die Regierung in Peking rechnete schnell aus, daß sie für die Bezahlung des britischen Geschenks nach 1997 zur Kasse gebeten werden könnte und war außerdem über die britische Eigenmächtigkeit verärgert. Also gab es monatelang Konflikte und London mußte schließlich zustimmen, daß der Flughafen nur unter den politischen und finanziellen Auflagen der chinesischen Regierung gebaut wird, womit hinlänglich bewiesen war, wer das Sagen in Hongkong in den letzten fünf Jahren der Kolonialherrschaft haben wird. Ein weiterer Beweis war das nach Hongkonger Gesetzen illegale Einreiseverbot für einige Exilchinesen im Juli, die an einer Studentenkonferenz teilnehmen wollten. Der Druck Pekings hatte die britische Kolonialverwaltung veranlaßt, sich über die eigenen Gesetze hinwegzusetzen.

Die Regierung in Peking hat mittlerweile ein breit gefächertes Instrumentarium, um die Politik Hongkongs zu beeinflussen. Sie verfügt über Informanden in allen Behörden und großen Unternehmen, es gibt politische Gruppierungen, Gewerkschaften und Geschäftsleute, die ihr nahestehen, sie besitzt eine Reihe von Unternehmen in strategisch wichtigen Sektoren der Wirtschaft der Kronkolonie, sie führt regelmäßig Gespräche mit der Kolonialverwaltung und seit dem Konflikt um den Flughafen hat sie die feste Zusage, daß keine größeren Investitionen ohne ihre Mitwirkung geplant werden. All diese Aktivitäten werden von einer inoffiziellen chinesischen Nebenregierung koordiniert. Reicht all das nicht aus, wird von Peking aus ein Machtwort gesprochen. Spätestens das hat immer seine Wirkung gezeigt, aber meist reichen die anderen Instrumente aus, um die eigenen Vorstellungen durchzusetzen. Je näher 1997 rückt, desto geringer wird zudem das britische Interesse und desto mehr Bewohner Hongkongs werden sich scheuen, in einen offenen Konflikt mit den zukünftigen Herrschern einzutreten.

Medien im Schatten Pekings

Ein weiteres Beispiel für den langen Schatten Pekings ist das Medienwesen. Die inoffizielle chinesische Nebenregierung in Hongkong residiert ausgerechnet in den Büros der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua. Von hier aus wird

auch den Journalisten "nahegelegt", worüber besser nicht berichtet wird; vor allem die chinesische Demokratiebewegung ist ein Tabuthema. Es wird kein direkter Zwang ausgeübt, aber wer nach dem 1. Juli 1997 seine Zeitung weiter herausgeben oder als Journalist arbeiten möchte, der muß sich schon überlegen, wie er über welches Thema berichtet. Eine ganze Reihe von Medien hat schon Pläne für eine Umsiedlung in ein anderes asiatisches Land gemacht. Der Hongkong-Direktor der chinesischen Nachrichtenagentur, Xu Jiatun, hat sich 1990 der Kritik vieler Chinesen an ihrer Regierung angeschlossen und daraus die Konsequenz gezogen, sich nach Los Angeles abzusetzen. Daraufhin setzte die chinesische Regierung die Buddhisten Hongkongs so lange massiv unter Druck, bis sie den Namen des Dissidenten aus der Tafel der Stifter einer Buddha-Statue tilgten.

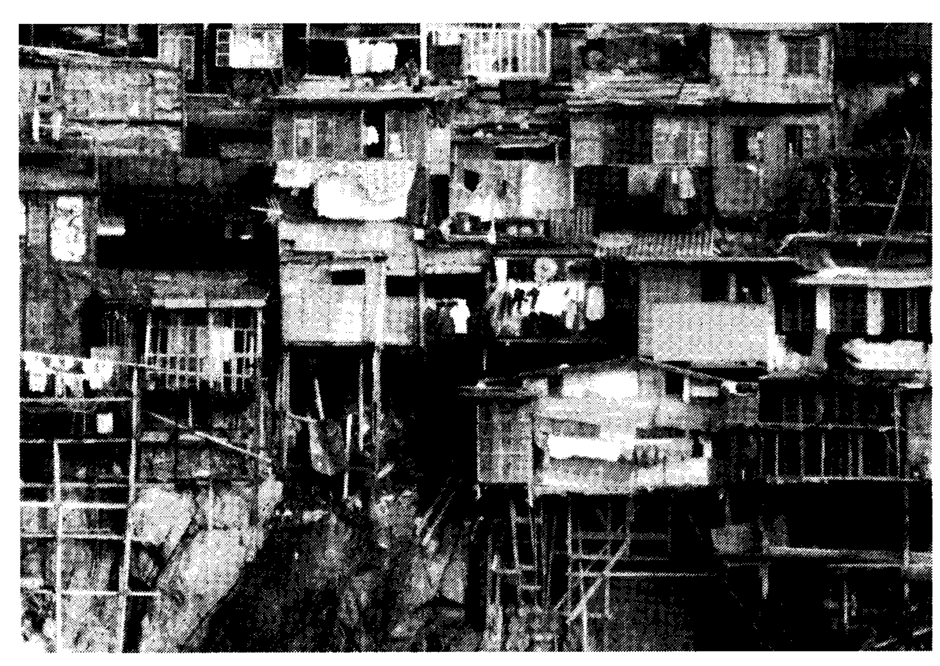
Auch die Christen des Landes stehen vor der Frage, ob und wie sie sich mit der Regierung in Peking arrangieren. Die Kirchen betreiben einen großen Teil der Schulen, Krankenhäuser und die Hälfte der Sozialeinrichtungen des Landes, all dies mit großer finanzieller Unterstützung des Staates. Ab 1997 wird von Peking aus entschieden, ob diese Zahlungen fortgesetzt oder eingestellt werden, letzteres würde zum Zusammenbruch der Einrichtungen führen, die gerade dem armen Teil der Bevölkerung dienen. Ein Anlaß zur Anpassung? Viele Kirchenführer sind vorsichtig gegenüber den zukünftig Mächtigen. Sie versprechen sich von einem Dialog mehr als von einer Konfrontation. Andere Christen sehen die Zeit für eine bekennende Kirche gekommen, die den Freiraum der nächsten Jahre noch nutzt, mehr soziale Gerechtigkeit und Demokratie durchzusetzen. Pastor Kwok Nai Wang, Leiter des ökumenischen "Hong Kong Christian Institute" betont: "Da sich die Bürger Hongkongs weder auf die chinesische, noch die britische Regierung verlassen können, wenn es darum geht, ihre Zukunft zu planen, müssen sie lernen, sich auf sich selbst zu verlassen. Worum es zunächst einmal geht, ist die Schaffung einer demokratischen Kultur in Hongkong." So sehen es auch viele Gewerkschafter, aber auch die Gewerkschaftsbewegung ist gespalten, in einen pro-chinesischen und einen chinakritischen Gewerkschaftsverband. Die Frage Widerstand oder Anpassung spaltet die gesamte Gesellschaft Hongkongs.

Soziale Spannungen

Die Debatte um die politische Zukunft Hongkongs kann nicht losgelöst gesehen werden von den wachsenden sozialen Spannungen, die sich zum Beispiel in einer rapide zunehmenden Kriminalität zeigen. Wenn der Traum vom unendlichen Boom zerbricht, dann wehren sich die Zukurzgekommenen und Ausgebeuteten um so konsequenter gegen ihre gegenwärtige Misere.

Diebstahl und Raub sind für manche die geeigneten Mittel, um am Reichtum zu partizipieren. Daß selbst die Villa des Polizeipräsidenten ausgeraubt wurde, hat viele Einwohner dieser traditionell sehr sicheren Stadt erheblich verunsichert.

Besonders arm dran sind die über 68.000 Hausangestellten aus den Philippinen, die trotz 14- oder 15-Stundentag nur ein sehr mageres Gehalt bekommen, und die nur deshalb bleiben, weil es ihnen in der Heimat noch schlechter gehen würde. Die Wohlstandsinsel Hongkong hat sie angelockt, und sie dürfen bleiben, solange man sie braucht. Überhaupt nicht willkommen sind die vietnamesischen Flüchtlinge, von denen mehr als 50 000 in, mit Stacheldraht umzäunten Camps leben. Viele von ihnen warten schon seit Jahren auf eine Anerkennung als politische Flüchtlinge und müssen ständig die Abschiebung fürchten. Das Ziel der Regierung ist die 'freiwillige' Rückkehr nach Vietnam. Das Motto scheint zu sein, daß die Lebensbedingungen in den Camps nur so unerträglich gestaltet werden müssen, daß die Rückkehr als das kleinere Übel erscheint. Viele der über 15 000 Flüchtlingskinder können sich an kein anderes Leben erinnern als an das hinter Stacheldraht in drangvoller Enge. Über 2 500 von ihnen sind ohne Eltern in die Camps gekommen und daher in besonderem Maße der unter den deprimierenden Lagerbedingungen unvermeidlichen Kriminaltät und Gewalt ausgesetzt. Die Regierung in Peking hat die Erwartung, daß das 'Flüchtlingsproblem' vor dem Fahnenwechsel 1997 gelöst sein wird.



Die BewohnerInnen dieser Slumsiedlung zählen mit Sicherheit nicht zu den potentiellen Auswanderern.

Moralischer Sieg für progressive Kandidaten

Was haben die Bewohner Hongkongs in einer solchen Situation gewählt? Etwa die Hälfte der Wahlberechtigten hat sich gar nicht erst in die Wählerverzeichnisse eintragen lassen, und von denen, die dann noch wahlberechtigt waren, sind über 60% nicht in die Wahllokale gegangen. Die, die gewählt haben, haben sich mit überwältigender Mehrheit für die liberalen und relativ progressiven Kandidaten entschieden. 16 der 18 frei gewählten Kandidaten gehören dem Wahlbündnis "United Democrats of Hong Kong" an oder stehen ihm politisch nahe. Zu den Gewählten gehören zwei prominente Kritiker der chinesischen Regierungspolitik. Die zwei Abgeordneten, die dem Wahlbündnis ferner stehen, gelten als chinafreundlich, haben dies im Wahlkampf aber vorsichtshalber nicht allzu deutlich gesagt. Alle von der chinesischen Regierung offen unterstützten Kandidaten fielen glatt durch. Die Hongkonger Geschäftswelt und die Regierung in Peking zeigten sich gleichermaßen enttäuscht. Panik brach in diesen Kreisen allerdings nicht aus, schließlich wurde ja nur ein knappes Drittel der Abgeordneten direkt gewählt. So läuft das Geschäft ungestört weiter, "Business as usual", d.h. in Hongkong effizient und diszipliniert. Geblieben ist ein moralischer Sieg derer, die sich für ein freies und demokratisches Hongkong einsetzen.

Der Weg in die Zukunft

Geht es nach der chinesischen Regierung und den wirtschaftlich Mächtigen Hong-

kongs, und es wird vor allem nach ihnen gehen, dann ist der Weg Hongkongs in die Zukunft eindeutig geklärt. Hongkong wird trotz aller gegenteiligen Verträge und Beteuerungen in allen wichtigen Fragen von Peking aus regiert werden, der liberale Wahlsieg wird die chinesische Regierung in dieser Absicht wohl nur noch bestärken. Gleichzeitig werden die Konzerne einen großen Freiraum in der Entfaltung ihrer Aktivitäten eingeräumt bekommen, etwas, worauf die Gewerkschaften keineswegs rechnen können. Vom Otto-Versand bis zur Lufthansa haben auch viele deutsche Konzerne in den letzten Jahren ihr Hongkong-Engagement vergrößert, dies auch in der Hoffnung, daß ein mit China vereintes Hongkong einen noch besseren Zugang zu den chinesischen Märkten eröffnet. Um den Verlust an qualifizerten Fachkräften durch die massive Auswanderung auszugleichen, werden Experten aus anderen asiatischen Ländern nach Hongkong gelockt, kein Problem, denn diese Experten können mit ihrem philippinischen oder indonesischen Paß jederzeit in ihre Heimat zurück.

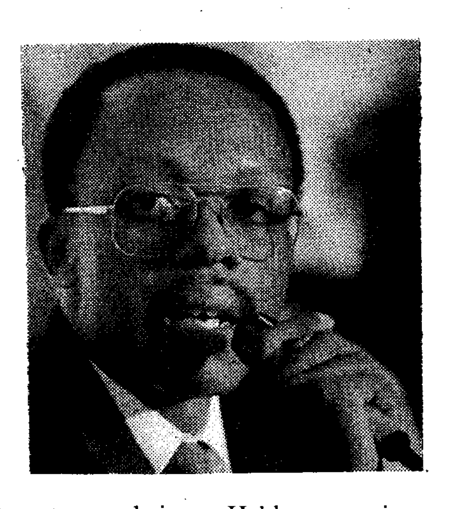
Es wird eine relativ liberale Fassade der Hongkonger Gesellschaft erhalten bleiben, vielleicht sogar mit einigen wenigen kritischen Medien, die sich aber nicht trauen dürfen, kritisch über China oder sensible Themen in Hongkong zu berichten. Die Zeiten, wo ausgerechnet die letzte Kolonie Asiens eine liberale Insel in einer Region autoritärer Regierungen war, geht dem Ende entgegen. Gibt es keine Hoffnung mehr? Vielleicht ein wenig, schließlich haben es die gut ausgebildeten und fleißigen Bewohner der Kolonie in einigen Jahrzehnten geschafft, den Sprung zu einem der bedeutendsten Handels- und Bankenzentren der Welt zu bewältigen. Ein wichtiger Faktor wird sein, ob die Welt Hongkong vergißt, oder ob das Engagement vieler Bewohner der Stadt für Menschenrechte und Demokratie eine Unterstützung findet. Ein demokratisches Hongkong, das haben die Regierenden in Peking richtig erkannt, wäre ein destabilisierender Faktor für das autoritäre Regime, was man auch als Chance sehen kann. Daß es eine solche Chance geben wird, ist eher unwahrscheinlich. Fast rührend wirkt da die von vielen Hongkonger Organisationen initiierte Kampagne "We love Hong Kong". Mit Konzerten und Malwettbewerben kann wohl kaum mehr geleistet werden, als diejenigen etwas zu trösten, die vor dem 1. Juli 1997 keinen Jumbojet für eine Reise ohne Rückkehr betreten können.

Frank Kürschner-Pelkmann

Die Vereinigten Demokraten

Die 'Vereinigten Demokraten von Hongkong' haben allein zwei Drittel der Parlamentssitze gewonnen, die durch freie Wahlen vergeben wurden. Das Wahlbündnis geht auf die breite Massenbewegung zurück, die von 1989 an gegen die Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik China protestiert hat. Eine Reihe von Spitzenkandidaten der 'Vereinigten Demokraten' spielen eine prominente Rolle in der 'Hongkonger Allianz zur Unterstützung der demokratischen Bewegung in China', einer Menschenrechtsorganisation, die in Peking als 'subversiv' eingeordnet wird. Außer der Ablehnung des repressiven Regimes in Peking verbindet das Wahlbündnis die Hoffnung auf ein wirklich demokratisches Hongkong. Es gibt allerdings noch große persönliche und politische Differenzen innerhalb des siegreichen Bündnisses, das von radikalen Basisorganisationen bis zum liberalen Bürgertum reicht.

Belastend wird sich auch das schlechte Verhältnis zu der zukünftig mächtigen Regierung in Peking auswirken. Schon vor den Wahlen machte einer der Spitzenkandidaten einen Freundlichkeitsbesuch bei der Xinhua-Agentur, wurde aber schroff abgewiesen. Nach den Wahlen spricht einiges dafür, daß die Sieger der Wahl und die Sieger im Machtkampf um die Zukunft Hongkongs versuchen werden, Brücken zu bauen. Das Wahlbündnis würde vermutlich an einem scharfen Konfrontationskurs mit Peking zerbrechen, und die Chinesische Regierung ihrerseits hat ein Interesse, die Verbindungen zumindest zum liberalen Flügel innerhalb der Hongkonger Demokraten nicht abbrechen zu lassen.



Böses Spiel um einen mutigen Präsidenten

Putsch in Haiti. In der Nacht zum Sonntag den 29. September übernahmen die Militärs unter Armeechef Raoul Cedras die Macht. Blutige Bilanz: mehr als 1.000 Morde.

Ein Umsturz wie jeder andere in der Geschichte Haitis? Dieses Mal nicht. Der Putsch hat eine andere Qualität. Die Bevölkerung Haitis hatte im Dezember 1990, bei den ersten freien Präsidentschaftswahlen seit Jahrzehnten, mit einem klaren Nein das gesamte Spektrum traditioneller Parteienvertreter abgelehnt und Jean-Bertrand Aristide zum Präsidenten gewählt. Seit der Unabhängigkeit im Jahre 1804 hatten die wechselnden Machthaber- zivile wie militärische - eines gemeinsam: Sie schlossen 90% der Bevölkerung von politischer Mitbestimmung und staatlichen Dienstleistungen aus. So verarmte im Laufe der 187 jährigen Unabhängigkeit die Mehrheit der Bevölkerung. Mit dem katholischen Priester Aristide kam erstmals ein Vertreter der Menschen an die Macht, die unter sklavenähnlichen Verhältnissen auf Zuckerrohrfeldern der Dominikanischen Republik arbeiteten bzw. als waghalsige Boat-People in benachbarten Ländern nach Überlebenschancen suchten.

Die Präsidentschaftswahl war ein richtiges Volksfest, ein "Lavalas" (kreolisches Wort für Erdrutsch). Die Bewegung hatte das Ziel: Von einer menschenunwürdigen Misere zu einer menschenwürdigen Armut, - wie J.-B. Aristide sein Regierungsprogramm nannte. Mehr hätte in den fünf Jahren Amtszeit nicht erreicht werden können. Doch selbst das stellte eine große Gefahr für die wirtschaftliche und politische Elite dar.

Die Militärs fürchteten um ihre Macht. Die Regierung Aristide hatte ein Gesetz ausgearbeitet, das die Polizei von der Militärverwaltung trennen sollte. Dafür war bereits finanzielle und technische Unterstützung aus der Schweiz und Frankreich zugesagt. Auch die Nutznießer des Drogenhandels, eng mit den alten Machthabern verwickelt, sahen ihre Geschäfte schwinden. Der gezielte Kampf der neuen Regierung gegen Korruption, Schiebereien und sonstige illegale Geschäfte machte ihnen das Leben schwer. Selbst der undurchdringliche Privilegienfilz zwischen Industriellen, Staatsverwaltung und sonstigen Postenreitern war aufgrund administrativer Reformen in Gefahr.

Im Gegensatz zu dem Putschversuch der Tontons Macoutes vom 6. Januar diesen Jahres, der weitgehend ohne die Militärs stattfand, ist dieser Putsch besser vorbereitet und von einer größeren Koalition getragen. Damals überschätzte Roger Lafontant, der Führer der "Tontons Macoutes", der Killerbatallone des Diktatorenclans der Duvaliers, seine Position. In einem spontanen Aufschrei reagierte damals, wenige Wochen nach der Wahl, die Bevölkerung Haitis massenhaft auf den Umsturz und besetzte die Straßen.

Dieses mal besetzten die Militärs die Radiostationen, zwangen die Bevölkerung mit ihrem blutigen Terror zum Schweigen und veröffentlichten ein Dossier über die angeblichen Menschenrechtsverletzungen der Regierung unter dem Priester Aristide. Die schwach organisierte Wählerschaft Aristides erstarrte in einem Schock. Erst eine Woche nach dem Putsch riefen Widerstandskomitees zum Generalstreik auf.

Die Rolle der Dominikanischen Republik und der USA ist eindeutig. Die Politik des Nachbarstaates versuchte mittels Ausweisung von 20.000 HaitianerInnen in den letzten drei Monaten das ärmste Land Amerikas zu destabilisieren. Außerdem verließen weitere 80.000 aus Angst vor Repressalien die Dominikanische Republik. Hintergrund waren die Bemühungen Aristides, den Menschenhandel mit billigen haitianischen Arbeitskräften für die Zuckerindustrie, des spanischsprachigen Narbarn zu unterbinden.

Die Rolle der USA ist zweideutig. Einerseits muß sie auf Internationale Interessen Rücksicht nehmen. Sowohl bei der Ausreise Aristides als auch bei allen Maßnahmen zur Wiedereinsetzung des legitimen Präsidenten hat Frankreich die führende Rolle übernommen, stets begleitet von der eindeutigen Zustimmung Venezuelas. Dem folgte eine rein verbale Unterstützung von der US-Administration. Andererseits machte das State Department keinen Hehl aus seiner Unterstützung für den ehemaligen Weltbankmitarbeiter Marc Bazin, bei den haitianischen Präsidentschaftswahlen. Bazin, auch Mr. Clean genannt, der kurzzeitig Finanzminister für den Diktatorenclan war, sicherte den neuen Machthabern technische Unterstützung zu. In den acht Monaten Regierungszeit hatte die Bush- Administration die Bemühungen Aristides mit Zurückhaltung verfolgt. Auch wenn sie jetzt den drastischen Embargo-Maßnahmen in der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) zugestimmt hat, dürfte es verwundern, wenn sie von dem durch lange Hand vorbereiteten Militärputsch nichts wußte. Die Abkehr der US- Regierung vom haitianischen Präsidenten wird durch den Vorwurf von angeblich nicht eingehaltenen Menscherechten vorbereitet.

Aristide suchte in der Außenpolitik engen Kontakt zu multilateralen Organisationen, wie der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) oder der UNO, um die Einflußmöglichkeiten der USA zu begrenzen. Damit unterlief er die politischen Interessen der USA. Jetzt wird sich zeigen, ob die OAS, und damit in erster Linie Mexico und Venezuela ein ernstzunehmendes politisches Gewicht haben und den demokratischen Kurs in Lateinamerika stabilisieren wollen.

Die Bush-Administration muß deutlich machen, ob ihre Kampagne zur Verteidigung der Demokratie, die in erster Linie gegen Cuba gerichtet ist, auch für den eindeutig demokratisch gewählten Präsidenten Haitis ernst zu nehmen ist. Der Kampf der "Ausgeschlossenen", die Hoffnung Haitis, hat mit diesem Putsch eine dramatische Dimension gewonnen.

Caroll Sambale-Tannert
Haiti Informationsdienst Wiesbaden

Haiti-Info-Telefon: 06127/62676
Spenden für Haiti-Informationsdienst Obergasse 19, D-6200 Wiesbaden bei Nassauische Spaßkasse Wiesbaden: Blz.:510 500 15, Konto: 115 021 451

"Es ist verboten zu verbieten"

Die brasilianische Arbeiterpartei PT auf neuem Kurs?

"Neues Leben für die PT" lautet das Motto des ersten Kongresses der brasilianischen Arbeiterpartei, der im November dieses Jahres Entscheidungen über den künftigen Kurs der Partei herbeiführen soll. Nicht nur der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus, der weltweit zu einer Krise der Linken geführt hat, sondern auch brasilienspezifische Bedingungen bringen die Wortführerin der brasilianischen Linken dazu, ihre Position neu zu überdenken.

Das Spektrum der Parteien, die sich in Brasilien zum linken Lager zählen, ist beträchtlich. Nachdem seit der Wiederzulassung aller politischen Parteien ein gutes Jahrzehnt vergangen ist[1], haben sich sukzessiv folgende Strömungen als Parteien konstituiert: die älteste Linie, die kommunistische Bewegung, ist gespalten in einen (ehemals) moskau- und einen albanienorientierten Flügel und in den beiden Parteien PCB und PCdoB organisiert. [2]Die bis in die 30er Jahre zurückreichende Tradition des Populismus, der eine fortschrittliche Arbeitsgesetzgebung mit der Anbindung der Gewerkschaftsbewegung an den Staatsapparat kombinierte, wird heute vor allem durch die PDT repräsentiert. Eine schwache, aber doch seit 1945 präsente Linie bilden die demokratischen Sozialisten in der PSB. Auf jüngere politische Bewegungen geht zum einen die Arbeiterpartei PT zurück, die vor gut 10 Jahren aus einem Konglomerat verschiedener sozialer Bewegungen und der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung hervorging und zum anderen die vor drei Jahren gegründete PSDB, die im Namen den Anspruch auf einen sozialdemokratischen Reformkapitalismus trägt. Dieses Spektrum hat seit den ersten freien Wahlen 1982 einen kontinuierlichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen und nimmt heute gut ein Viertel der Sitze im Abgeordnetenhaus ein.[3]

Gerade angesichts dieser Breite ist es verwunderlich, daß die PT als eine der jüngsten politischen Bewegungen die einzige Partei ist, die in einen wirklichen Prozeß der Neubewertung der politischen Gegenwart und des Sozialismus als Zukunftsprojekt eingetreten ist. Praktisch alle Seminare, Kongresse und Diskussionsrunden, die seit Beginn des Jahres landesweit stattfinden und die Folgen des Zusammenbruchs in Osteuropa für die lateinamerikanische und brasilianische Linke zu analysieren suchen, werden von der PT organisiert. In den kommunistischen Parteien PCB und PCdoB hat der Prozeß der Perestroika den geringsten Wandel ausgelöst. Sie wollen zunächst mit dazu beitragen, in Brasilien den noch unterentwickelten Kapitalismus voll zum Durchbruch zu bringen und die Arbeiterklasse zu organisieren. Die Mitwirkung in den Institutionen der bürgerlichen Demokratie oder gar in Regierungskoalitionen ist Teil dieser Strategie. Die Revolution ist Zukunftsmusik und die sozialistische oder kommunistische Utopie von geringer Relevanz für die Alltagspolitik. Auch die populisitsche PDT scheint von den Entwicklungen wenig berührt. Für sie spielt allerdings die programmatische Orientierung eher eine untergeordnete Rolle[4]. Wichtiger für die Kohärenz ist die Integrationsfigur Leonel Brizolas, des wichtigsten Politikers der Partei. Und weder die PSB noch die PSDB sehen die Diskussion über die Zukunft des Sozialismus als ihre Sache an.

Bleibt die Frage, weshalb die Arbeiterpartei PT sich diesen Stiefel angezogen hat. Denn sie ist doch selbst hervorgegangen aus dem Kampf für die Wiederherstellung der Demokratie in Brasilien und hat sich seit ihrer Gründung losgesagt vom "bürokratischen Sozialismus, der mehr den neuen Klassen der Technokraten und Privilegierten dient, als den Arbeitern und dem Volk" [5]. Polemisch könnte man antworten, daß die PT unter allen anderen Parteien vielleicht die einzige ist, die programmatische Überlegungen ernst nimmt. Ernsthafter schon ist das Argument, daß die PT in der letzten Dekade zur Wortführerin linker Politikentwürfe in Brasilien geworden ist und aus dieser Rolle heraus die Diskussion aufgenommen hat. Es gibt aber noch handfestere Gründe. Erstens: Mehr als durch die weltpolitische Situation sieht sich die PT vor allem aufgrund innerbrasilianischer Entwicklungen vor Entscheidungen über ihr zukünftiges Konzept gestellt. Die Übernahme einer Reihe von Präfekturen sowie der formelle Abschluß der Redemokratisierungsphase in Brasilien brachten wichtigere Veränderungen für die Partei als der Zusammenbruch in Osteuropa. Zweitens: Die programmatische Ablehnung des bürokratischen Sozialismus ist nur ein negativer gemeinsamer Nenner, auf den sich die seit Beginn in der Partei vertretenen sehr heterogenen Stömungen einigten. Die derzeitige Diskussion um die Zukunft des Sozialismus ist vor allem eine innerparteiliche Auseinandersetzung zwischen einem Flügel, der sich weiterhin auf zentrale Ideen des marxistisch-leninistischen Revolutions- und Staatskonzeptes stützt und einer in Richtung sozialdemokratische Reformpolitik orientierten Gruppe. Auf diese Zusammenhänge soll im Folgenden eingegangen werden.

Die Arbeit der Präfekturen

Die Regierungserfahrung der PT beschränkt sich bisher auf die Ebene der Städte und Gemeinden, der untersten Stufe des föderativen Systems von Brasilien. Die Partei hatte im Herbst 1988 unter dem Eindruck einer sich verschärfenden Wirtschaftskrise eine große Zahl von Bürgermeisterwahlen gewonnen. Zu den insgesamt 33 Städten, in denen sie seit Januar 1989 die Verwaltung leitet, zählen unter anderem der Bevölkerungs- und Wirtschaftsgigant São Paulo sowie andere wichtige Millionenstädte, besonders im entwickelten Südosten und Süden des Landes. Zahl und Bedeutung der Städte dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß mit der Leitung einer Präfektur nur beschränkte politische Vollmachten



Diese Diskussion wird Flügel schaffen.

verbunden sind. Vor allem kann sich die Partei in keinem der Gemeinderäte auf eine Mehrheit der Sitze stützen und ist bei wichtigen Entscheidungen auf Kompromisse angewiesen. Einige Bürgermeister, wie beispielsweise Mário Covas oder Jaime Lerner, haben allerdings bereits gezeigt, wie auch unter den Bedingungen dieser beschränkten Handlungsspielräume ein politisches Profil deutlich gemacht werden kann [6].

Die bisherigen Ergebnisse der Arbeit der PT in den Präfekturen lassen einen ähnlichen Erfolg noch nicht erahnen. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit steht natürlich São Paulo mit der seit Anfang 1989 amtierenden Bürgermeisterin Erundina. Nachdem umfangreichere Umverteilungsmaßnahmen an der fehlenden Mehrheit im Stadtrat gescheitert sind[7], hatte sich die PT-Verwaltung zum Ziel gesetzt, durch Umschichtungen im Haushalt neue Prioritäten zu setzen. Gekürzt wurde im Straßenbau, der bisher ein Viertel des Budgets verschlang. Ausgeweitet werden sollten die Bereiche Erziehung, Transport und Wohnungsversorgung[8]. Die Ergebnisse blieben weit hinter den Erwartungen der eigenen Anhänger zurück. Das öffentliche Transportunternehmen CMTU konnte trotz verschiedener Anläufe weder finanziell saniert werden, noch hat sich an der schlechten Busversorgung Entscheidendes geändert. Zu alledem hin mußten gleich zu Beginn der Übernahme der Verwaltung die Fahrpreise kräftig erhöht werden. Auch wenn Entlassungen bisher vermieden werden konnten, so sind doch Auseinandersetzungen zwischen der PT-Bürgermeisterin und den öffentlichen Angestellten der Stadt nicht ausgeblieben[9]. Große Hoffnungen richteten sich auch auf den international bekannten Erziehungssekretär Paulo Freire. Schon bald machte sich jedoch Enttäuschung breit, als er anstelle spektakulärer Maßnahmen auf eine Sanierung der bestehenden Einrichtungen und eine langfristige Überarbeitung der Schulpläne setzte[10]. Im Bereich der katastrophalen Wohnungssituation an der urbanen Peripherie ist eine Stadtverwaltung heillos überfordert und alle Bemühungen müssen wie ein Tropfen auf den heißen Stein wirken.

Das Konzept der unspektakulären Veränderungen einer Politik mit neuen Akzenten hat parteiintern und bei den Sympathisanten Mißmut und Enttäuschung hervorgerufen. Im bürgerlichen Lager jedoch hat sich die Einstellung zur PT merklich geändert. Noch vor dem Amtsantritt 1989 wurde befürchtet, die von der PT zu regierenden Städte würden im sozialen und politischen Chaos und in sozialistischer Mißwirtschaft untergehen. Inzwischen ist die verbreitete Meinung, daß die PT-Verwaltungen vor allem ein Qualitätsmerkmal aufweisen: 100%ige Korruptionsfreiheit. Die positiven Seiten der PT-Administration müssen vor allem ihre Gegner beeindrucken. Sie bestehen in einer stabilen Haushaltspolitik, der Transparenz politischer Entscheidungen sowie der Bekämpfung von Korruption und Nepotismus. Dies sind zwar keine genuin sozialistischen Prinzipien. Bei der Bevölkerung sind sie jedoch die entscheidenden Kriterien, durch die sich ein "bom administrador" auszeichnet.

Wenn sich deshalb der Ärger unter den Gegnern der Partei in Grenzen hält, so ist die größere Unruhe in den eigenen Reihen ausgebrochen. Die Partei sah sich durch die neue Aufgaben plötzlich aufgespalten in einen nicht unbedeutenden Teil der aktiven Mitglieder, die durch die neuen Aufgabe in den Stadtverwaltungen absorbiert wurden und die in den verschiedenen gesellschaftlichen Interessengruppen aktiven Mitglieder und Sympathisanten. Während erstere sich in der Kunst der Realpolitik einübten, sahen letztere die Hoffnungen auf eine rasche Umgestaltung hin zu basisdemokratischen Politikformen enttäuscht und gerieten nicht selten in offenen Konflikt mit den Parteivertretern in politischen Führungspositionen[11]. Die erst langsam umgesetzten Programme einer Dezentralisierung der Verwaltung durch die Schaffung von sogenannten Subpräfekturen, die derzeit in Angriff genommen wird, sind nur ein schwacher Abglanz der für die Partei zentralen Idee basis-demokratischer Entscheidungen. Der Ärger ging in einzelnen Fällen so weit, daß beispielsweise Jacó Bittar, der für die PT gewählte Präfekt von Campinas, schließlich aus der Partei ausgetreten ist.

Die Rückkehr zum politischen Alltag

Die brasilianische Politik hat an der Wende zu den 90er Jahren jedoch noch eine andere Veränderung vollzogen. Die vergangene Dekade war in Brasilien durch den beschleunigten Übergang zur Demokratie gekennzeichnet. Die politische Situation wurde in allen Bereichen geprägt durch wichtige und im Prinzip offene Entscheidungen über das politische und soziale Gesicht des zukünftig demokratischen Brasilien. Drei markante Ereignisse der 80er Jahre sind die Entscheidungen über die Direktwahlen 1984, die Ausarbeitung der Verfassung im Laufe der Jahre 1987 und 1988 sowie die erste direkte Wahl eines Präsidenten im Herbst 1989. Die PT hat nicht unwesentlich an diesen Debatten um die zukünftige

Gestalt der brasilianischen Gesellschaft teilgenommen.

Die Partei hat in dieser Zeit ihr Image als unorthodoxe, aus dem Geist des Widerstands gegen Autoritarismus und Diktatur hervorgegangene Bewegung gefestigt. Wenn auch die Forderungen der PT sich nicht beschränkten auf die Wiedererringung der bürgerlichen Freiheiten, so reihte die Partei sich doch ein im Kampf gegen Pressezensur und für Meinungs- und Versammlungsfreiheit, gegen staatliche Bevormundung und für gewerkschaftliche Organisationsfreiheit und Streikrecht, gegen Wahlmanipulationen uns für einen fairen politischen Wettbewerb.

Dem plebiszitär-partizipativen Demokratiemodell der PT kam das politische Umfeld der 80er Jahre entgegen. Die starke Teilnahme der Bevölkerung an Massenprotesten wie der Kampagne "diretas já", die Partizipation an der Ausarbeitung der neuen Verfassung durch sogenannte "emendas populares" (beispielsweise für die Aufnahme der Agrarreform in die neue Verfassung) sowie der Präsidentschaftswahlkampf 1989 - alle diese entscheidenden Momente der vergangenen Dekade stellen im Grunde außerparlamentarische Politikformen dar und sind in diesem Ausmaß den Verfechtern der repräsentativen Demokratie immer ein Dorn im Auge gewesen. Für die Beteiligung der PT an der politischen Auseinandersetzung sowie ihre Integration in die 'Neue Republik' hatte dies jedoch positve Auswirkungen. Und gerade der immer wieder in Reichweite gerückte große Erfolg sowie die vielen kleinen Siege haben wiederum bei den neuen sozialen Bewegungen das Engagement und das Bedürfnis nach Mitbestimmung und Mitarbeit in den Parteigremien gestärkt[12].

Mit Blick auf die ruhigeren Fahrwasser, in die die brasilianische Demokratie zumindest verfassungspolitisch seit 1990 geraten ist, hat sich die Handlungsumwelt für die PT jedoch geändert. In Zukunft wird die Demokratie in Brasilien sich mehr am repräsentativen Modell orientieren, bei dem sich die Partizipation wesentlich auf die Wahlen beschränkt und politische Entscheidungen zwischen dem Präsidentenamt, den Parteien, Kongreß und den Gouverneuren der einzelnen Bundesstaaten getroffen werden.

Ein Gutteil der Auseinandersetzungen um die 'Zukunft des Sozialismus' entsteht vor dem Hintergrund dieser innerbrasilianischen Veränderungen. Im Folgenden soll auf einige Aspekte der inhaltlichen Auseinandersetzung eingegangen werden[13].

Die "Tendências" der PT

Das stereotype Argument, daß die Partei nicht in der Tradition des bürokratischen Sozialismus stehe und die polnische "Solidarität" in ihren Forderungen schon lange vor dem Niedergang des real existierenden Sozialismus unterstützt habe, ist Teil der "Gründungssage"[14] der Partei. Sie ist aber nur die halbe Wahrheit und beschreibt nur einen Aspekt der PT-Identitäten. Diese Abgrenzungen sind so alt wie die Partei selbst, und ihr folgt ebenso stereotyp die gleich anschließende Verdammung auch der sozialdemokratischen Alternative und das Bekenntnis zu einem vom Volk selbst noch zu wählenden, ganz neuen, sozialistischen Modell. Zu diesen Negativdefinitionen und vagen Formulierungen aus den 80ern ist auch in der gegenwärtigen Debatte wenig konkretes hinzugekommen. Sie schlagen die Brücke über die verschiedenen parteiinternen Linien und lassen die PT nach außen hin diffus und ohne eindeutiges politisches Konzept erscheinen. Ein genauerer Blick in die parteiinternen Auseinandersetzungen zeichnet jedoch ein anderes Bild.

Der parteiinterne Pluralismus, einer der wesentlichen Charakterzüge der Partei, ist eng mit der Entstehungsgeschichte verknüpft. Zu den zahlreichen "auf Befreiung ausgerichteten Kulturen"[15], wie unabhängige Gewerkschaften, soziale Bewegungen, linker Katholizismus, aus denen die PT hervorging, gehörten auch die Reste der gescheiterten Guerillabewegung und trotzkistische Splitterbewegungen, die zu Beginn der Transition sich nicht als eigene Partei konstituieren konnten. Gerade letztere führen ein beschränktes Eigenleben[16] innerhalb der PT, das von Anfang an nicht unproblematisch war, aber ihrem Selbstverständnis als offene Partei entsprach. Die wichtigsten dieser "tendências" (Parteiflügel) lassen sich derzeit in drei Hauptstömungen zusammenfassen: eine erste, radikale Richtung hält am marxistischen Gesellschaftsmodell fest und sieht dieses in den staatssozialistischen Ländern nicht als gescheitert an - da de facto gar nicht realisiert. Sie vertritt eine Strategie, die das Zentrum der politischen Aktivitäten außerhalb der demokratischen Institutionen sieht. Die Partei soll sich nicht ins politische System integrieren, sondern sich auf die Arbeit an der Basis, d.h. in der Arbeiterbewegung und Basisvereinigungen konzentrieren. Das langfristige Ziel bleibt für diese Gruppen die Vorbereitung auf die revolutionäre Situation und den bewaffneten Kampf zur gewaltsamen Übernahme der Macht im Staat, oder, in einer abgemilderten Variante, die langsame Herstellung einer Gegenhegemonie in der öffentlichen Meinung gegen den bisher dominierenden bürgerlichen Block. Außerdem sind sie eher dafür, die Partei ideologisch zu stärken und zu einer Avantgarde heranzubilden, als sie durch eine zu starke Aufblähung jeglicher Kontrolle entgleiten zu lassen.

Obgleich sie in fünf verschiedene Gruppen[17] zerfallen, machen sie, gemessen an ihrer Vertretung im nationalen Direktorium der Partei, nur etwa ein Viertel der PT aus.

Während diese Gruppierungen zum großen Teil auf Abspaltungen aus der kommunistischen Bewegung zurückgehen, gibt es zwei jüngere tendências, die auf einen sozialdemokratischen Reformkurs zusteuern - ohne das Wort offen in den Mund zu nehmen[18]. Es handelt sich um die Gruppen "Vertente Socialista" und "Nova Esquerda". Sie treten beide ein für einen radikalen Bruch mit einer Reihe von Vorstellungen und erkennen die derzeitige Krise nicht nur als ein Problem des falsch oder halbherzig oder fehlerhaft eingeführten Sozialismus an, sondern als ein tiefergehendes Phänomen, das die sozialistische Idee im Kern trifft. Auch die PT hat damit für diese Gruppe ihre Konsequenzen zu ziehen aus dem Zusammenbruch des Sozialismus selbst in seiner nicht PT-konformen Spielart in Osteuropa. Im einzelnen fordern die "Realos" dazu auf, die Idee der Revolution als einer bloßen Eroberung der staatlichen Machtpositionen und des Staates als einer notwendigerweise immer dem Interesse einer sozialen Klasse dienendes Instrument aufzugeben. Sie kritisieren den auch in der PT immer noch herumgeisternden Begriff einer wissenschaftlich zu erarbeitenden Politik, die zu technokratischen Lösungen führe und zu einer bloß instrumentellen Sicht der bürgerlichen Demokratie. Die zahlenmäßig kleine Gruppe, die jedoch nahmhafte Verteter in leitenden Positionen hat[19], tritt ein für die Ausnutzung der Reformspielräume, die der Kapitalismus in Brasilien bietet, für eine Verwirklichung der bürgerlichen Rechte der Unterschichten, die bisher nur auf dem Papier stehen und für die Konzentration der Partei auf die Einflußnahme im staatlichen Entscheidungsprozeß, sprich die Parlamentsarbeit und die schon errungenen Exekutivpositionen. Die Stärkung der Partei im Sinne einer breiten Interessenvertretung der Arbeiter- und Unterschichten, als Klassenpartei und nicht als Avantgarde, steht im Vordergrund.

Die dritte und zahlenmäßig stärkste Gruppierung der "Articulação", zu der auch das prominenteste Parteimitglied Lula gehört, stellt zahlenmäßig über die Hälfte des Parteivorstands. Sie haben die Position der Vermittlung zwischen diesen beiden Extrempositionen und bewahren in gewisser Weise das historische Erbe der Partei. Dieses wurde auf dem letzten Parteitag 1990 nochmals im Prinzip des "Verzichts auf eine offizielle Parteiphilosophie" und dem Motto des anstehenden 1. Kongresses "Es ist verboten, zu verbieten" zum Ausdruck gebracht[20]. Auch sie sehen Größtenteils die PT aufgrund ihrer eigenen Geschichte nicht betroffen durch die Ereignisse auf internationaler Bühne und wollen sich durch die Gegner nicht in diese falsche Ecke drängen lassen, wie es bei der Präsidentschaftskampagne geschah[21]. Die Gruppe ist in der Partei für Kompromißformeln zuständig. Sie lehnt

die bisherigen Formen von Sozialismus und Kapitalismus ab und tritt ein für einen erst im Prozeß der Demokratisierung zu definierenden, genuin neuen Sozialismus.

Die Partizipation der Parteibasis an den Entscheidungen und der parteiinterne Pluralismus ist von zentraler Bedeutung, um "die PT selbst zu einer freien und partizipativen Gesellschaft zu machen, Vorläufer jener anderen, größeren, die wir für das ganze Land verwirklichen wollen"[22]. Die Kunst des langsam zu vollziehenden Übergangs zeigt sich beispielsweise in der Haltung zu Eigentumsfrage, wo die Articulaçao eintritt für eine Mischung aus Privateigentum, Staatsbesitz und kollektiven Besitz- und Produktionsformen[23]. Mit ihrer numerischen Stärke und den integrationsfördernden Kompromißformeln werden wohl auch auf dem Kongreß die zentrifugalen Tendenzen wieder unter einen Hut gebracht werden können.

Die Notwendigkeit einer Utopie

Die Diskussion über die Zukunft des Sozialismus in und durch die Partei steht aber auch in engem Zusammenhang mit der führenden Rolle, die die PT inzwischen auf dem Feld linker Politikentwürfe in Brasilien erreicht hat. Sie ist innerhalb von gut 10 Jahren die Wortführerin auf diesem Feld geworden.

Das zeigt, daß ihre Bedeutung, die weit über die proportionale Stärke im Wählerspektrum hinausreicht. Die gegenwärtige Situa-tion der Partei gleicht in gewissem Maße der Lage der Linken in vielen anderen Ländern. Trotz der Distanz zur kommunistischen Internationalen wird sie getroffen durch die Krise der Idee, daß der Staat bei der Schaffung einer gerechteren und gleicheren Welt eine führende Rolle übernehmen könne.

Es wurde gezeigt, daß diese Diskussion über die Utopie des Sozialismus nur einer der Anläße ist für die Phase der Neuorientierung, in der sich die Partei derzeit befindet.

Mindestens dasselbe Gewicht aber haben die binnenpolitischen Entwicklungen in Brasilien selbst: Auf der einen Seite die notwendigerweise eintretenden Schwierigkeiten bei der Übernahme von politischen Entscheidungspositionen, auf der anderen Seite die Überwindung der Transitionsphase der brasilianischen Demokratie.

Das brasilianische Umfeld nimmt aber noch in einem anderen Sinne Einfluß auf die Diskussion. Unbestritten würde die Verwirklichung der bürgerlichen Grundrechte und -freiheiten einer Revolution gleichkommen in einem Land, wo regelmäßig Landarbeiter, Straßenkinder und sozial engagierte Priester ermordet werden und ein Gutteil der Bevölkerung wegen materieller Not und fehlender Bildung seine gesetzlichen Rechte nicht wahrnehmen kann. Die Aversion gegen die Chimäre "bürgerliche Demokratie" und reformistische Strategien, die besonders an der Parteibasis anzutreffen ist, mag zum Teil auf ideologische Scheuklappen zurückzuführen sein. Sie ist aber auch eine Frucht des Mißbrauchs derjenigen, die den Begriff, reduziert auf das Eigentumsprinzip und die Marktmechanismen, ständig im Munde führen. Die Vorstellung, daß mit der gegenwärtigen politisch-sozialen Ordnung in Brasilien bereits alle Wohltaten der bürgerlichen Demokratie oder gar das 'Ende der Geschichte' erreicht sei, muß erschreckend und revoltierend sein. Die Forderung nach der Utopie einer besseren und gerechteren Gesellschaft ist unvermeidlich.

Die katholische Kirche, die sich mit der Diskussion um die Befreiungstheologie aktiv am Entwurf einer solchen politisch-sozialen Ordnung für Brasilien beteiligte, zieht sich zunehmend aus diesem Feld zurück. Auch in der Gewerkschaftsbewegung scheint sich ein Trend zur Entpolitisierung abzuzeichnen. Den Parteien kommt damit eine gesteigerte Verantwortung zu. Unter diesen ist die Arbeiterpartei heute eine der wenigen, die die Interessen der Unterschichten auf höchster politischer Ebene einklagt.

Auch ohne auf dem Kongreß eine endgültige Entscheidung zu treffen über das Gesicht des "socialismo petista" hat die Partei gerade in ihrer spezifischen Mischung aus utopischen und pragmatischen Antrieben in Brasilien eine wichtige Rolle zu spielen. Sie ist gerade in ihrer Gratwanderung zwischen Messianismus und Realpolitik vielleicht die einzige politische Kraft in Brasilien, die noch eine Brücke herstellt zwischen der politischen Elite und der sozialen Unterschicht des Landes.

Bruno Speck



Anmerkungen:

1) Die freie Gründung politischer Partzeien wurden nach dem von den Militärs 1965 verordneten Zweiparteiensystem erst 1979 mit einigen Einschränkungen wieder zugelassen. Nach der Abdankung des letzten Generals vom Präsidentschaftsamt wurden auch diese letzten Beschränkungen 1985 aufgegeben.

2) Zu den Parteinamen vgl. den Artikel "Erst Antwort auf Collors Sanierungskonzept" in: Blätter des iz3w, Nr. 170. Die dort fehlende Partido Socialista Brasileiro (FSB) sei hier nachgetragen.

3) Bei Mehrheitswahlen konnten sogar regelmäßig Erfolge verzeichnet werden, die weit über das proportionale Gewicht des linken Flügels im nationalen Parteienspektrum hinausgehen. Erste Antwort... (Anm. 2)

4) Die Mitgliedschaft in der sozialistischen Internationalen, seit 1984 als Beobachter, seit 1989 als Vollmitglied, bringt nicht nur mächtige internationale Alliierte, sondern auch eine Stärkung des Ansehen im Inland.

5)Lula in einer Rede auf dem erten Parteitag, nach: Parifo dos Trabalhadores, 10 anos, herausgegeben durch Dietório Municipal do PT do Rio de Janeiro, 2. Auflage, o.O., o.J., S. 11.

6) Covas (PSDB) profitiert noch heute von seinem guten Ruf, den er sich als Bürgrmeister von São Paulo gemacht hat. Ein weiteres Beispiel für eine - am Popularitätsgrad gemessen - erfolgreiche Stadtverwaltung idt die des FDT Mannes Lerner in Curitiba seit 1989, Lerner ist mit einigen wenigen Projekten, wie beispielsweise der Einrichtung einer schnellen Buslinie die für viele Arbeiter die Fahrzeit morgens und abends halbiert, den Aufkauf von Müll aus den Armenvierteln, der die prekäre Entsorgungssituation mildert sowie die Einrichtung von Kindertagesstätten in Kostenteilung mit der Privatindustrie zu hohen Ansehen gekommen in der Bevölkerung. (Vgl. Veja vom 12.7.1989)

7) So beispielsweise das Projekt, den Öffentlichen Transport umsonst anzubieten oder das zweite Vorhaben mit einer Sondersteuer für die Höchstverdienenden der Stadt Projekte, die den Ärmeren zugute kommen, zu finanzieren.

8) Nach einer Darstellung des Planungssekretärs der Stadt, Paulo Singer. (Folha de Sao Paulo vom 18.12.1989)

9) Eine etwas positivere Bilanz des Transportsektors lieferte vor gut einem Jahr noch Thomas Fatheuer (Volksherrschaft in São Paulo, in: Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 194/195, Juli/August 1990).

10) Freire wurde von den Lehrern mangelnder Realitätssinn vorgeworfen, da er immer wieder von der Schaffung eines Unterrichtsklimas sprach. Anstelle dessen wurden höhere Löhne für die Lehrer und eine Verbesserung der Unterrichtsmaterialien eingeklagt. (Vgl. Folha de Sao Paulo vom 8.2. und 19.8.1989 sowie Leia vom März 1989)

11) Um die Koordination oder zumindest die Information der Parteimitglieder in verschiedenen Positionen zu stärken wurden sogenannte "Conselhos Municipais" gegründet, in denen sich Repäsentanten aus der Stadtverwaltung, aus dem Gemeinderat und von der Parteibasis in regelmäßigen Abständen treffen und beraten.

12) Bei den meisten Entscheidungen hat sich jedoch die von ihr mitverfochtene Position - wenn auch oft knapp - nicht durchgesetzt: die 1984 bereits geforderten direkten Präsidentschaftswahlen wurden erst 5 Jahre später durchgeführt, die Landreform wurde nicht in die Verfassung aufgenommen und Lula hat in der Stichwahl um die Präsidentschaft gegen Collor de Mello verloren.

13) Es ist kaum zu erwarten, daß die 1993 anstehende Volksabstimmung über die Einführung eines parlamentarischen Regierungssystem oder gar der Monarchie auch nur annäherungsweise zu einer Mobilisierung der Bevölkerung führen kann wie beispielsweise die Direktwahlkampagne, die "emendas populares" zur Verfassung oder die Aussicht auf einen Präsidenten aus den eigenen Reihen.

14) Um die Formulierung von Thomas Fatheuer zu übernehmen, der sie allerdings auf die Metallarbeiterstreiks Ende der 70er Jahre bezieht (in: Die Linke und das Ende des europäischen Sozialismus, in: Lateinamerika-Nachrichten. Nr. 198, Dezember 1990, S. 48).

15) So das Dokument 'Osocialismo petista', das auf dem 7. Parteitag 1989 verabschiedet wurde (in: Resoluçoes do 70 Encontro Nacional, herausgegeben durch die Comissao Executiva Nacional do Partido dos Trabalhadores, Sao Paulo, o.J., hier: S.26).

16) Besonders durch die Herausgabe eigener Zeitungen, aber auch durch unregelmäßig stattfindende Treffen.

17) Ohne auf die einzelnen Unterschiede untereinander einzugehen, seien die Namen dieser Gruppen wenigstena kurz genannt. Wie für alles in Brasilien gibt es auch für die jeweils eine Abkürzung. Es handelt sich um "Democracia Socialista" (DS), "Força Socialista" (FS), "Movimento pop una Tendência Marxista" (MTM), "Convergência Socialista" und " O Trabalho".

18) Als Illustration wurde mir hierzu die aussagekräftige Erklärung gegeben, daß es schlimmer sei, jemanden in der Partei mit "socialdemocrata" zu titulieren, als ihm einen fdp (Hurensohn) zu schimpfen.

19) So etwa Augusto de Franco, der Koordinator der Prädidentschaftskampagne von Lula, swie Tarso Genro, beide im Parteivorstand. Auch Francisco Weffort, einer der wichtigsten Intellektuellen der Partei sowie José Álvaro Moisés und José Genoino, Vizepräfekt von Porto Algre sind zum Teil öffentlich ins Gericht gegangen mit der parteiinternen Orthodoxie (als einer der ersten Francisco Weffort mit seinem Buch 'Por que democracia?' Sao Paulo: Brasiliens 1984 und jüngst José Genoina in 'Repensando o socialismo', Sao Paulo: Brasiliense 1991).

20) Vgl. Recoluçoes do 70 Encontro... (Anm. 17)

21) Diese Meinung teilt auch Lula selbst, der in der mangelnden Gegenwehr gegen die Gelichsetzung von Realsozialismus und den Vorstellungen der PT duch die bürgerliche Presse in Brasilien einen wesentlichen Grunde für die verlorene Präsidentschaftswahl 1989 sieht (Vgl. Interview von Marie-Agnes Reine 'Die ökologische Frage beginnt für uns am Arbeitsplatz...' mit dem PT-Chef Luis Inacio da Silva, in: Blätter des iz3w, Nr. 175, August 1991, S. 13ff). Ein weiterer prominenter Repräsentant der Articulaçao mit ähnlichen Ansichten ist Wladimir Pomar.

22) Übersetzt aus: O socialismo petista, in Resoluçoes do 70 Encontro... (Anm. 17)

23) Nach Folha de Sao Paulo vom 11.8.1991

Demokratisierung oder islamische Revolution?

Die politische Entwicklung seit 1990

Eine Woche nach Redaktionsschluß, am 13.10.1991, hat das algerische Parlament über den Gesetzentwurf der Regierung Ghozali zur Wahlrechtsänderung abgestimmt, über den folgender Artikel unter der Zwischenüberschrift "Zugeständnisse in Sachen Wahlrecht" berichtet. Die Aussagen des Artikels bleiben davon unberührt.
Die Abgeordneten lehnten mit eindeutiger Mehrheit einige Vorschläge Ghozalis ab, u.a. die Wahlkreisaufteilung, die Abschaffung der Wahlbevollmächtigung für den Ehepartner bei Vorlage des Familienbuches (wird nun beibehalten) und die Senkung des passiven Wahlrechts auf 25 Jahre (Parlament votierte für 28 Jahre). Wegen dieser Niederlage wird Premier Ghozali wahrscheinlich Präsidenten Bendjedid um die Einschaltung des Verfassungsrates ersuchen. Ein Wahltermin noch im Jahr 1991 ist damit weiterhin ungewiß.



Abassi Madani am 20. Juni 1991 auf einer Versammlung der FIS, kurz vor seiner Verhaftung.

Die "Islamisten (...) streben, wie es scheint, offen und ohne Umschweife zur Macht" meldete die FAZ am 6.6.1991, einen Tag nach der Ausrufung des Ausnahmezustandes in Algerien, unter der Überschrift "Noch eine islamische Revolution?". Ein Jahr zuvor fragte die Neue Zürcher Zeitung (16.6.1990), ob "Algerien unterwegs in die Theokratie" sei, nachdem am 12.6.1990 die islamistische Partei FIS (Islamische Heilsfront) siegreich aus den ersten pluralen Kommunalwahlen Algeriens seit der Unabhängigkeit des Landes 1962 hervorgegangen war. Hat der nach den Unruhen vom Oktober 1988 in Algerien mit der neuen Verfassung vom 23.2.1989 von der Staatsführung eingeleitete formale Bruch mit der Einparteiherrschaft des FLN (Nationale Befreiungsfront) bzw. haben die Ansätze zur Umsetzung eines demokratischen Mehrparteiensystems bereits ein Ende gefunden? Droht inzwischen eine islamistische Diktatur? Diese Fragen wurden nach den Kommunalwahlen 1990 und erneut nach der Gewalteskalation im Mai/Juni 1991 gestellt. Eine Antwort setzt die Klärung der parteipolitischen Kräfteverhältnisse seit den Kommunalwahlen voraus.

Die Kommunalwahlen 1990: eine Protestwahl

Von den insgesamt 21 bis zum Fristablauf für die Anmeldung der Kandidaturen legalisierten Parteien nahmen elf Parteien und die Gruppe der Unabhängigen an den Gemeinderats- und Provinzparlamentswahlen am 12.6.1990 teil. Einige Parteien, darunter der MDA und die FFS (siehe Kasten) hatten zum Wahlboykott aufgerufen. Sie verlangten eine zeitliche Verschiebung der Kommunalwahlen, um den Parteien zunächst den Aufbau der notwendigen Infrastruktur zu ermöglichen.

In allen 48 Provinzen Algeriens stellten der FLN, als ehemalige Einheitspartei, die Unabhängigen und der FIS mit seiner landesweit in den Moscheen aufgebauten parteipolitischen Präsenz Kandidaten zur Wahl. Ihre Kandidaten waren auch in der Mehrzahl der 1541 Gemeinden (die den Wahlkreisen entsprachen) vertreten. Alle anderen Parteien stellten landesweit keine Konkurrenz dar, so daß für die Wählerschaft eine echte Alternative zum FLN nur in dessen radikalem Gegner, dem FIS gesehen wurde.

Nur 7.870.000 der 12.841.769 eingeschriebenen Wähler beteiligten sich an der Gemeinderatswahl, davon stimmten 54,25% (4.331.472) für den FIS, 28, 12% (2.245.798) für den FLN. (Bei der Abstimmung zu den Provinzparlamenten stimmten 57,44% (4.520.668) für den FIS und 27,53% (2.166.887) für den FLN). Während die Unabhängigen noch insgesamt 11,66% (931.278) der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen konnten, stimmten 2,08% (166.014) für den laizistischen RCD (Sammlung für Kultur und Demokratie, siehe Kasten), die anderen Parteien erzielten weniger als 2% der abgegebenen Stimmen. Dem FIS gelang es, sich in 853 von 1541 Gemeinderäten die Mehrheit zu sichern, die Gemeinderäte der Provinz Algier (33), Blida (29), Constantine (12), Jijel (28) und Relizane (38) fielen sogar zu 100% an der FIS.

In den großen städtischen Ballungsräumen, mit anderen Worten dort, wo die sozialen und ökonomischen Probleme am deutlichsten hervortreten und die Gesellschaft polarisieren, hat der FIS seine größten Siege errungen. Allerdings ist diese Verankerung des FIS und seine Unterstützung hauptsächlich durch 18-40jährige Algerier und Algerierinnen (rund 40% seiner Wählerschaft) nicht nur auf sozioökonomische Ursachen zurückzuführen. Eine kulturelle und politische Leere, das Fehlen politischer Dynamik während der FLN-Einparteiherrschaft, die jungen Menschen verantwortungsvolle Positionen gerade auch in der Partei vorenthielt, und der Mangel an alternativen Organisationsstrukturen sind zusätzliche Faktoren, die insbesondere jüngere Menschen für den FIS und seine Zukunftsvisionen empfänglich machten, zumal der FIS sie aktiv an der Realisierung der neuen Gesellschaft teilhaben läßt.

Zieht man die niedrige Wahlbeteiligung in Betracht, relativiert sich indes der Wahlsieg des FIS: gemessen an der Anzahl der Wahlberechtigten haben bei der Wahl zu den Provinzparlamenten 35% und bei der Wahl zu den Gemeinderäten 33% für den FIS gestimmt, gegenüber 16% bzw. 17% für den FLN. Der Protestcharakter der gegen den FLN geführten Wahl bestätigte allerdings nicht nur das Mißtrauen in die Wandlungsbereitschaft oder das Vermögen des FLN, sich zu erneuern, sondern auch den Wunsch nach einer grundsätzlichen Veränderung des politischen Systems und der bisherigen Gesellschaftsordnung. Es wäre falsch, in dem Wahlergebnis einseitig eine Entscheidung zugunsten des islamischen Gesellschafts- und Staatsmodells zu sehen. Der FIS selbst hat dies deutlich erkannt und aus diesem Grund unmittelbar nach den Kommunalwahlen eine sofortige Auflösung des Parlaments und vorgezogene Legislativ- und Präsidentschaftswahlen gefordert, um die günstige Stimmung der Wählerschaft, d.h. ihre Protesthaltung gegenüber dem FLN zu nutzen.

Die Folgen der Kommunalwahlen

Der FLN zog sich in den ersten Monaten nach der Wahl aus öffentlichen Aktivitäten zurück, der seit September 1989 amtierende Premierminister Mouloud Hamrouche und die Regierungsmitglieder distanzierten sich von der Partei (Austritt aus dem Politbüro), um die Aufgaben einer Übergangsregierung ungeachtet parteipolitischer Positionen und interner Debatten des FLN wahrnehmen zu können. Der FLN ist - obwohl Verlierer der Kommunalwahlen - was seine Organisation und nationale infrastrukturelle Verankerung anbelangt, nach wie vor stärkste Parteiorganisation. Doch ist er, um sein Überleben in dem verfassungsmäßig verankerten Mehrparteiensystem zu sichern, zu internen Umwälzungen herausgefordert. Dieser Prozeß der kritischen Neubestimmung führte innerhalb des FLN zur Fraktionenbildung, die bis heute noch nicht abgeschlossen ist. Gleichzeitig war und ist der FLN gezwungen, sowohl bei seinen traditionaleren Anhängern als auch der Reformen zugeneigten Wählerschaft vor den ersten pluralen Legislativwahlen Vertrauen zu gewinnen. Plurale Legislativwahlen waren von Präsident Bendjedid am 29.7.1990 zunächst für Anfang 1991, schließlich nach nochmaliger Verschiebung wegen den internen Rückwirkungen des Golfkrieges auf den 27.6.1991 festgelegt worden.

Der Golfkrieg drängte die internen Debatten des FLN um ein überzeugendes Konzept bis zum Ende der Kampfhandlungen am Golf, also bis März 1991 in den Hintergrund. Seither werden sie jedoch umso vehementer geführt. Fast unversöhnlich stehen sich reformgeneigte, Demokratisierung und marktwirtschaftliche Strukturen befürwortende FLN-Mitglieder (u.a. Premier Ghozali und FLN-Generalsekretär Mehri) und reformfeindliche, in einzelnen Positionen den Islamisten nahestehende Privilegienwahrer (etwa Parlamentspräsident Belkhadem, Taleb Ibrahimi, Yahyaoui) gegenüber. Bei den Abstimmungen des nach wie vor von der FLN dominierten Parlaments sorgt diese Fraktion immer wieder für Reibungen mit der Reformregierung wegen der Inhalte der von ihr vorgelegten Gesetzentwürfe (Wahlgesetz, Nachtragshaushalt).

Die Zahl der legalisierten Oppositionsparteien ist bis Ende September 1991 auf 54 angestiegen. Die Mehrzahl davon sind Mikroorganisationen, die über keinerlei gesellschaftspolitische Bedeutung verfügen und die überwiegend damit beschäftigt sind, interne Querelen auszutragen. So war es bereits nach den Kommunalwahlen symptomatisch für die Parteienlandschaft, daß der Aufruf des RCD an "alle Demokraten", ihre Zersplitterung im Vorfeld der Legislativwahlen zugunsten einer starken einheitlichen demokratischen Gegenkraft zu den Islamisten aufzugeben, scheiterte. Auf der Ebene der nichtpolitischen Vereinigung manifestierten sich allerdings die Frauenorganisationen, die die demokratisch gesonnenen Parteien gegen die Islamisten unterstützten. Ihnen ging es vor allem darum, vor den Legislativwahlen eine Änderung des Wahlgesetzes zu erreichen, die die verfassungsmäßig verankerte Gleichberechtigung auch real umsetzt. Die Frauenorganisationen forderten erstens die Abschaffung der Wahl per Vollmacht, d.h. der gesetzlich gewährten Möglichkeit, für drei Personen bei Vorlage einer entsprechenden Genehmigung zu wählen. Zum zweiten drängten sie auf die Abschaffung der Stimmabgabe durch den Ehepartner bei Vorlage des Familienbuches, eine Variante der Wahl, von der in der Regel die Ehemänner Gebrauch machten. Im Anschluß an die Ankündi-

Die wichtigsten Parteien

Das Parteienspektrum reicht von solchen Parteien, die sich explizit laizistisch definieren (FFS und RCD) über solche, die eine moderat islamische Zwischenposition einnehmen oder religiöse Bestimmungen modern interpretieren (PRA und MDA) bis hin zu den streng islamistischen Parteien (FIS).
Die wichtigsten der 54 bislang legalisierten Parteien (Ende September)

FFS(Front des Forces Socialistes), Front Sozialistischer Kräfte: Von Ait Ahmed geleitet, laizistisch, tritt für Demokratie und Sozialismus und für die Gleichberechtigung der Berberkultur ein.
RCD(Rassemblement pour la Culture et la Démocratie) Sammlung für Kultur und Demokratie: Sozialdemokratische Ausrichtung, tritt für politischen und kulturellen Pluralismus und für die Laizität des Staates ein.
FLN(Front de la Libération Nationale), Nationale Befreiungsfront: 1954 als politische Organisation des Unabhängigkeitskampfes gegründet, mit Annahme der Verfassung von 1963 und dem folgenden Parteienverbot als Einheitspartei etabliert. Aufhebung des Einparteiensystems mit der Verfassung vom 23.2.1989. Seit 1980 Abkehr von der nach der Unabhängigkeit zunächst bestimmenden sozialistischen Wirtschaftskonzeption. Ambivalente Haltung in der Frage der Frauenemanzipation und bezüglich der Stellung des Islam. Betonung der arabisch-islamischen Identität - Ablehnung der Berberforderungen.
MDA(Mouvement pour la Démocratie en Algérie), Bewegung für die Demokratie in Algerien: 1984 vom Ex-Präsidenten Ahmet Ben Bella im Exil gegründet. Die MDA baut programmatisch auf arabisch-islamischen Werten auf, tritt aber für eine gleichberechtigte Beteiligung der Frauen am gesellschaftlichen Aufbau und gegen den Kapitalismus ein.
PRA(Parti du Renouveau Algérien), Partei der algerischen Erneuerung: islamistisch, Forderung der Einführung der Scharia, Ablehnung des Sozialismus. Propagiert im Unterschied zu FIS einen "befreienden Islam".
FIS(Front Islamique du Salut), Islamische Heilsfront: islamistisch, Einheit von Religion und Politik, Grundlage aller Gesetze soll Scharia sein, gegen Sozialismus, gegen Berberforderungen, gegen Frauenemanzipation im modernen Sinne, für die Geschlechtertrennung u.a. in den Schulen.

gung der vorgezogenen Legislativwahl durch Präsident Bendjedid multiplizierten sich auch die Stellungnahmen des FLN und der nichtislamistischen Parteien zur Änderung des Wahlgesetzes. Auch nach deren Ansicht hatte das bestehende Wahlrecht den FIS begünstigt. Daher sollte u.a. die Wahl per Vollmacht abgeschafft werden (von der jedoch der FLN ebenfalls profitiert hatte), der Wahlmodus neu überdacht werden und Maßnahmen ergriffen werden, die eine bessere Wahlkontrolle erlauben sollten (u.a. obligatorische Überprüfung der Identität eines jeden Wählers).

Die Islamisten nach dem Wahlsieg

Der FIS wie auch die nichtpolitischen islamistischen Vereinigungen erhielten nach dem Wahlergebnis der Kommunalwahlen 1990 Auftrieb. Dies äußerte sich einerseits in der Gründung weiterer islamistischer Parteien, d.h. also in einer Differenzierung des islamistischen Parteienspektrums (Hamas, Nahda, um nur die beiden wichtigsten zu nennen) und andererseits in dem selbstbewußten bis rechthaberischen Auftreten der FIS-Mitglieder in den von ihnen mehrheitlich oder zu 100% besetzten Gemeinderäten. Diesem Auftreten und den vom FIS in den Gemeinderäten getroffenen Entscheidungen ist es zu verdanken, daß der Protestwählerschaft über das Verhältnis des FIS zur Demokratie, zu Pluralismus und Toleranz die Augen geöffnet wurden.

Was war geschehen? Bereits vor den Kommunalwahlen war es immer wieder zu vereinzelten tätlichen Angriffen auf nichtverschleierte Frauen gekommen, um - so die Gründe der Islamisten - "die Gesellschaft zu moralisieren". Nach der Aufnahme der Amtsgeschäfte durch FIS-Mitglieder in den Gemeinderäten wurde dieser moralisierende Aspekt ihres Programmes ausgeweitet und gemäß den Bestimmungen des FIS-Verhaltenskodexes zum zentralen Anliegen erhoben, dem sich alle FIS-Gemeinderäte und FIS-Delegierten in den Provinzparlamenten verpflichten mußten. In diesem Kodex wird u.a. von dem Amtsinhaber gefordert, "das Gute zu fördern, das Böse zu untersagen", sich dem FIS-Programm und Anordnungen der Führung des FIS in allen Angelegenheiten zu unterwerfen, Prostitution, Glücksspiel und Alkoholkonsum in den Gemeinden zu verbieten, Geschlechtertrennung umzusetzen und als Ort der Entscheidungsfindung die Moschee (nicht etwa den Amtssitz des Gemeinderats bzw. des Provinzparlaments) zu betrachten. In der algerischen Presse häuften sich folglich nach Beginn der regulären Arbeit der Gemeinderäte Berichte und Proteste über FIS-Delegierte, die von ihnen getroffenen Entscheidungen und ihr undemokratisches, intolerantes Verhalten, die Übergriffe von FIS-Milizen oder selbsternannten FIS-Sittenwächtern vor allem an jungen Frauen. So wurden von den FIS-Gemeinderäten in einigen Gemeinden gemischte Schulklassen verboten (obwohl eine solche Entscheidung ausschließlich dem Bildungsminister obliegt), getrennte Busse für Frauen und Männer eingeführt, Geschlechtertrennung auch an Marktständen und an Badestränden umgesetzt, Filme und sonstige kulturelle Veranstaltungen verboten, eine Paralleljustiz etabliert, die familienrechtliche Angelegenheiten nur nach dem religiösen Recht beurteilt und jüngst (September 1991) in einer Gemeinde eine Jungfräulichkeitsbescheinigung als obligatorisch zum Abschluß eines Ehevertrages erklärt. In Gemeinden, in denen der FIS lediglich über die Mehrheit im Gemeinderat verfügt, gingen die FIS-Gemeinderäte sogar soweit, ihre Beratungen kurzerhand unter Ausschluß der anderen Gemeinderäte in ihre Moschee zu verlegen. Dieses gesetzeswidrige Verhalten führte zu anfangs zögerlichen, nach Häufung der Vorfälle jedoch resoluten Gegenmaßnahmen der Staatsführung bzw. der Provinzgouverneure (die ausnahmslos dem FLN angehören). Es kam zu öffentlichen Kontroversen und teilweise tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Islamisten auf der einen und Nichtislamisten oder Repräsentanten der Staatsverwaltung auf der anderen Seite.

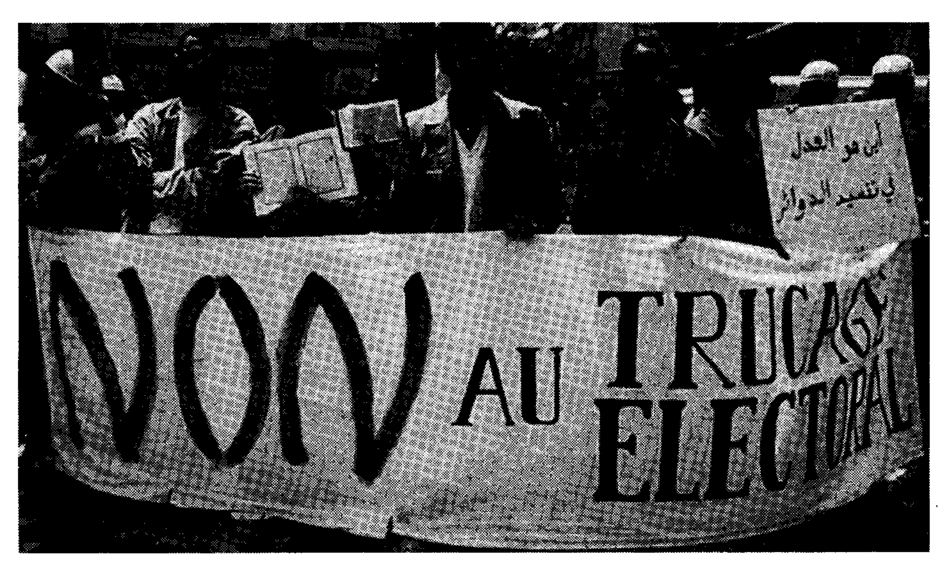
Das anmaßende Verhalten der FIS-Mitglieder hatte aber auch zur Folge, daß eine im Mai 1991 (rechtzeitig vor Beginn des Wahlkampfes für die auf den 27.6.1991 festgesetzte; Anfang Juni auf unbestimmte Zeit verschobene Legislativwahl) durchgeführte und veröffentlichte Wählerumfrage eines algerischen wissenschaflichen Instituts (CENEAP) eine absolute FIS-Mehrheit bei der Wahl ausschloß. Dies umso mehr, als rivalisiernde islamistische Parteien, vor allem Hamas, sich in einigen Punkten vom FIS distanzierten und z.B. gegenüber Frauen eine abweichende Position einnahmen. Hamas spricht von der Notwendigkeit, die Frauen am islamistischen Gesellschaftsprojekt zu beteiligen, plädiert für ihre Förderung und lehnt beispielweise weder Berufstätigkeit von Frauen noch Frauensport ab.

Die erwähnte Umfrage sprach dem FIS lediglich die Fähigkeit zu, 28,13% der Parlamentssitze zu sichern, während der FLN 37,95% der Sitze gewinnen würde. Das Wählerpotential des FIS rekrutierte sich nach dieser Umfrage (dies belegten jedoch auch die Kommunalwahlen) zu 30,46% aus den Städten, während der FLN stärker (37,94%) Wählerschaft auf dem Land bindet.

Der Streit um die Wahlkreisaufteilung und der Ausnahmezustand

Am 1.4.1991 hatte das Parlament nach heftigen Debatten ein neues Wahlgesetz und ein neues Gesetz zur Wahlkreisaufteilung verabschiedet, das der bekannten Verankerung des FLN auf dem Land übergebührlich Rechnung trug. Es legte für die großstädtischen Wahlkreise, z.B. in Algier, Oran oder Blida ein Verhältnis von bis zu 85.000 Einwohnern pro Mandat fest, in ländlichen Wahlkreisen, besonders im FLN-treuen Südalgerien sollten jedoch bereits 7.000 Einwohner (z.B. in Illizi) einen Wahlkreis bilden und damit über ein Mandat entscheiden.

Beide Gesetze wurden zurecht von allen Oppositionsparteien als "maßgeschneidert" für den FLN kritisiert. Der FIS hat nach Bekanntgabe der neuen Wahlkreisaufteilung und des Wahlmodus am 14.4.1991 gedroht, die Wahl zu boykottieren, gegebenenfalls "zum heiligen Krieg aufzurufen", falls die Staatsführung das Wahlgesetz, insbesondere aber die Wahlkreisaufteilung nicht modifiziere. Der Aufruf des FIS-Führers Abassi Madani am 16.5.1991 zu einem unbegrenzten Generalstreik ab 25.5.1991, um den Druck auf die Staatsführung zu erhöhen, wurde jedoch als Folge des autoritären Verhaltens des FIS seit den Kommunalwahlen von keiner anderen Partei mitgetragen und schließlich auch nur von 5% der Beschäftigten befolgt. Das offensichtliche Scheitern des FIS setzte andererseits radikale islamistische Gruppen bzw. FIS-Fraktionen frei, die die sofortige Errichtung eines islamischen Staates forderten, den sie wenn nötig mit Gewalt erzwingen woll(t)en. Die Zunahme der gewaltsamen Konfrontationen Ende Mai mündete in die Ausrufung des Ausnahmezustandes am 5.6.1991 für vier Monate und die Übertragung der Polizeigewalt an die Armee. Die Legislativwahl war damit hinfällig und wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Gleichzeitig trat die Regierung unter Premierminister Hamrouche zurück. Die am 6.6.1991 eingesetzte neue Regierung unter Premierminister Ghozali (bis dahin Außenminister) betonte ihr Engagement zur Fortführung der Wirtschaftsreformen und des demokratischen Prozesses, dessen wichtigstes Etappenziel die Legislativwahl sei. Zu diesem Zweck und zur Vorbereitung der Wahl fanden mehrere Konsultationen zwischen Regierung und Parteien statt und wurde die Zusicherung erteilt, nach Wiederherstellung der inneren Sicherheit, auf alle Fälle noch 1991 die Legislativwahl und 1992 vorgezogene Präsidentschaftswahlen abzuhalten. Die Verhängung des Ausnahmezustandes wurde von der Mehrzahl der nichtislamistischen Parteien und der Bevölkerung als unvermeidlich unter den gegebenen Umständen angesehen, wenn auch seine baldmöglichste Aufhebung gefordert wurde.



Die FIS antwortete auf die vom Parlament im April 1991 beschlossene Wahlkreisaufteilung mit einem Aufruf zum Generalstreik. Auf dem Spruchband: Nein zum Wahlrechtsbeschiß.

Die Zusammenstöße zwischen Islamisten und Sicherheitstruppen seit Juni 1991 haben 55 Tote und 326 Verletzte gefordert, über 1.600 Personen wurden verhaftet und vor Gerichte gestellt, insgesamt sind 2.976 Personen verhört worden. Gleichwohl wurden Ängste bei der Bevölkerung laut, die befürchtete , die Armee könnte politische Ambitionen entwickeln.

Die Führungsspitze des FIS wurde nach weiteren Aufrufen zum Aufstand gegen die Staatsmacht am 30.6.1991 verhaftet und muß sich vor dem Militärgericht in Blida verantworten. Die Anklagepunkte lauten u.a. auf Angriff auf die Staatssicherheit, Organisierung von Attentaten und bewaffnete Versammlung (auf diese Vergehen steht die Todesstrafe).

Intern spaltete sich der FIS über die Frage der richtigen politischen Strategie in mindestens drei Fraktionen. Eine Fraktion scheint bereit zu sein, sich zu radikalisieren, Untergrundaktivitäten aufzunehmen und mittels Gewaltanwendung einen islamischen Staat zu erzwingen . Eine andere Fraktion sprach sich gegen Gewaltanwendung und für den Dialog mit der Staatsführung aus; eine dritte Fraktion streitet sich um den Führungsanspruch einiger Mitglieder der zweiten Fraktion und wandte sich gegen Abassi Madani.

Zugeständnisse in Sachen Wahlrecht

Der FIS geht als Organisation zweifellos geschwächt aus der erzwungenen Konfrontation mit der Staatsführung hervor, wenn auch seiner Forderung nach einer Modifikation der Wahlkreisaufteilung entsprochen wurde. Doch ist die Forderung nach einer Wahlkreismodifikation von allen Oppositionsparteien erhoben worden. Sie kann der Staatsführung wie dem FLN (dessen Abgeordnete schließlich darüber abstimmen) nur Glaubwürdigkeit verleihen hinsichtlich seiner Bereitschaft, den Demokratisierungsprozeß zu forcieren. Noch steht allerdings die Verabschiedung der neuen Gesetze zu einem veränderten Wahlrecht durch das Parlament aus. Die Modifikationen kamen nach der Konsultation zwischen Regierung und Parteien zustande und berücksichtigten Forderungen insbesondere der nichtislamistischen Parteien. So ist vorgesehen, die Wahl per Vollmacht auf eine Person zu beschränken und die Möglichkeit der Abstimmung für den Ehepartner nach Vorlage des Familienbuches gänzlich abzuschaffen. Gegen die Entscheidung von neun (nicht ins Gewicht fallenden) Parteien, die sich für eine Verhältniswahl aussprachen, wurde der Wahlmodus einer Mehrheitswahl in zwei Durchgängen beibehalten, doch das passive Wahlrecht auf 27 Jahre herabgesetzt.Die Wahlkreisaufteilung für die insgesamt 373 Mandate (statt wie bisher 542) erfolgte in dem neuen Gesetzentwurf nach strikt demographischen Gesichtspunkten, d.h. für je 80.000 Einwohner wurde ein Wahlkreis geschaffen mit Ausnahme der dünnbesiedelten Südprovinzen, wo 30.000 Personen einen Wahlkreis bilden. Premierminister Ghozali kündigte für 29.9.1991 die Aufhebung des Ausnahmezustandes an, da die innere Ruhe inzwischen wieder hergestellt sei. Mit dieser Rückkehr zur Normalität hätte die Armee außerdem bewiesen, daß sie sich auf die seit Annahme der Verfassung im Februar 1989 erklärte neue Aufgabe als "Verteidigerin der Demokratie" beschränken will.

Ob die Legislativwahl Anfang Dezember 1991 stattfindet, wird nicht vom Willen der Armee, des FLN, der nichtislamistischen oder der moderat-islamistischen Oppositionsparteien, noch des Staatspräsidenten abhängen, sondern vom Verhalten der radikalen Islamisten und deren Destabilisierungsmöglichkeiten. Ihre Fähigkeit, Unruhe zu schüren, kann zwar einerseits durch die Sicherheitsorgane bis zu einem bestimmten Grad kontrolliert werden, andererseits können sie trotz ihrer geringen Anzahl Prozeßabläufe wie bereits im Mai/Juni 1991 blockieren.

Wirtschaftliche Blockaden

Eine langfristig größere Gefahr für den Demokratisierungsprozeß als die extremistischen, verfassungsfeindlichen Gruppierungen stellen die katastrophalen sozioökonomischen Rahmenbedingungen dar. Wie gravierend die derzeitige wirtschaftliche Lage in Algerien ist, hat Premierminister Ghozali in einer hinsichtlich ihrer Offenheit einmaligen Rede anläßlich des Regierungstreffens mit den Oppositionsparteien am 30.7.1991 bilanziert. Ob die Höhe der Inlands- oder Auslandsverschuldung, der Rückgang der realen Kaufkraft allein um 8% (1990), die sinkende Produktion, die hohe Zahl von Arbeitslosen (1,5 Mio.) mit einer jährlichen Zunahme um 200.000, die gravierende Wohnungsnot oder das wachsende Nahrungsmitteldefizit in Betracht gezogen wird, offensichtlich ist, daß jedes sektorale Defizit allein zu seiner Lösung Ressourcen erforderlich macht, die Algerien gegenwärtig nicht zur Verfügung stehen. Eine Tatsache ist, daß nach anfänglichen Restrukturierungs- und Liberalisierungsmaßnahmen seit Beginn der 80er Jahre von der politischen Führung die Notwendigkeit zur grundlegenden Reform des Wirtschaftssystems, d.h. die Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen erkannt wurde. In diesem Zusammenhang wird zwar bislang die Umschuldung der 26 Milliarden US-$ hohen Auslandsschuld zurückgewiesen, zur Überwindung des akuten Devisenmangels am 27.4.1991 jedoch erstmals ein Abkommen mit dem (bis dahin heftig kritisierten) IWF geschlossen. Die mit dem Abkommen eingegangene Verpflichtung zur Streichung von Subventionen für diverse Nahrungs- und Konsummittel war nicht umzusetzen, da das (FLN-)Parlament vor der Legislativwahl einen solchen Schritt als schädlich ansah und Ende August 1991 schließlich ablehnte. Eine gleichfalls heftige Kontroverse löste der Vorschlag von Premierminister Ghozali aus, Besitzrechte am algerischen Ölfeld von Hassi Messaoud an ausländische Ölfirmen zu verkaufen. Wegen des knappen Finanzierungsrahmens werden letztendlich alle zur Umsetzung kommenden Maßnahmen nur einen sehr begrenzten Effekt haben. Solange sich die wirtschaftliche Situation aber nicht massiv bessert, werden zum einen aus den Reihen der marginalisierten jugendlichen Arbeitslosen stets jene neuen Anhänger mobilisiert und rekrutiert, die in der Heilslehre der Islamisten die Lösung für ihr persönliches Schicksal sehen, zum anderen besteht die Gefahr größerer sozial motivierter Konflikte, die von einem parteipolitischen Hintergrund losgelöst sind.

Sigrid Faath/Hanspeter Mattes

Strukturanpassung in Zimbabwe

Nachdem das unabhängige Zimbabwe zunächst einen sozialistischen Entwicklungsweg angestrebt hatte, zeichnet sich jetzt ein radikaler Wandel in der Wirtschaftspolitik ab. "Economic Structural Adjustment Programme" (ESAP) heißt die Zauberformel, von der sich die politische Führung in Harare einen Ausweg aus der wirtschaftlichen Misere verspricht. Konkrete Inhalte und Auswirkungen dieses Strukturanpassungsprogrammes, das in Zimbabwe als hausgemacht ("homegrown") angeboten wird, sollen im folgenden untersucht werden.



Die Regierung hat in hohem Maße in die Bildung investiert... Foto: Magnum

Das unabhängige Zimbabwe hat als schwere Bürde eine wirtschaftliche Struktur übernehmen müssen, die im Agrarsektor durch die Dominanz weißer Großfarmer und im industriellen Bereich durch die Vorherrschaft großer multinationaler Unternehmen, vorwiegend aus Großbritannien und Südafrika, gekennzeichnet war. Diese Struktur hat sich bis heute kaum geändert, da die den Unabhängigkeitsprozeß maßgeblich beeinflussenden Bestimmungen des Lancaster-House-Abkommens von 1979 der weißen Elite politische und wirtschaftliche Sonderrechte einräumten (vgl. blätter Nr. 164). Die 4% der Bevölkerung, die heute noch 90% des Reichtums des Landes besitzen, haben überwiegend weiße Hautfarbe.

Die politische Führung des neuen Zimbabwe, repräsentiert durch die obersten Kader der beiden Befreiungsbewegungen und nachfolgenden Parteien ZANU (Zimbabwe African National Union) und ZAPU (Zimbabwe African People's Union), hatten einen sozialistischen Entwicklungsweg auf ihre Fahnen geschrieben. Dabei sollte das wirtschaftiche Know-How und das Kapital der weißen Siedlerschicht miteinbezogen werden. Im Rückgriff auf die vorhandenen Ressourcen im Landwirtschafts- und Bergbausektor sowie in der verarbeitenden Industrie sollte ein wirtschaftlicher Take Off initiiert werden. Dabei wollte die Regierung mit Hilfe massiver Investitionen im Bildungs- und Gesundheitswesen die (Über-) Lebenssituation der schwarzen Bevölkerungsmehrheit nachhaltig verbessern und sie in den Entwicklungsprozeß integrieren. Durch sogenannte Resettlement-Maßnahmen sollten landlose Bauern, BäuerInnen, ehemalige LandarbeiterInnen und GuerillakämpferInnen mit neuem Land versorgt werden.

Die neue Regierung wollte den im Verhältnis zu anderen afrikanischen Ländern hohen Industrialisierungsgrad noch erhöhen.

Ebenso war es ein wichtiges nationales Ziel, die Nahrungsmittelversorgung aus eigener Kraft sicherzustellen. Insgesamt erhoffte sich die neue politische Führung, Entwicklung und Beschäftigung über ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum erreichen zu können.

Die wirtschaftlichen und sozialen Daten der letzten zehn Jahre zeigen gegensätzliche Tendenzen: z.B. hat die Regierungspolitik im Erziehungswesen, in dem bisher auf der Primarstufe (d.h. bis zur 7. Klasse) kostenfreier Zugang gewährt wurde, nahezu zu einer Verdoppelung der Einschulungsraten geführt. Ebenso sind im Gesundheitsbereich massive Anstrengungen unternommen worden, um eine landesweite medizinische Versorgung sicherzustellen; Impfprogramme für Kinder und die Betreuung schwangerer Frauen und junger Mütter haben zu einem bemerkenswerten Rückgang der Säuglings- und Kindersterblichkeit geführt.

Die anvisierten wirtschaftlichen Ziele konnten jedoch nicht erreicht werden. Am deutlichsten wird die Stagnation bei einem Vergleich der Pro-Kopf-Einkommen von 1982 = 472 Z$ und 1989 = 470 Z$.

Gerade für die gering verdienenden Schichten der Bevölkerung, die einen großen Teil ihres Einkommens für lebensnotwendige Güter - in erster Linie

Nahrungsmittel - ausgeben müssen, ist dies eine sehr schmerzhafte Entwicklung.

Ursachen für die Krise

Der Devisenmangel ist der am häufigsten genannte Grund für die wirtschaftliche Misere. Die Regierung hat bisher eine äußerst restriktive Devisenzuteilung betrieben. Im industriellen Bereich hat diese Politik zu einem Veralten der Produktionsanlagen geführt, da weder neue Technologien noch ausreichend Ersatzteile auf dem internationalen Markt beschafft werden konnten. Infolge dieser Mangelsituation konnten bei weitem nicht die erhofften Arbeitsplätze geschaffen werden. Entsprechend fehlte auf dem Inlandsmarkt dann auch die Kaufkraft.

Die Misere wird durch zwei weitere Fehlentwicklungen ergänzt. Die politische Führung im unabhängigen Zimbabwe hatte im Prinzip das alte englische Schulsystem übernommen und damit ein Schwergewicht auf die rein akademische Ausbildung gelegt, polytechnische Ansätze sind sehr rar und berufsqualifizierende Ausbildungsmöglichkeiten sind nicht in dem gleichem Maße wie der Ausbau der Primar- und Sekundarschulen entwickelt worden. Heute gibt es in dem Bereich landwirtschaftlicher, landwirtschaftsnaher und handwerklicher Produktion keine ausreichenden Ausbildungsmöglichkeiten. Zum zweiten hat die groß angekündigte Resettlement-Politik in der Praxis kaum zufriedenstellende Ergebnisse gebracht. Nach wie vor sind die kargen 'rural areas' sehr dicht besiedelt. Viele schwarze Kleinbauern verlassen ihre übernutzten Böden und wandern in der Hoffnung auf einen anderen Arbeitsplatz in die Städte ab. Eine durchgreifende Reform in der Landfrage, die diese Probleme lindern könnte, läßt immer noch auf sich warten.

Seit 1987 steigen Zimbabwes Schuldendienstverpflichtungen. Da parallel dazu die Exporterlöse aufgrund der Dürre und gefallener Weltmarktpreise zurückgingen, schrumpfte die ohnehin schmale Devisenbasis des Landes noch weiter zusammen[1]. So wurde auch Zimbabwe kurzfristig zu einem Nettokapitalexporteur: Den geringen Exporteinnahmen standen hohe Schuldendienstzahlungen gegenüber. In dieser krisenhaften Situation sah sich die Regierung gezwungen, eine neue Wirtschaftspolitik zu konzipieren, um die strukturellen Defizite der zimbabwischen Ökonomie zu beheben.

Nach langem Zaudern wurde dann im Sommer 1990 das inzwischen zum Schlagwort gewordene ESAP angekündigt. Schon 1989 war mit der Verabschiedung eines Investitionskodex ein erster Schritt zu einer weiteren Öffnung des zimbabwischen Marktes für das internationale Kapital getan worden. Mit diesen Richtlinien wurden verbesserte Konditionen für steuerfreie Gewinntransfers geschaffen und der Zugang zu Krediten und Devisen erleichtert.

Bei den Haushaltsberatungen 1990 kündigte der Finanzminister Chidzero an, zukünftig den Kräften des Marktes den Vorzug vor einer staatlich gelenkten Wirtschaft geben zu wollen. Dieser markante Orientierungswechsel soll inhaltlich mit Hilfe einer bekannten Rezeptur vollzogen werden: Chidzeros neue Wirtschaftspolitik setzt auf Handelsliberalisierung, Subventionsabbau, Verkleinerung des öffentlichen Dienstes sowie die Freigabe von Löhnen und Preisen.

Freier Zugang zu Devisen

Mit Wirkung vom 1. Oktober 1990 sind die ersten Maßnahmen zur Handelsliberalisierung in Kraft getreten. Das OGIL-System (für: 'Open General Import Licence') soll schrittweise die bisherige Methode der Devisenzuteilung ablösen. Mußten bis jetzt für alle Importe Anträge auf Devisenzuteilung gestellt werden, können neuerdings bestimmte Produkte ohne gesonderte staatliche Genehmigung importiert werden. In einem ersten Schritt wurden u.a. Textilfarben, Verpackungsmaterial und andere Zwischenprodukte freigegeben, um den Export zimbabwischer Textilfarben zu stimulieren. Insgesamt soll die Palette der unter dem OGIL-System zu importierenden Waren aber ständig erweitert werden, so daß im laufenden Jahr schon 50% der Importe - egal ob für Investitionen, für den Privatgebrauch oder für den Weiterverkauf, nach dem neuen Verfahren eingeführt werden können, vorausgesetzt, daß genügend Devisen zur Verfügung stehen[2].

Der internationalen Gebergemeinschaft, seien es nun staatliche Stellen oder private Geschäftsbanken, scheint die zimbabwische Strukturanpassung zu gefallen: Bei einem Treffen der Schuldenbewertungs- und Kreditverteilungsrunde des Pariser Clubs[3] im Frühjahr dieses Jahres konnte die zimbabwische Regierung Zusagen in Höhe von 2 Mrd. US$ für neue Kredite entgegennehmen[4]. Nach einem Besuch in den USA vor einigen Wochen kam Präsident Mugabe mit der Zusicherung des amerikanischen Präsidenten zurück, die Entwicklungshilfezahlungen zu verdoppeln. Insofern scheint ein Ziel des ESAP, nämlich kurzfristig die Devisenknappheit zu überwinden, durchaus erreichbar zu sein: Die Regierung hat sich als Ziel gesetzt, bis 1995 Kredite in Höhe von 3,5 Mrd. US$ ins Land zu holen[5].

Welche positiven Folgen erwarten die ESAP-Architekten nun von dieser umfangreichen Kreditaufnahme?

Die Außenfinanzierung soll die Exportwirtschaft in dem Maße anschieben, daß mit den zusätzlich verdienten Devisen der Schuldendienst geleistet werden kann, und darüberhinaus mittelfristig alle notwendigen Importe finanziert werden können.

Ausländische Konkurrenz für Zimbabwische Industrie

Durch die Handelsliberalisierung soll die Ersatzteilversorgung im Lande verbessert werden. Gleichzeitig werden aber auch viele Produzenten vor Ort plötzlich mit ausländischer Konkurrenz konfrontiert. Die zimbabwische Wirtschaft hat jahrzehntelang die Vorteile einer (Zwangs)Isolation genossen - erst unter den Sanktionen während des rhodesischen Smith-Regimes, dann unter der restriktiven Importpolitik der neuen Regierung. Die Industrie blieb also auf dem Inlandsmarkt vom Wettbewerbsdruck anderer Anbieter verschont. Dies wirkte sich allerdings nachteilig auf den technischen Standard aus, der heute in vielen Sektoren nicht dem Weltmarktniveau ent-



Foto: issa ...Viele Schulabgänger sind jedoch arbeitslos.

spricht. So hat der Verband der Zimbabwischen Industrie (CZI) kürzlich die Regierung aufgefordert, die einheimische Industrie vor negativen Folgen des ESAP zu schützen!

Mit dem Hinweis auf das Scheitern von Strukturanpassungsprogrammen in anderen afrikanischen Ländern lehnt der Zimbabwische Gewerkschaftsbund (ZCTU) das ESAP ab. Es seien zunehmende Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit zu befürchten. Die wachsende Verschuldung mache das Land in einem noch größeren Maß abhängig von ausländischen Geldgebern.

In Zimbabwe werden von der öffentlichen Hand - ähnlich wie in anderen Ländern - viele Versorgungseinrichtungen und Infrastrukturmaßnahmen finanziert oder bezuschußt. Hierunter fallen unter anderem die Energie- und Wasserversorgung, das Post- und Fernmeldewesen, die Eisenbahn, Straßenbau und -instandhaltung. Über diese Bereiche hinaus werden aber auch Unternehmen unterstützt, die direkt in den wirtschaftlichen Austausch zwischen KonsumentInnen und ProduzentInnen involviert sind, sog. Parastatals. Zu ihnen gehören die Marketing Boards, die für die Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte zuständig sind. Vier Marketing-Boards organisieren die Sektoren Getreide, Milch und Milchprodukte, Baumwolle und Fleisch. Bisher hatten die Marketing Boards ein Monopol für die Vermarktung dieser Agrarprodukte. Z.B. konnte eine Bäuerin, die einen Teil ihres angebauten Maises verkaufen wollte, dies nur über das Grain Marketing Board (GMB) zu einem vorher landesweit festgelegten Preis tun. Ebenso waren die Verkaufspreise an die Mühlen und Bäckereien festgelegt. Die wichtigsten Nahrungsmittel wie Maismehl, Milch, Margarine, Pflanzenöl und Zucker konnten bisher billig angeboten werden, weil die entsprechenden Marketing Boards vom Staatshaushalt bezuschußt wurden. Im Agrarbereich betrug der Zuschußbedarf 1990 über 200 Mio. Z$.

Diese Politik war bisher notwendig, um die Ernährung der großen Masse der armen Bevölkerung sicherzustellen. Zum anderen sollte aber auch eine Mindesthöhe der Erzeugerpreise als Produktionsanreiz für die Bauern und Bäuerinnen gewährleistet werden. Im Rahmen des ESAP soll nun der Staatshaushalt von diesen Subventionen entlastet werden.

Keine überzeugende Konzepte

Bisher wurden hierzu jedoch keine überzeugenden Konzepte vorgelegt. Für die kommende Ernte im Frühjahr 1992 sind z.B. erhöhte Erzeugerpreise für Mais (+20%) festgesetzt worden. Dies ist vor dem Hintergrund der geringen Erträge in diesem Jahr und der angespannten Einkommenssituation gerade bei den schwarzen Bauern und Bäuerinnen sicherlich ein richtiger Schritt. Gleichzeitig soll das GMB aber auch sein Defizit abbauen. Bisher ist nicht bekannt, wie diese Schritte ohne eine weitere massive Erhöhung der Verbraucherpreise und/oder Liefer- und Serviceeinschränkungen unternommen werden können. Dieses Problem stellt sich allen landwirtschaftlichen Marketing Boards, weil spätestens in einem Jahr der staatliche Geldhahn zugedreht werden soll.

Seit der Einführung des Anpassungsprogrammes werden die Preise für Konsumgüter und auch andere Waren Stück für Stück freigegeben. Dies wird als notwendiger Schritt bei der Einführung von Marktmechanismen erachtet. Für die "Sanierung" der landwirtschaftlichen Marketing Boards scheint es kaum einen anderen Weg zu geben (s.o.). Aber auch die Preise für Kleidung und Bustransport sind stark gestiegen, ebenso die Schulgebühren (ab Sekundarstufe). Die durchschnittliche Preissteigerung von April 1990 bis April 1991 betrug ca. 24% die Nahrungsmittel sind um 28% teurer geworden. Die Lohnsteigerungen haben damit nicht Schritt gehalten[7].

Außer der Preiskontrolle ist auch das Prinzip des staatlich garantierten Minimallohnes aufgegeben worden. Zukünftige Lohnerhöhungen werden allein zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten ausgehandelt ('collective bargaining'). Vor allem die Gewerkschaften befürchten, daß jetzt bei schlechter Ertragslage Lohnerhöhungen - zumindest in der Höhe der Inflationsrate - schwerer durchzusetzen sind. Der Druck, den die große Zahl der Arbeitslosen auf den Arbeitsmarkt ausübt, wird die Position der Beschäftigten in diesen Verhandlungen schwächen. Die Regierung hat einen Sozialfonds für die Opfer des ESAP angekündigt. Daraus sollen die Menschen unterstützt werden, die aufgrund der Preissteigerungen ihre Existenz nicht mehr sichern können. Ebenfalls dient dieser Sozialfonds Weiterbildungs- und Auffangmaßnahmen für die Beschäftigten, die infolge der Strukturanpassung arbeitslos werden[8].

Angesichts der Aufgaben erscheint die Summe von 20 Mio. Z$ mit der dieser Topf ausgestattet werden soll als geradezu lächerlich.

Reduzierung im öffentlichen Dienst

Um das Haushaltsdefizit zu reduzieren, sollen bis 1995 im Öffentlichen Dienst 20.000 Stellen (=25%) gestrichen werden. Dieser Prozeß ist noch nicht eingeleitet worden, da zunächst eine Untersuchungskommission die gesamte Struktur der Ministerialbürokratie und des Öffentlichen Dienstes durchleuchten soll. Auf diese Weise erhofft sich die Regierung Aufschlüsse über Möglichkeiten, die Verwaltung effizienter zu machen. Wenn durch solch einen tiefen Schnitt auch der Haushalt spürbar entlastet wird, bleibt zu fragen, ob dann die öffentlichen Aufgaben in angemessener Form weiterhin wahrgenommen werden können.

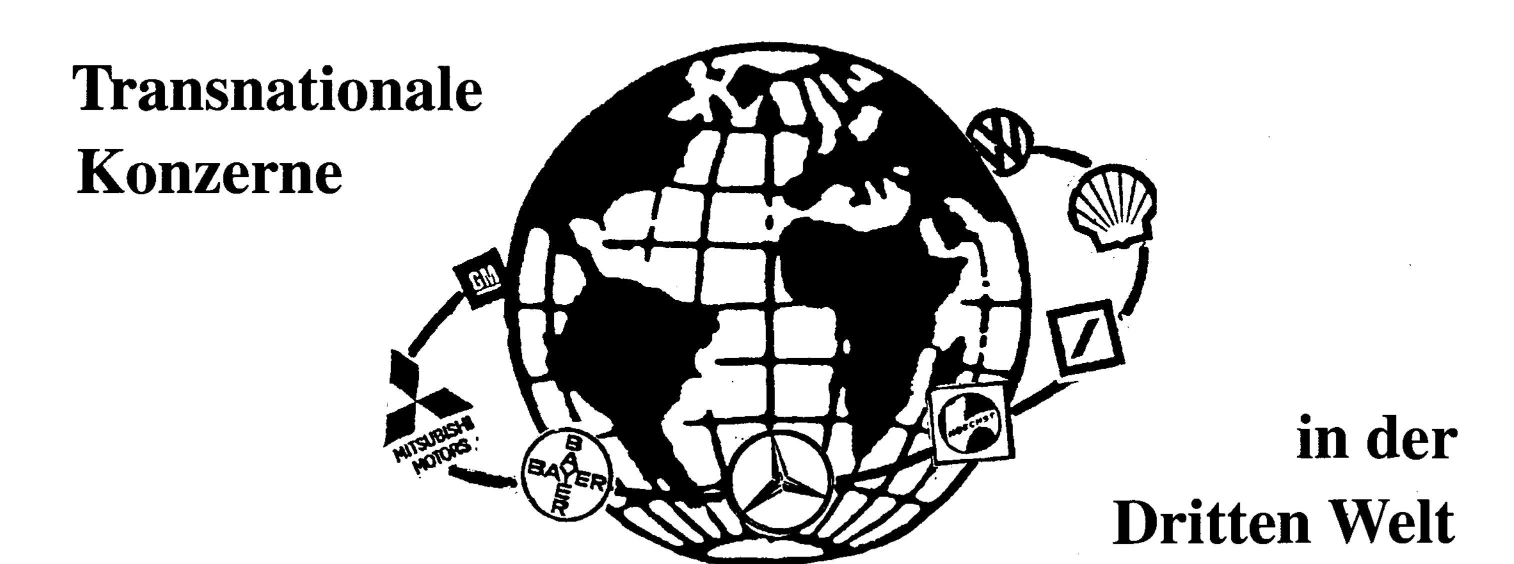
Erfreulicherweise gibt es eine breite öffentliche Debatte über das Strukturanpassungsprogramm, vor allem in den Printmedien. Besonders kritisch wird vermerkt, daß die Regierung es bisher versäumt hat, über Inhalte und Ziele sowie die konkreten Folgen der Strukturanpassung zu informieren. Aber die Menschen spüren längst die Auswirkungen der eingeleiteten Politik. Da aber die versprochenen Maßnahmen zur Abfederung dieser Auswirkungen, wie der Sozialfonds (der offensichtlich viel zu gering ausgestattet ist) und die Monopolkommission noch nicht eingerichtet sind, kann es kaum verwundern, wenn die meisten Leute dem ESAP gegenüber sehr kritisch eingestellt sind.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist absehbar, daß die Masse der Bevölkerung in erster Linie Opfer zu bringen hat: in Form höherer Preise für Nahrungsmittel, Mieten, Transport, Schulbesuch, Kleidung etc. Darüber hinaus wird die Deregulierung der bisher staatlich festgesetzten Löhne zu Einkommensverlusten führen. Die Importliberalisierung wird in einem ersten Schub durch Konkurrenzangebote ausländischer Waren einheimische Produzenten unter Druck bringen und wahrscheinlich dadurch die Arbeitslosigkeit vergrößern.

Siegfried Schröder

Anmerkungen:
1) Afrika Jahrbuch 1987 (Hamburg)
2) Parade, August 1991 (Harare)
SAPEM, März 1991
3) Gruppe westl. Gläubiger-Industrieländer, die seit 1956 in Ad-hoc-Sitzungen bei Schuldendienst-Problemen von Entwicklungsländern Umschuldungen organisieren. Neuverhandelt werden öffentliche und öffentlich garantierte Kredite.
4) Moto, April/Mai 1991 (Gweru)
5) Zimbabwe: Framework for Economic Reform, 1991.1995 (Regierung)
6) Horizon, Sept. 1991 (Harare)
7) Financial Gazette, 8. Aug. 1991
8) Parade, August 1991
Moto, August 1991

Transnationale Konzerne in der Dritten Welt



Die Umbrüche in Osteuropa und die Vereinnahmung der ehemaligen DDR haben nicht nur Rassismus und Nationalismus beflügelt, sondern auch gezeigt, welche Macht bundesdeutsche Konzerne entfalten können und wie sie die gesellschaftlichen Strukturen beeinflussen. Die Solidaritätsbewegung hat das Thema "Konzerne" in den letzten Jahren jedoch aus den Augen verloren, obwohl sich deren Aktivitäten nicht vermindert haben. Seit der Diskussion um die Rückverlagerungen von Investitionen ist es recht still geworden. Zwar versuchen die "Kritischen AktionärInnen" beharrlich, an der Öffentlichkeitswirkung von Hauptversammlungen teilzuhaben, eine bundesweite Gegenmacht ist jedoch nicht in Sicht. Hat die Solidaritätsbewegung vor der Übermacht der Transnationalen Konzerne kapituliert? Die Unternehmensvorstände beziehen inzwischen soziale und ökologische Aspekte in ihre öffentlichen Verlautbarungen ein, sie versuchen sich sogar als Umweltsponsoren zu profilieren, während sie in der Dritten Welt ihren profitablen Geschäften ungestört nachgehen. Dadurch, daß sie die Konzentrationsprozesse weiter beschleunigen und ihre Geschäfte (mit staatlicher Hilfe) immer undurchschaubarer gestalten, wird der Widerstand gegen sie nicht einfacher.

1992 werden die Politiker auf dem Weltwirtschaftsgipfel in München auch über die Rahmenbedingungen für die Transnationalen Unternehmen verhandeln und versuchen, die Öffnung der Weltmärke für die Kapitalinteressen voranzutreiben. Wir forden alle LeserInnen dazu auf, sich intensiver mit den Geschäften dieser Unternehmen auseinanderzusetzen. Mit diesem Themenschwerpunkt zu den Aktivitäten deutscher Unternehmen in der Dritten Welt wollen wir dazu beitragen.

In dem einführenden Artikel zu Investitionen und Strategien Transnationaler Konzerne wehrt sich der Autor, Martin Gueck, gegen die pauschale These einer Zwangsabkoppelung der Länder der Dritten Welt von Investitionen der Transnationalen Konzerne. Stattdessen zeigt er auf, daß Rückverlagerungen Randerscheinungen bleiben. Die Investitionen konzentrieren sich jedoch vorwiegend auf die sogenannten Schwellenländer, die für die drei großen Investitionszentren EG, USA und Japan von wirtschaftlichem Interesse sind. Neue Abhängigkeiten von Transnationalen Konzernen entstehen durch die Konzentration von Forschung und Entwicklung bei den großen Konzernen. Dies ist eine der Thesen von Jörg Meyer-Stamer zum Wandel der Investitionsstrategien der Konzerne.

Während in den 70er Jahren vielversprechende Ansätze zur Kontrolle Transnationaler Konzerne entwickelt wurden, haben GATT, IWF, Weltbank und sogar die Vereinten Nationen inzwischen ihr neoliberales Gedankengut gegenüber den Ländern der Dritten Welt durchgesetzt. Die Auslandsverschuldung der meisten Staaten kam ihnen dabei als Druckmittel zu Hilfe. Mit dem Wandel des Investitionsrechts setzt sich Friederike Pentzlin in ihrem Beitrag auseinander. Sie sieht den Kontrollansatz über Verhaltenskodizes als gescheitert an, wenn deren Inhalte nicht verschärft und neue Verfahren, sie durchzusetzen, gesucht werden. Ein Beispiel für den (zeitweiligen) Erfolg solcher Verhaltenskodizes ist der WHO-Kodex, der nur aufgrund der erfolgreichen Boykottmaßnahmen zustande kam und Nestlé zur Änderung seiner Geschäftspraktiken verpflichtete. Wegen der andauernden Verstöße gegen den WHO-Kodex ruft die Aktion Babynahrung seit 1988 zu einem neuen Boykott auf - mit bislang bescheidenem Erfolg. Dabei gebe es genügend Möglichkeiten, auf die in den Supermärkten allgegenwärtigen Nestle-Produkte zu verzichten. Knurrende Mägen verschafft der BAYER-Konzern seinen Beschäftigten in Peru mit illegalen Massenentlassungen, die der Konzern nachträglich mit Hilfe korrupter Richter zu legitimieren sucht. Henry Mathews von der "Coordination gegen BAYER-Gefahren" gibt einen Einblick in die Umgehensweise des deutschen Chemie-Konzerns mit Arbeitskämpfen.

Die Gruppen, die die dreckigen Geschäfte der Konzerne aufdecken wollen, müssen mit juristischen Schritten rechnen. Bei rechtlichen Auseinandersetzungen fehlt ihnen oft das Geld, um lange Verfahren und entsprechende Anwälte bezahlen zu können. Erfolg kann eine Arbeit zu Konzernen auch aus diesem Grund nur haben, wenn sie von einer großen Öffentlichkeit begleitet wird. Deshalb drucken wir im Anschluß an die Beiträge Selbstdarstellungen von Gruppen, die zum Thema arbeiten, sowie einige Hinweise auf weiterführende Literatur ab.

Redaktion

Bundesdeutsche Multis in der Dritten Welt

Mit den Investitionsstrategien transnationaler Konzerne setzt sich Martin Gueck von der Werkstatt Ökonomie in Heidelberg auseinander. Er kommt zu dem Schluß, daß - zumindest auf bundesdeutsche Unternehmen bezogen - die Dritte Welt keineswegs als Investitionsstandort ausgedient hat. Allerdings bestimmen neue Formen von Unternehmensbeteiligungen und regionale Schwerpunkte das Auslandsengagement der Konzerne.

Nicht klar zu kommen scheint die Dritte-Welt-Bewegung mit den "Multis". Gestern noch galten sie als Hauptverantwortliche des Elends in der "Dritten Welt" und konsequenterweise wurde ihr schleuniger Rückzug aus derselben eingefordert. Doch heute werfen Teile der Soli-Szene den "Multis" gerade jenen Rückzug vor. Wiederum liegt ein nicht geringer Teil der Soli-Bewegten analytisch und damit auch politisch daneben.

Dies ist angesichts der "Theorie-Ruinen" [1] der Dependencia und der hieraus entstandenen entwicklungspolitischen Ratlosigkeit nicht sonderlich überraschend. Aber ärgerlich ist es dennoch, scheint doch so die internationalistische Linke - wenn auch sicher ungewollt - exakt in jenes Horn zu blasen, mit dem die Rechte schon seit Jahren lautstark zu verkünden sucht, daß die "Multis" in der "Dritten Welt" und diese für die "Multis" keine Rolle spielen.

Solcherart aber besteht die Gefahr, daß das Thema "Multis" nicht nur von der Rechten kleingearbeitet, sondern auch von der Soli-Szene dethematisiert werden wird - und dies, ohne daß sich an der eigentlichen Problemlage etwas geändert hätte. [2]

Zwangsabkopplung der Entwicklungsländer?

Schon seit geraumer Zeit ist die Rede von der ökonomischen "Zwangsabkopplung der Entwicklungsländer". Die "Multis" zögen sich zunehmend aus den "Entwicklungsländern" zurück - und dies wird unter anderem auch im Blick auf die Entwicklung der deutschen Direktinvestitionen behauptet.

Zusätzlichen Aufwind erhielten diese Spekulationen um einen Bedeutungsverlust des Südens für die Strategien der multinationalen Konzerne durch die jüngsten weltwirtschaftlichen und politischen Entwicklungen. Nach den Umbrüchen in Osteuropa scheinen sich dort neue Märkte zu eröffnen. Die näherrückende Vollendung der EG-europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zieht nicht nur internes Kapital, sondern auch solches aus den beiden anderen triadischen Zentren USA und Japan mächtig an. Außerdem wirkt die sich verschärfende ökonomische Krise weiter Teile der "Dritten Welt" nicht sonderlich attraktiv für Investoren: "Zwangsabkopplung der Entwicklungsländer" also?

Die Einschränkung der nachstehenden Analyse auf bundesdeutsche Unternehmen hat ihren Grund darin, daß internationale Daten weder regelmäßig noch ausreichend differenziert erhoben werden. Außerdem reichen die aussagekräftigsten Daten nur bis 1985. Problematisch ist diese Einschränkung insofern, als vom Agieren bundesdeutscher Unternehmen keineswegs auf die Strategien der Multis anderer Herkunftsländer geschlossen werden kann. Diese Bestandsaufnahme hat somit also keinen für "die Multis" veralllgemeinerbaren Charakter.

Ein flüchtiger Blick auf die Bestandsstatistiken der Deutschen Bundesbank [3] ergibt, daß der relative Anteil der Entwicklungsländer an allen bundesdeutschen Direktinvestitionen weiter zurückgegangen ist. Nur noch etwa ein Zehntel des Bestandes an Auslandsinvestitionen ist dort angelegt - Mitte der 70er Jahre waren es noch exakt 20 Prozent. Und auch in absoluten Zahlen weist die Bestandsstatistik seit 1984 keinen Zuwachs mehr aus; vielmehr geht der Investitionsbestand deutlich zurück. Bei genauerem Hinsehen erweist sich die These der Zwangsabkopplung jedoch als ebenso vorschnell wie viel zu pauschal.

Zwar ist die Berücksichtigung der Investitionsbestände ein notwendiges, jedoch keineswegs ein hinreichendes Kriterium zur verläßlichen Beurteilung der Entwicklung investiver Kapitalströme ins Ausland. So bergen die Bestandsziffern die Gefahr der statistischen Verzerrung, wobei diese insbesondere im Fall von Entwicklungsländern gegeben ist. Da sich der Außenwert der D-Mark gegenüber den meist inflationären Währungen der Entwicklungsländer in den letzten Jahren z.T. erheblich erhöht hat und die Investitionsbestände in fremder Währung bilanziert werden, können die in D-Mark umgerechneten und ausgewiesenen Direktinvestitionen die tatsäch-

Bundesdeutsche Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern

Jahr	Bestand (Mio. DM)	Anteil (in % aller Dir. inv.)	Anzahl in Tausend Unternehmen	Beschäftigte
1976	9.824	20,0	1.481	428
1978	11.317	18,6	1.724	503
1980	14.784	17,5	1.932	560
1982	19.388	17,8	2.163	500
1984	25.034	17,2	2.231	489
1985	21.354	14,5	2.228	523
1986	19.582	12,9	2.181	542
1987	19.329	12,3	2.172	550
1988	22.712	12,2	2.285	552
1989	21.732	10,7	2.318	596

Quelle: Deutsche Bundesbank und eigene Berechnungen. Die Zuordnung der Staaten zur Kategorie "Entwicklungsländer" (einschl. OPEC) wurde für den gesamten Zeitraum nach dem derzeitigen Stand vereinheitlicht.



lichen Bestände in großem Maße unterzeichnen.[4]

Aus diesem Grund erweist sich die Einbeziehung weiterer, von monetären Einflüssen freien Indikatoren zur Beurteilung des tatsächlichen Gewichtes der Entwicklungsländer als Zielregion von Direktinvestitionen als unbedingt erforderlich. Die Berücksichtung zweier weiterer Erfassungskriterien der Bundesbank-Statistiken bestätigt letzteres auf unzweideutige Weise.

Rückverlagerungen bleiben Randerscheinungen

Der ausgewiesene Direktinvestitionsbestand der bundesdeutschen Unternehmen in den Entwicklungsländern lag 1989 um knapp 14 Prozent unter dem bislang höchsten Stand von 1984. Damit wird ein beträchtlicher Abzug von Investitionskapital suggeriert. Demgegenüber weisen sowohl die Angaben über die Anzahl der in den Entwicklungsländern engagierten Unternehmen als auch deren Beschäftigungsbilanzen für 1989 neue historische Höchstwerte auf.

So betrug der Zuwachs der Anzahl der Unternehmen in besagtem Zeitraum gut 4 Prozent, die Beschäftigung bei den Töchtern in den Entwicklungsländern stieg gar um etwa 18 Prozent. Von einem rückläufigen Interesse der Multis an den Entwicklungsländern kann demnach trotz der niedrigeren Bestandsziffern nicht die Rede sein - vielmehr lassen die ergänzenden Werte eher das Gegenteil vermuten.

Hieraus wird ersichtlich, wie sehr bei der Analyse der Strategien multinationaler Konzerne im Hinblick auf Entwicklungsländer die ausschließliche Interpretation der Bestandsstatistiken in die Irre führen kann. Dies um so mehr, als sich das Strategienbündel der transnationalen Unternehmen außerdem zunehmend erweitert und die Direktinvestition längst nicht mehr die einzige Art des direkten Auslandsengagements ist.

Wenngleich kaum quantifizierbar, sind hier insbesondere Internationalisierungsinstrumente auf der Grundlage von Lizenz- und Auftragsabkommen zu nennen. Diese sog. "neuen Formen" geben transnationalen Unternehmen aufgrund i.d.R. kurzfristiger Verträge mit lokal ansässigen Partnern die Möglichkeit, die unternehmerischen Risiken auf letztere abzuwälzen. Mit dem irreführenden Begriff "neue Formen" ("neu" ist an diesen Formen lediglich, daß sie inzwischen ihrer Relevanz entsprechend diskutiert werden) ist die Nutzung von Fertigungskapazitäten in der "Dritten Welt" gemeint, ohne daß eine formale Kapitalbeteiligung eines Multi besteht. Zu nennen ist insbesondere das "Original Equipment Manufactering" (OEM). Beim OEM lassen Multis bestimmte Produkte (v.a. Fernsehgeräte, Taschenrechner, Video-Recorder, aber auch Turnschuhe oder Tennisbälle, also Erzeugnisse von weitestgehend standartisierter Technologie) vollständig in "Entwicklungsländern" produzieren. Sie versehen diese dann nur noch mit dem eigenen (Marken-)Namen und organisieren den Vertrieb. Klassische Wirtschaftszweige, in denen die "neuen Formen" des Auslandsengagements zur Anwendung kommen, sind Textil und Bekleidung sowie die Elektroindustrie.

"Kooperationen" dieser Art treten in den letzten Jahren vermehrt an die Stelle von Direktinvestitionen. Gleichwohl gewähren sie den Multis erheblichen Einfluß auf die Geschäftstätigkeit nationaler Firmen in der Dritten Welt. Auf diese Weise können Abhängigkeitsverhältnisse festgeschrieben werden, die den Beziehungen zwischen Mutter- und Tochterunternehmen gleichkommen.[5]

Gegen einen Rückzug bundesdeutscher Unternehmen aus der Dritten Welt sprechen zudem die Untersuchungen zur sog. "Rückverlagerungsthese", welche unter Verweis auf neue, arbeitssparende Produktionstechnologien den Wegfall des Lohnkostenmotivs und somit ein rückläufiges Gewicht der Entwicklungsländer als Produktionsstandort behauptet. Zwar ist es zutreffend, daß der Anteil der Lohnkosten an den Gesamtkosten in vielen Wirtschaftszweigen zurückgeht (z.B. Automobilindustrie), dennoch bleiben Rückverlagerungen aus diesem Grund für die allermeisten Firmen und die in Betracht kommenden Branchen insgesamt Randerscheinungen.

Obwohl die Rückverlagerungsthese damit nicht einfach von der Hand zu weisen ist, findet sie doch in der bundesdeutschen Wirtschaftspraxis keine nachhaltige Bestätigung. Empirisch fundierte Überprüfungen haben ergeben, daß selbst Rückverlagerung im weitesten Sinne (Rückverlagerung als Substitution von Importproduktion durch Inlandsproduktion) nicht von Gewicht ist. Und selbst die wenigen ausgewiesenen Rückverlagerungen werden i.d.R. durch zunehmende Auslagerungen kompensiert oder sogar überkompensiert. Eine gewisse Ausnahme stellt bisher nur die Schneidewaren- und Bestecke-Industrie dar.[6] Im Bereich der Unterhaltungselektronik scheint dagegen angesichts des japanischen und südkoreanischen Wettbewerbsdrucks die Tendenz zu weiterer Auslagerung an kostengünstigere Standorte in Entwicklungsländern zu überwiegen.

Verschiebungen auf dem "Trikont"

Da bislang nur von "den" Entwicklungsländern die Rede war, die "Dritte Welt" aber bekanntlich - und dies insbesondere im ökonomischen Sinne - keine homogene Einheit darstellt, soll im Folgenden eine Ausdifferenzierung nach Anlageregionen vorgenommen werden.

Lateinamerika ist nach wie vor die bevorzugte Zielregion für bundesdeutsche Direktinvestitionen in der Dritten Welt. Fast drei Viertel aller Entwicklungsländerbestände (ohne OPEC) sind auf dem Subkontinent angelegt. Der beträchtliche Einbruch des bundesdeutschen Investitionsbestandes in Lateinamerika nach 1984 scheint sich als vorübergehend zu erweisen. Dieser Rückgang der Investitionen oder sogar Rückzug von Investoren hing offenbar damit zusammen, daß die auf die Binnenmärkte orientierten Engagements angesichts der unübersehbaren ökomischen Krise vieler relevanter Anlageländer wirtschaftlich unattraktiv geworden waren.

Der Bestand in Brasilien erreichte 1989 mit 9.501 Mio. DM eine neue Höchstmarke und lag damit bereits wieder um gut 9 Prozent über dem Wert von 1984. Der Zuwachs Mexikos (Bestand

1989: 2.351 Mio. DM) betrug im selben Zeitraum gar mehr als 100 Prozent, und auch Chile konnte in den letzten Jahren ansehnliche Wachstumsraten verzeichnen.

Unter den wichtigsten lateinamerikanischen Anlageländern hat nur in Argentinien (minus 45% allein im Verlauf des Jahres 1989) sowie im (Sonder-)Fall der Niederländischen Antillen (210 Mio. DM in 1989 gegenüber 2.136 Mio. DM in 1984) [7] der bundesdeutsche Investitionsbestand in einem wesentlichen Ausmaß abgenommen. Die Anzahl der laut Bundesbank in Lateinamerika tätigen bundesdeutschen Unternehmen liegt zwar auch weiterhin unter dem höchsten Stand von 1984, mit knapp 400.000 ArbeitnehmerInnen war der Beschäftigungsstand jedoch 1989 so hoch wie nie zuvor.

Zunehmend bedeutsamer werden die asiatischen Länder für bundesdeutsche Investoren. Ihr relativer Anteil an allen Beständen in den Entwicklungsländern ist seit 1980 von 13 auf 23 Prozent gestiegen. Allein von 1987 bis 1989 hat sich der bundesdeutsche Investitionsbestand dort um 42 Prozent erhöht. Bevorzugte Standorte sind Singapur und (mit steigender Tendenz) Hongkong. Am stärksten zugenommen hat der Bestand bundesdeutscher Direktinvestitionen in Südkorea (seit 1980 um 556%), das nun wie Indien und Malaysia ca. 8 Prozent des asiatischen Bestandes hält. Dieser stark ansteigende Trend Asiens spiegelt sich auch in den anderen Parametern wider. Die Zahl der bundesdeutschen Töchter hat sich permanent erhöht, und das Personal erfuhr in der jüngsten Vergangenheit einen deutlichen Zuwachs.

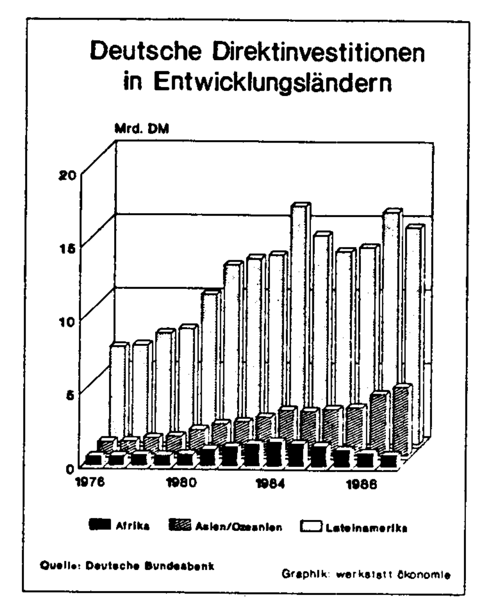
Eindeutig rückläufig ist der absolute Investitionsbestand dagegen in Afrika (minus 52% seit 1984). Dessen relativer Anteil macht 1989 nur noch 3,9 Prozent aller Entwicklungsländerbestände aus (nach 6,9% 1980), wobei dieser Rückgang in erster Linie auf den dramatischen Abfluß von Investitionskapital in Ägypten zurückzuführen ist. Keine adäquate Entsprechung findet der ausgewiesene Rückgang der Investitionsbestände hingegen im Hinblick auf die Anzahl der Unternehmen und ihrer Beschäftigten. Beide Indikatoren haben in den letzten Jahren nur geringfügige Einbußen verzeichnet.

Ein regelrechter Aderlaß an bundesdeutschen Direktinvestitionen läßt sich für die OPEC-Staaten feststellen. Seit 1984 verringerte sich der ausgewiesene Investitionsbestand in den Mitgliedsstaaten des Erdöl-Kartells um mehr als 60 Prozent. Am stärksten hiervon betroffen ist Nigeria. Sowohl die Zahl der Investoren (minus 24% seit 1984) als auch die Beschäftigungsbilanz (minus 23 % gegenüber 1984) bestätigen diesen Einbruch.

Das kurz skizzierte Internationalisierungsmuster bundesdeutscher Unternehmen läßt erwarten, daß sich das Interesse der transnationalen Unternehmen an Investitionsstandorten in der Dritten Welt zunehmend auf Lateinamerika und Asien konzentrieren wird. Insbesondere für die Schwellenländer dieser Kontinente ist mit einem weiteren Ausbau der Präsenz der Multis zu rechnen.

Der Sog der Industriestaaten

Für die großen lateinamerikanischen Märkte wie Brasilien und Mexiko gilt dies, weil deren sich zunehmend an marktwirtschaftlichen Konzepten orientierende Politik bei den Multis die Hoffnung auf eine baldige ökonomische Erholung und damit verbundene beträchtliche Gewinnpotentiale aufkommen lassen. Hinsichtlich neuer Direktinvestitionen ist hier insbesondere eine Zunahme der für die Multis überaus lukrativen "debt-equity-swaps" [8] zu erwarten.



Bezüglich der Märkte der "vier kleinen Tiger" sowie der ASEAN-Staaten wird von seiten bundesdeutscher Unternehmen ohnehin schon seit Jahren ein immenser "Nachholbedarf" an wirtschaftlichem Engagement "vor Ort" konstatiert, um stärker an deren hohen Wachstumsraten partizipieren zu können. Vor dem Hintergrund einer sich zunehmend herauskristallisierenden "triadischen" Weltwirtschaftskonfiguration (EG, USA, Japan) macht die Konzentration auf diese Schwellenländer für die Konzerne neben den o.g. binnenmarktorientierten vor allem noch aus strategischen Gründen Sinn. Und zwar insofern, als sich diese kostengünstigen Standorte hervorragend zur Bedienung der entscheidenden Wachstums- und Innovationsmärkte des Nordens anbieten. Bezüglich der globalen Internationalisierungskonzepte der transnationalen Unternehmen ist somit mit einem grundlegenden Wandel zu rechnen. Weg von den weltweiten hin zu regionalisierten Produktionsverbünden. In letztere werden neben den Töchtern der Triade-Märkte USA, Japan und Europa nahegelegene Standorte in ausgewählten Entwicklungsländern einbezogen.

Da Direktinvestitionen auf wirtschaftliches Wachstum folgen (und nicht umgekehrt), gilt vermutlich für die Staaten Afrikas sowie der OPEC (ähnlich wie für Osteuropa) folgendes: Sobald deren politische wie ökonomische Situation wieder mehr Stabilität verspricht, ist auch dort vermutlich wieder mit dem Zufluß von ausländischem Investitionskapital zu rechnen. Daß dies in einer ähnlichen Größenordnung geschieht wie in den Schwellenländern, kann wohl angesichts der anders gearteten Rahmenbedingungen für eine kapitalistische Durchdringung in vielen dieser Länder ausgeschlossen werden.

"Multis in der Dritten Welt": weiterhin Thema

Alles in allem bleiben damit die Aktivitäten der "Multis" in der "Dritten Welt" weiterhin eine Herausforderung für unser solidarisches Handeln. Auf die modische Dethematisierung dürfen wir uns nicht einlassen. Während die von IWF und Weltbank aufgezwungenen Strukturanpassungsprogramme durchaus den Interessen der "Multis" dienen, sollten wir solidarisch mit jenen Menschen aus der "Dritten Welt" sein, die gegen die Konzerne ihre Interessen durchkämpfen wollen.

Daß sie dies dann auch zunehmend gegenüber "Multis" aus der "Dritten Welt" tun müssen - und daß damit das "Multi-Thema" nicht länger mehr ein Thema aus der Sicht der Dependencia ist, ändert nichts an der Relevanz der Aufgabe.

Martin Gueck
Werkstatt Ökonomie Heidelberg

Anmerkungen:

1.) Mármora, Leopoldo/Messner, Dirk (1990); in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/'89, S.1206.
2.) Vgl. hierzu das in Kürze erscheinende Buch "Kapitalistische Weltwirtschaft: Strukturen, Interaktionen, Akteure. Das Beispiel transnationale Unternehmen" (Arbeitstitel). Bestelladresse: Werkstatt Ökonomie, Obere Seegasse 18, 6900 Heidelberg, Tel.: 06221/720296.
3.) Vgl. Deutsche Bundesbank, Die Kapitalverflechtung der Unternehmen mit dem Ausland nach Ländern und Wirtschaftszweigen, versch. Jg.
4.) Vgl. hierzu Deutsche Bundesbank, Monatsbericht April 1989, S.30
5.) Vgl. Dunning, John (1988): Explaining international production. London, S.1.
6.) Vgl. Jungnickel, Rolf (1990); in: Welge, Martin K.: Globales Management. Stuttgart, S.29ff.
7.) Die Niederländischen Antillen sind eine klassische "Steueroase". Viele transnationale Unternehmen haben hier gegen Mitte der 80er Jahre spezielle Tochterfirmen zur - aufgrund geringer gesetzlicher Auflagen überaus kostengünstigen - Finanzierung und Kreditierung konzerninterner Transaktionen gegründet. Zudem spielen die Akkumulation von Einkommen der Auslandsfilialen, die Verrechnung zwischen diesen sowie Währungs- und Devisenoperationen eine Rolle. Da es sich hierbei lediglich um rein monetäre Transaktionen handelt, unterliegen diese "off-shore"-Zentren starken Schwankungen in den "Investitionsbeständen".
8.) Schuldenerlaß gegen Kapitalbeteiligungen. Siehe auch blätter des iz3w Nr. 145, S. 33

Thesen zu Konzernstrategien

von Jörg Meyer-Stamer

Der Anteil der Dritten Welt an den internationalen Direktinvestitionen hat sich in den achtziger Jahren von rd. 20% auf rd. 10% halbiert - die Dritte Welt ist insgesamt als Investitionsstandort für Multis weniger interessant geworden. Multis investieren dort, wo es Geld zu verdienen gibt. Dies waren in den achtziger Jahren vor allem die boomenden Industrieländer, wobei sich die Investitionen zunächst auf die USA konzentrierten; später kam - im Vorgriff auf den gemeinsamen Binnenmarkt - die EG hinzu.

1. These: Polarisierung

Innerhalb der Dritten Welt ist wiederum eine Polarisierung zu beobachten: Die Investitionen konzentrieren sich auf die asiatischen Schwellenländer sowie die VR China, während Investitionen in Lateinamerika nur zögernd das Niveau vor der Schuldenkrise erreichten und außerdem zum größeren Teil in Form von Debt-Equity-Swaps abgewickelt wurden. Der Kapitalfluß nach Afrika ist nahezu ausgetrocknet.

2. These: Kurswechsel gegenüber dem Auslandskapital

Vom Andenpakt bis Vietnam wurden Investitionskontrollen und -beschränkungen abgebaut, und die Länder überboten sich in der Einführung immer neuer Investitionsanreize. Dahinter verbarg sich die Hoffnung, daß Direktinvestitionen ausländische Kredite - die seit 1982 nur noch schwer zu erhalten waren - ersetzen und außerdem den Anschluß an die technologischen Entwicklung und an weltweite Vermarktungskanäle ermöglichen könnten.

Wichtigste Voraussetzung für neue Direktinvestitionen ist jedoch, daß in den Länder die wirtschaftliche Lage stabilisiert werden kann, eine kaufkräftige nationale oder regionale Nachfrage existiert, Kapital-, Gewinn- und Technologieflüsse liberal gehandhabt werden, leistungsfähige Zulieferunternehmen und eine brauchbare Infrastruktur existieren sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen für Multis akzeptabel und überschaubar sind. Stimmen diese Faktoren nicht, so werden selbst hohe Subventionen, Niedrigstlöhne und harte Unterdrückung von Gewerkschaften keine ausländischen Investoren anlocken.

3. These : Neue Technologien ersetzen neue Direktinvestitionen

Rohstofforientierte Direktinvestitionen sind in der Dritten Welt aufgrund radikaler technologischer Innovationen weniger attraktiver als früher:

Mit Hilfe der Mikroelektronik lassen sich Energieumwandlungs- und Produktionsprozesse sehr viel genauer steuern als bisher. Es werden daher weniger Rohstoffe verschwendet als früher, wodurch die Nachfrage abnimmt bzw. langsamer steigt als einstmals erwartet.

Innovationen in der Bio- und Gentechnologie ersetzen agrarische Rohstoffe, die typischerweise in der Dritten Welt erzeugt werden (Zucker, Kakao, Baumwolle).

Neue Werkstoffe ersetzen Metallerzeugnisse aus Stahl, Aluminium oder Kupfer; die Bedeutung der Verfügung über entsprechende Rohstoffvorkommen nimmt ab.

Wenn ressourcenorientierte Direktinvestitionen stattfinden, dann in solchen Ländern, die spezifische dynamische Standortvorteile bieten ("man-made comparative advantage"), etwa in Form technologisch fortgeschrittener An- bzw. Abbauverfahren oder gut entwickelter Zuliefer- und Servicenetze.

4. These: Niedriglöhne verlieren an Bedeutung

Mit der Durchsetzung neuer Produktionskonzepte (dem "Ende der Arbeitsteilung" in der industriellen Produktion) wird ferner der Faktor Niedriglohn als Anreiz weniger interessant. Zwar gibt es kaum Rückverlagerungen aus Billiglohnländern zurück in den Norden. Doch konzentrieren die Investoren ihr Interesse auf solche Standorte, die bereits eine qualifizierte Arbeiterschaft bieten; dies sind jedoch typischerweise nich jene Länder, die Investitionen am nötigsten haben.

5. These: Neue Investitions- und Kooperationsformen

Von nach wie vor großer Bedeutung sind "neue Formen" von "Unternehmenskooperationen", die häufig Alternativen zu Direktinvestitionen darstellen: Joint Ventures zwischen Transnationalen Konzernen und nationalen Entwicklungsländer-Unternehmen; Auftragsproduktion durch Firmen aus der Dritten Welt ; "Neue Formen" ersetzen bzw. reduzieren - im Fall von Joint Ventures u.a. - den Kapitalfluß von Nord nach Süd. Unternehmerische Risiken werden von den Multis auf nationale Firmen in den einzelnen Entwicklungsländern abgewälzt

Direkte Kapitalbeteiligungen sind im allgemeinen ohne weiteres aus öffentlich zugänglichen Quellen ersichtlich. Die "neuen Formen" jedoch sind in seltenen Fällen aus Zeitungsmeldungen, ansonsten nur aus firmeninternen Quellen zu erfahren. Die Solidaritätsarbeit wird damit schwieriger. Es besteht die Gefahr, sich aus pragmatischen Gründen auf die Verhältnisse bei direkten Beteiligungen zu konzentrieren, durch die Verhältnisse bei Zulieferern, Lohnproduzenten und Unterauftragnehmern im allgemeinen noch sehr viel verheerender sein werden.

6. These: Änderungen der betriebswirtschaftlichen Strukturen

In zunehmendem Maße erkennen Großunternehmen, daß hochzentralisierte Verwaltungen in Industrieunternehmen keineswegs besser funktionieren als in Planwirtschaften. Konsequenz ist der Abbau von Hierarchieebenen. In multinationalen Unternehmen führt dies häufig dazu, daß Tochterunternehmen an Autonomie hinzugewinnen. Dies wird noch dadurch begünstigt, daß es nur wenige wirklich globale Märkte gibt - Walkmänner sehen überall gleich aus, Waschmaschinen, Reinigungsmittel oder Krawatten hingegen nicht. Die fortbestehende Differenzierung der Absatzmärkte begünstigt die Dezentralisierung von Entwicklung, Produktion und Marketing.

7. These: Multinationale Konzerne bestimmen Forschung und Entwicklung

In allen westlichen Industrieländern ist der Anteil der FuE-(Forschungs- und Entwicklungs-) Ausgaben am Bruttosozialprodukt leicht steigend. An den gesamten FuE-Ausgaben entfällt ein stark wachsender Anteil auf private Unternehmen; in vielen technologisch führenden Industrieländern (und auch in Korea, einem Schwellenland, das auf Hochtechnologie setzt) liegt ihr Anteil bei mehr als 60%. Davon entfällt der größere Teil auf Großunternehmen (und diese sind in aller Regel Multis), denn nur sie können industrielle FuE im Großmaßstab finanzieren. Dadurch entstehen neue Abhängigkeiten.

Jörg Meyer-Stamer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Institut für Entwicklungspolitik, Berlin.

Investitionsrecht:

Freie Fahrt für Konzerne

Von sozialer Kontrolle zu neoliberalen Konzepten

Seit Mitte der 80er Jahre ist die Debatte über die Arbeit der internationalen Konzerne wieder ein Thema der Solidaritätsbewegung. Grund: die Marktmacht der Konzerne, die immer stärkere Internationalisierung unternehmerischen Handelns macht die soziale Kontrolle über Produktionsabläufe und Gewinnspannen immer schwieriger. Selbst die noch national arbeitenden Gewerkschaften können auf die internationalen Unternehmenskonzepte nur unzureichend reagieren. Von Gegenmacht kann zur Zeit keine Rede sein.

In den 70er Jahren strebten die Entwicklungsländer durch nationale Gesetzgebungen an, die Arbeit der Transnationalen Konzerne in Asien, Afrika und Lateinamerika zu kontrollieren und damit auf die Firmenpolitik Einfluß zu nehmen. Viele der in der Kolonialzeit reich gewordenen Unternehmen mußten die "Nationalisierung" ihres überseeischen Eigentums hinnehmen oder die Ziele ihrer Unternehmen stärker an den Interessen der Regierungen in der Dritten Welt anlehnen. In den 80er Jahren geben die in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) zusammengeschlossenen Industrieländer die Richtung für ein neues Investitionsrecht vor. Liberalisierung des Weltmarktes und Deregulierung sind die Zauberwörter der 80er und 90er Jahre.

An der Notwendigkeit, Auslandsinvestitionen in internationale Kontrollrahmen einzubinden, hat sich gegenüber den 70er Jahren nichts geändert. Geändert haben sich allein die Machtverhältnisse. Die wirtschaftliche Zwangslage der hochverschuldeten Länder Afrikas, Lateinamerikas und Asiens läßt den nationalen Regierungen keinen Spielraum mehr, um Forderungen zu stellen.

Zwar haben sich nicht alle der in den 70er Jahren entwickelten Regulationsmodelle für Investitionen Transnationaler Konzerne bewährt. Da aber die neoliberalen Konzepte der 80er Jahre katastrophale Folgen für die meisten Menschen in der Dritten Welt haben, kann es nicht schaden, die Kontrollansätze von damals in Erinnerung zu rufen.

Mit der Auflösung der Kolonialreiche in den 50er und 60er Jahren dieses Jahrhunderts verschwand die direkte politische Abhängigkeit der Länder der sogenannten Dritten Welt von den Metropolen. Aber es blieben die Konzerne in den armen Ländern zurück, die schon in der Zeit des Kolonialismus gut verdient hatten und die keinen Grund sahen, auf ihre Einnahmequellen in Asien, Afrika und Lateinamerika zu verzichten. Der Versuch, diese Konzerne durch nationale Gesetzgebungen und die Solidarität der have-nots zur Beteiligung an der Entwicklungspolitik der armen Länder zu zwingen, scheiterte unter dem Druck der Verschuldungskrise Anfang der 80er Jahre.

Berücksichtigung von Entwicklungszielen

Der politischen Unabhängigkeit der sogenannten Entwicklungsländer sollte in den siebziger Jahren die wirtschaftliche Unabhängigkeit folgen. Auf Auslandsinvestitionen bezogen hieß das zum einen die Enteignung von Unternehmen, die sich in der Kolonialzeit durch die Ausbeutung von Rohstoffen bereicherten. Zum anderen wurden Gesetze verabschiedet und Investitionsverträge abgeschlossen, die die Verpflichtung der ausländischen Investoren auf die nationalen Entwicklungsziele gewährleisten sollten. Verhaltenskodizes für Transnationale Konzerne, auch in UN-Resolutionen festgelegt, waren der Versuch, diese Kontrollansätze international verbindlich zu machen. Zum Erfolg dieses Versuches das Deutsche Institut für Wirtschaftsordnung (DIW): "Das Befolgen solcher - rechtlich nicht verbindlicher - Verhaltenskodizes liegt insofern im Interesse der Unternehmen, als von ihnen nichts erwartet wird, was nicht ohnehin in der Regel als gute, rationale Geschäftspraxis angesehen wird. Unternehmen stärken mit dieser Bereitschaft diejenigen politischen Kräfte, die sich gegen die staatliche Reglementierung möglichst vieler Bereiche unternehmerischer Tätigkeit stemmen."

Selbst die nach OECD-Maßstäben "entwickelten" nördlichen Industriestaaten stehen vor erheblichen Regulationsproblemen: Beispiel Bankenmacht. Den Politikern entgleitet hier die Kontrolle über Unternehmensziele und damit über die Ziele der eigenen Wirtschaftspolitik. Dafür kontrollieren sich die Unternehmen selbst. Allerdings konnten in Europa und Nordamerika gleichzeitig mit dem Übergang von einer Agrar- zu einer Industriegesellschaft die Interessen der nationalen Regierungen durch eine Anpassung der Gesetze geschützt werden. Doch dazu blieben 200 Jahre Zeit. Die während der Industrialisierung entstandenen Gewerkschaften, die Verbraucher- und Umweltorganisationen, sind heute in der nördlichen Hemisphäre Teil einer - wenn auch sehr moderaten - gesellschaftlichen Gegenmacht zu den Zielen der Konzerne. Für Staaten mit einer noch weitgehend vom Agrarsektor bestimmten Wirtschaft stellte sich nach der Befreiung aus den Kolonialreichen kurzfristig die Aufgabe, Gesetze und Verordnungen zu erlassen, um die Tätigkeit der internationalen Konzerne mit den Interessen der neuen Regierungen zu verbinden. Zu wenig Zeit blieb auch für das Entstehen verschiedener Gegenmachtstrukturen. Staaten mit gewissem Industrialisierungsgrad und entsprechender Gesetzgebung sind im Zusammenhang mit Auslandsinvestitionen mit anderen Problemen konfrontiert. Zwar sind Technologie und Kapital erwünscht, aber die Regierungen müssen sich versichern, daß die Unternehmensstrategien ihren Entwicklungszielen nicht widersprechen. Einige Tochtergesellschaften US-Amerikanischer Konzerne dominieren ganze Branchen in Lateinamerika.

Hauptkritik seit den sechziger Jahren ist, daß mit Zahlungen für Patente und Lizenzen, die in diesen Ländern eingesetzt werden, mit manipulierten Verrechnungspreisen für Produkte der lateinamerikanischen Tochterunternehmen ziehen, solche Konzerne aus den lateinamerikanischen Ländern Kapital ab und verschlechtern die Zahlungsbilanzen. Trotzdem werden immer wieder Argumente für den Nutzen von Auslandinvestitionen vorgetragen. Auslandsinvestitionen könnten, so die Befürworter

- einen Kapitalzufluß in die Entwicklungsländer durch Investitionen leisten
- durch Reinvestitionen von Gewinnen die Wirtschaft modernisieren
- das Steueraufkommen der Regierungen verbessern
- das Qualifikationsniveau der Arbeiter anheben
- durch Zulieferer und Absatzunternehmen die nationale Wirtschaft erweitern.

In den achtziger Jahren hat sich aber gezeigt, daß die Tätigkeit von Unternehmen in der Dritten Welt

- zur Kapitalaufnahme auf inländischen Märkten geführt hat
- durch besondere Verrechnungspreise für Waren und Lizenzen den Kapitalexport beschleunigt hat
- zur Verdrängung von Handwerksbetrieben führte
- in kapitalintensive Technologie statt in angepaßte Technologie investiert wurde
- zur Produktion von Luxusgütern geführt hat und das Interesse der Entwicklungsziele der Gastländer nicht berücksichtigt wurden.

In den 70er Jahren wurde weiterhin versucht, durch Investitionsverbote Investitionen aus Schlüsselbranchen wie Maschinenbau, Bergbau und Landwirtschaft fernzuhalten. Genehmigungsvorbehalte sollten den Kapitaleinsatz in bestimmte Branchen lenken. Durch Auflagen zur Mindestbeteiligung von nationalen Unternehmen oder der Regierungen an Investitionen sollte der Einfluß ausländischen Kapitals abgemildert werden. Zollschranken und Importkontingente sollten die nationalen Unternehmen vor der internationalen Konkurrenz schützen. Die Regierungen hofften nicht zuletzt, durch Technologietransfergesetze und den Aufbau eigener Technologiekapazitäten langfristig die Abhängigkeit von ausländischem Know-how zu beenden.

Schuldenfalle und Liberalisierungsdruck

Die Solidarität der "have nots" aus den Siebzigern ist in den Achtzigern einer gewaltigen Front von Solidarität der "Haves" ausgesetzt. Auf den Gipfeltreffen der sieben führenden Industrienationen, in der OECD, beim Allgemeinen Handels- und Zollabkommen (GATT), in der Weltbank, im Internationalen Währungsfond (IWF), sogar bis hinein in die Vereinten Nationen setzt sich das neoliberale Gedankengut der achtziger Jahre als global koordinierte Politik gegen die Staaten des Südens durch.

Für Auslandsinvestitionen heißt das: Statt Orientierung an den Lebensinteressen der Bevölkerungsmehrheit, an dem Aufbau nationaler Industrien in der Dritten Welt oder gar an der Bewahrung kultureller Identität oder des ökologischen Gleichgewichts geht es um Deregulierung und Privatisierung, um Ausweitung der Weltmarktproduktion und des Exportsektors.

Die Dritte Welt ist hochverschuldet. Der IWF und die Weltbank koppeln die Kreditvergabe an die Öffnung der Binnenmärkte für Auslandsinvestitionen. Damit sie überhaupt an ausländische Investitionen kommen, bleibt vielen Staaten nichts anderes übrig, als die Bedingungen eines "Freien Weltmarktes" zu akzeptieren, ohne selbst Forderungen zu stellen. Wie in den siebziger Jahren die Kontrollversuche, so setzen auch die Liberalisierungs- und Schutzbestrebungen auf verschiedenen Ebenen an: In Verbindung mit der Konditionierung der Vergabe von IWF- und Weltbankkrediten wird Druck auf die Investitionsgesetzgebung der "Entwicklungsländer" ausgeübt. Auf globaler Ebene wird in der jüngsten GATT-Verhandlungsrunde versucht, Investitionsfreiheit und Privateigentum an Produktionsmitteln zu einem allgemeinen Prinzip des internationalen Wirtschaftsrechts zu befördern.

Druck auf die Investitionsgesetzgebung

Nicht erst heute, im Zeichen von Ost-West-Entspannung und im Zeitgeist von globaler Bejahung der Marktwirtschaft, ist es für Entwicklungsländer schwierig, Kontrolle oder gar Verbote von Auslandsinvestitionen durchzusetzen. Staaten des ehemaligen sozialistischen Lagers wie Vietnam, Nordkorea, Angola oder Moçambique mußten in den achtziger Jahren ihre Abschottung vom Weltmarkt Stück für Stück aufgeben. Nigeria, in den siebziger Jahren ein reiches Land, das vom Ölexport lebte, versuchte damals, den Einfluß ausländischen Kapitals auf die nigerianische Wirtschaft zu verkleinern. Und das vorrangig in Branchen, die von Nigerianern einfach übernommen werden konnten. Mit dem Verfall des Erdölpreises zu Beginn der achtziger Jahre kam mit den ersten wirtschaftlichen Schwierigkeiten Nigerias dessen Regierung auf den IWF mit der Bitte um Kredite zu. Die bekam Nigeria auch - zu den bekannten Auflagen der IWF-Kreditvergabe: Zur Jahreswende 1987/88 wurde

Investitionsrecht der Andenpaktstaaten

Ein bekanntes Gesetz und ein Gesetz mit Vorbildcharakter ist das Lima-Statut (Dicision 24 vom 21.12.1972) der damaligen Andenpaktstaaten Kolumbien, Peru, Chile, Ecuador und Bolivien. In den 55 Artikeln finden sich die Ziele der Investitionsgesetzgebung von Staaten der Dritten Welt wieder. Fünf Hauptziele mit den dazugehörigen Maßnahmen sind hier im einzelnen vorgestellt.

Erstens: Fernhaltung ausländischer Investitionen aus den nationalen Schlüsselbranchen durch Nichtzulassung neuer ausländischer Investitionen im öffentlichen Dienstleistungssektor, in den Medien und in der Werbung, im Binnentransportgewerbe, in Banken, Versicherungen und anderen Finanzinstituten.

Zweitens: Hinausdrängen ausländischen Kapitaleinflusses aus der heimischen Wirtschaft durch Verpflichtung der neugegründeten ausländischen Unternehmen zur Umwandlung in nationale (mindestens 80 Prozent nationales Kapital) oder jedenfalls gemischte (50 Prozent einheimisches Kapital) Unternehmen durch Abschluß eines Transformationsvertrages. Ausgenommen: Unternehmen mit einem Exportanteil am Umsatz von mindestens 80 Prozent. Zudem sollen ausländische Kapitalbeteiligungen nicht mehr zugelassen werden - es sei denn, ein inländischer Teilhaber stockt das Kapital ebenfalls auf, so daß der ausländische Investor mit gleichen Teilen wie vor der Kapitalbeteiligung vertreten ist.

Drittens: Schutz inländischer Unternehmen vor Konkurrenz durch Verweigerung von Investitionsgenehmigungen in Branchen, die der Genehmigungsbehörde als durch schon bestehende Unternehmen hinreichend abgedeckt scheinen.

Viertens: Lenkung und Kontrolle des ausländischen Kapitaleinsatzes zur Durchsetzung nationaler Interessen durch die Beschränkungen des Kapitalrücktransfers im Fall von Gewinn-überweisungen. Bei Reinvestitionen sollen inländische Partnerunternehmen berücksichtigt werden. Eingeschränkt werden soll in diesem Zusammenhang auch die Möglichkeit von Kreditaufnahmen am in- und ausländischen Kapitalmarkt. Fünftens: Verringerung der Abhängigkeit von fremder und Förderung der eigenen Technologie durch Genehmigungspflicht für alle Technologie- und Lizenzverträge; einschränkende Klauseln wie Exportbeschränkungen, nach denen es dem Lizenznehmer oder der Lizenznehmerin verboten sein soll, unter Lizenz hergestellte Produkte zu exportieren.

Quelle: bfai

aus dem Gesetz "Nigerian Enterprises Decree" aus dem Jahr 1972 das liberale "Enterprise Promotion Decree".

Damit richtet sich der Hauptvorwurf heute gegen eine Politik, die dazu geführt hat, daß die Länder der Dritten Welt sich heute oft als Konkurrenten um Direktinvestitionen von Konzernen verstehen. Die Einheit der siebziger Jahre ist gebrochen. Der Vorwurf richtet sich auch gegen eine Politik, deren verheerende soziale Folgen bekannt sind: Beispiel Ghana; ein als Musterschüler des IWF bekanntes Land. Nur mußte die Weltbank ihrem Wiederaufbauprogramm von 1983 schon fünf Jahre später ein Programm zur Linderung sozialer Nöte nachschieben. Bis heute konnte dieses Programm - mangels geeigneten Verwaltungspersonals - nicht umgesetzt werden.

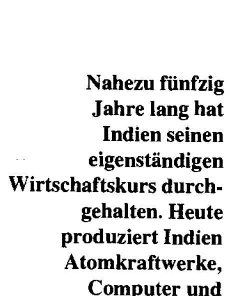
Solange kein schlüssiges Entwicklungskonzept die nicht nur schädlichen Deregulierungsauflagen in ein Gesamtpaket von Maßnahmen einbindet, solange der Druck auf die Außenwirtschaftspolitik von Staaten der Dritten Welt nur der kurzfristigen Wiederherstelltung von Zahlungsfähigkeit für den Ressourcentransfer von den Entwicklungsländern in die Industriestaaten dient und sich eine Investitionspolitik nicht an den Problemen der Entwicklung eines Landes orientiert, führt der Abbau von Kontrolle zu den Auswüchsen unkontrollierter Unternehmensmacht im Stil des Manchester-Liberalismus aus dem 19.Jahrhundert. Zu denken gibt, daß neoliberlae Theoretiker in den Industrieländern durchaus damit einverstanden sind, auf das Primat der Ökonomie bedingt mit solchen Vorschriften einzuwirken, deren Grund die Durchsetzung sozialer und ökologischer Belange ist.

Der Erfolg - wenn es denn legitim sein soll, wirtschaftliches Wachstum und Bruttosozialproduktstatistiken als ein Kriterium für Erfolg heranzuziehen - der ostasiatischen Staaten beruht gerade nicht auf einer laissez-faire-Politik gegenüber der Privatwirtschaft, sondern auf Regierungsaktivitäten, die abgestimmt sind auf die Möglichkeiten, die das Zusammenspiel der jeweiligen heimischen Märkte mit Teilen der Internationalen Märkte bietet.

Bilateraler Investitionsschutz

Der Wohlstand in der Bundesrepublik hängt von der Exportfähigkeit ihrer Wirtschaft ab. Solange rund ein Drittel des Bruttosozialprodukts aus dem Export von Waren und Dienstleistungen erwirtschaftet wird, muß jede Bundesregierung freien Welthandel und freie Auslandsinvestitionen in ihre Politikleitlinien schreiben. Aggressive Außenwirtschaftsförderung ist die logische Folge. Neben der Vergabe zinsgünstiger Exportkredite und Ausfallbürgschaften, neben einer "Entwicklungshilfe", die die wirtschaftlichen





Nahezu fünfzig Jahre lang hat Indien seinen eigenständigen Wirtschaftskurs durchgehalten. Heute produziert Indien Atomkraftwerke, Computer und Autos. Aber...

Indiens Wirtschaftspolitik im Wandel

Nahezu fünfzig Jahre lang hat Indien seinen eigenständigen Wirtschaftskurs durchgehalten. Heute bleibt ihm keine andere Wahl, als sich den Bedingungen des Weltmarktes anzupassen. Das heißt: Privatisierung, Deregulierung und Öffnung des indischen Binnenmarktes. "Wir wollen in die Weltwirtschaft integriert werden", sagte der neue indische Finanzminister Manmohan Singh der indischen Zeitschrift India Today. Tatsächlich: die indische Wirtschaft ist seit Anfang der 80er Jahre immer stärker in die Krise geraten, so daß heute wirtschaftliche Reformen auf der Tagesordnung stehen. Dabei sind es nicht die 800 Millionen Inderinnen und Inder, die unter der Armutsgrenze leben, sondern die hohe Verschuldung des indischen Staates und die mangelnde Effizienz der indischen Wirtschaft, die den indischen Staat dazu bringen, sein bisheriges Entwicklungsmodell aufzugeben.

Seit dem "Bombay-Plan" von 1944 stand der Aufbau einer "Mixed economy" im Mittelpunkt der indischen Wirtschaftspolitik. Der Versuch, Indien nach der Kolonialisierung eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen. Ergebnis: eine Wirtschaftsstruktur, in der staatliche Großbetriebe nicht nur die Infrastruktur, sondern auch den Abbau der Bodenschätze, den Energiesektor und die Stahlindustrie dominieren. Um die nationale Entwicklung zu steuern, griff der indische Staat durch eine Reihe von Vorschriften in die - der Privatwirtschaft überlassenen - Branchen ein: Neuansiedlungen mußten genehmigt werden, Auslandskapital durfte bis vor kurzem nur in Höhe von bis zu 40 Prozent an einer indischen Unternehmung beteiligt sein. Importbeschränkungen schützten die indische Wirtschaft vor der internationalen Konkurrenz.

Heute produziert Indien Atomkraftwerke, Computer, Mittelstreckenraketen und Automobile. Der Subkontinent zählt heute zu den zwölf führenden Industrienationen der Welt. Aber: das Land kann der Hälfte seiner Bevölkerung kein menschenwürdiges Dasein bieten. In der modernen Industrie arbeiten nur zehn Prozent aller Inder. Sie bilden die indische "middle class", die an dem in Indien erwirtschafteten Reichtum teilhaben kann. Innerhalb eines Jahrzehnts wurde Indien aber auch zum größten Schuldnerland Asiens. Noch 1981 konnten aus den Exporterlösen ohne Probleme die fällgen Rückzahlungen für Kredite - Zins und Tilgung - gezahlt werden. Schuldendienstquote damals: Acht Prozent der Exporteinnahmen. Heute hat Indien 70 Milliarden US-Dollar Auslandsschulden und muß 30 Prozent seiner Exporterlöse aufwenden, um Zins und Tilgung an ausländische, meist private Gläubiger zu zahlen. Ein IWF-Kredit in Höhe von 1,8 Milliarden US-Dollar rettete den indischen Staat im vergangenen Jahr vor dem Ruin.

Diese Finanzkrise, die hauptsächlich durch das konsumorientierte, importabhängige Wirtschaftsmodell ausgelöst wurde, von dem die "middle-class" in den letzten Jahren profitiert hat und das der Wirtschaft zunächst zweistellige Wachstumsraten bescherte, hat die neue indische Regierung unter Narasimka Rao unter Zugzwang gebracht. Indien wird sich - so die wirtschaftlichen Ziele der Regierung - an den Bedingungen des Weltmarktes orientieren. Zum Konzept der Regierung gehört die Privatisierung von einem Fünftel aller Staatsbetriebe, sowie die Aufhebung der Importbeschränkungen. Auch sollen ausländische Unternehmen Mehrheitsbeteiligungen an indischen Unternehmen erwerben dürfen.

Quelle: Südasien-Info 6-7/91



... 800 Millionen Inderinnen und Inder leben unter der Armutsgrenze.
Foto: earthscan

Eigeninteressen nie aus dem Auge verliert, fördert die Bundesregierung bundesdeutsche Auslandsinvestitionen in den letzten Jahren verstärkt durch den Abschluß von Doppelbesteuerungs-[1] und Investitionsschutzabkommen mit Staaten der Dritten Welt. Ist nach internationalem Recht die Enteignung ausländischer Unternehmen grundsätzlich erlaubt, sollen in Zukunft bilaterale Verträge dafür sorgen, daß diesen Ländern ihr Recht wieder genommen wird.

Unter dem Stichwort "Politikdialog" wird Entwicklungshilfe an die Anpassung der Wirtschaft in den Ländern der Dritten Welt und an die Bedingungen eines freien Welthandels gekoppelt. Freies Unternehmertum ist die Schablone, die auf jedes Land ungeachtet der räumlichen und geschichtlichen Besonderheiten gelegt wird. Die Reform der Wirtschaftsgesetzgebung ist dann nur ein Teil einer allgemeinen Wirtschaftsreform.

90er Jahre - was tun?

Die 200 größten Konzerne der Welt produzieren knapp 30% des Bruttosozialprodukts der westlichen Staaten. Entsprechend mächtig ist der Einfluß, den ihre Verbände auf nationale und internationale Wirtschaftspolitiken ausüben können. In den letzten zehn Jahren waren sie besonders erfolgreich, das internationale Investitionsrecht in ihrem Sinne umzuformen. Das heißt: ungehinderte und möglichst billige Zugriffsmöglichkeiten auf Märkte, Rohstoffe und Arbeitskräfte.

Dies gelang beim Ansatz der Kontrollausübung über Transnationale Konzerne durch internationale Verhaltenskodizes. Zwar haben die Kodex-Diskussionen in vielen Investitionsgastländern das Problembewußtsein verschärft und Vertragsparteien aus Entwicklungsländern auch den Rücken gestärkt. Insgesamt aber muß der Kodex-Ansatz als gescheitert betrachtet werden.

Um den Kontrollansatz durch Verhaltenskodizes zu retten, müßten

- deren Inhalte neu überdacht und verschärft werden
- das Hauptgewicht auf die Suche nach Durchsetzungs-Instrumenten gelegt werden.

Begleitet werden könnten die Regelungen durch eine Anbindung von Unternehmenskrediten, Technologieförderung, Hermesbürgschaften und die Vergabe öffentlicher der Aufträge an ein Wohlverhalten der jeweiligen Konzerne im Ausland - so wie es in den internationalen Kodizes gefordert wird. Diese Politik, die zwangsläufig nicht den Interessen der Konzerne entspricht, müßte dann von einer ständigen Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit begleitet werden.

Kirchen und Gewerkschaften kämen in der Kontrollausübung über die Politik Transnationaler Konzerne besondere Rollen zu.

Zum ersten sind die vielfältigen Möglichkeiten klassischer Gewerkschaftstätigkeit bei der direkten Unterstützung von Gewerkschaften der Länder Afrikas, Lateinamerikas und Asiens von Bedeutung. Aber die Gewerkschaften müßten darüber hinaus auch mit den sozialen Bewegungen, den Bauern-, Arbeits-, Landlosen- und Frauenorganisationen zusammenarbeiten und eine internationale Vernetzung dieser Institutionen fördern.

Zweitens muß eine Instanz geschaffen werden, die Informationen über die Konzernaktivitäten sammelt und weitergibt und damit die Verhandlungsmacht der Entwicklungsländer stärken kann.

Drittens sollte VertreterInnen von Gastländern Transnationaler Konzerne Einblick in deren Konzernpolitik gewährt werden - zum Beispiel über ein Beiratsorgan.

Viertens sollten die Gewerkschaften Einblick und Mitspracherecht bei den Entscheidungen von Weltbank und IWF haben.

Angesichts der Übermacht und der Dynamik der Konzerne, mit der diese es in den letzten zwanzig Jahren verstanden haben, den Globus nach ihren Interessen umzugestalten, mag die Hoffnung auf Gegenmacht von unten oder auf Aufklärung, Einsicht und die "sanfte Gewalt der Vernunft" (Brecht) schwach sein. Viele Überlegungen sind hier deshalb noch notwendig.

Redaktion iz3w
Quelle FAST, Berlin

Anmerkung:
1) Doppelbesteuerungsabkommen sind Abkommen zwischen zwei Ländern, die eine Versteuerung von Löhnen, Gehältern und Vermögen in zwei Ländern (bei Auslandsinvestitionen) vermeiden.



Nestlé allen voran

Skandal um die künstliche Babynahrung

Künstliche Babynahrung kann tödlich sein. Armut, Unwissenheit, unsauberes Wasser und mangelnde Hygiene erhöhen die Risiken der Flaschenernährung. Jedes Jahr sterben laut UNICEF mehr als eine Million Säuglinge, weil sie mit der Flasche ernährt werden. Häufigste Erkrankungen: Mangelernährung, Durchfallerkrankungen, Austrocknung und Infektionskrankheiten. Und das ist seit mehr als zehn Jahren bekannt. Schon in den siebziger Jahren gab es eine weltweite Kampagne zum Boykott von Nestlé-Produkten.

Für viele Menschen in der Dritten Welt ist die Flaschenernährung deshalb zu einem gefährlichen Zeichen des Fortschritts geworden. Mit geschickt ausgeklügelten Vermarktungsstrategien aber verdrängen die Babynahrungsmittelhersteller das Stillen weiterhin aus rein ökonomischen Interessen. Sie haben ihre Praktiken - trotz anderslautender Bekenntnisse - nicht geändert.

Maucher: Ich glaube, Nestlé als Nahrungsmittel-Unternehmen hat auch die Aufgabe, Lebensweisen und Ernährungsgewohnheiten, die irgendwo entstehen auf der Welt, zu verbreiten."
SPIEGEL: "Um Geld zu machen..."
Maucher: ".. um Geschäfte zu machen."

aus: Spiegelgespräch mit Nestlé- Chef Helmut Maucher, 1988

Nach neuen Untersuchungen des International Babyfood Action Network (IBFAN) gehört zu den Firmen, die durch die aggressivsten Werbe-Praktiken auffallen, der nicht nur weltweit größte Nahrungsmittelkonzern, sondern zugleich auch der größte Babynahrungshersteller: Nestlé. Sein Marktanteil am internationalen Babynahrungsmittelgeschäft: mehr als 50 Prozent.

Nestlé und der WHO-Kodex

Im Jahr 1984 hat Nestlé sich nach siebenjährigem internationalen Boykott und großem öffentlichen Druck verpflichtet, die 1981 von der WHO und UNICEF beschlossenen Richtlinien zur Vermarktung von Muttermilchersatzprodukten, den sogenannten WHO-Kodex, anzuerkennen. Daraufhin wurde der erste Boykott zunächst ausgesetzt. Bis heute aber verstößt Nestlé entgegen dieser Zusage weiterhin gegen elementare Regeln des Kodex oder umgeht diese geschickt: Nestlé liefert so beispielsweise nach wie vor zu Werbezwecken Gratisproben oder Billigmuster an Krankenhäuser und Entbindungsstationen. Teilweise werden Gratisproben von Vertretern und Vertreterinnen direkt an die Eltern weitergegeben. Um den Verkauf zu fördern und die Produkte bekannt zu machen, wirbt Nestlé auf großen Postern und Anzeigen mit wohlgenährten und zufriedenen Babys. Auch bei der Etikettierung von Produkten hält sich der Konzern nicht an die Richtlinien des Kodex. Häufig fehlen Gebrauchsanleitungen in der Lokalsprache, und es fehlen Hinweise über die Vorteile des Stillens. Mit Aufklärungsbroschüren, durch Kongresse, die vom Hause Nestlé bezahlt werden, durch Reisen, Fortbildung, Geschenke - bis zur Bezahlung von Gehältern - nimmt der Konzern zusätzlich Einfluß auf das Gesundheitspersonal in den armen Ländern.

Wenn Neugeborene in Krankenhäusern routinemäßig mit Flaschenmilch gefüttert werden, führt das häufig bei den Müttern zu Stillversagen. Sobald dann Mutter und Kind das Krankenhaus verlassen, steht ihnen aber keine Gratisprobe mehr zur Verfügung. Denn: Nestlé möchte verdienen. Etwa 40 Prozent des gesetzlichen Mindestlohnes müssen auf den Phillipinen hingelegt werden, um ein Kind einen Monat lang mit Babynahrung zu versorgen. In Sierra Leone - als Extrembeispiel - gar 90 Prozent. Weil die Milch so teuer ist, wird sie den Kindern oft nur stark verdünnt gegeben. Unterernährung ist die Folge. Häufig ist aber auch das verwendete Wasser, mit dem die Milch zubereitet wird unsauber. Um Wasser und Flaschen zu desinfizieren, fehlt das Geld für materialien. So beginnt der Teufelskreis der Unterernährung - das Ende ist der Flaschenkindertod. Ekkehard Launer, Autor des neu erschienen Buches "Nestlé, Milupa - Babynahrung in der Dritten Welt", vergleicht die Praxis der Babynahrungshersteller mit der eines Heroin-Dealers, "der dem neuen Kunden die erste Spritze verabreicht, weil er weiß, daß dieser dann von ihm abhängig wird."

Der zweite Nestlé-Boykott

Wegen der andauernden Verstöße von Nestlé gegen die Regeln des WHO-Kodex wurde in der Bundesrepublik 1988 von der Aktionsgruppe Babynahrung (AGB) erneut zum VerbraucherInnenboykott aufgerufen. Solche Boykottgruppen gibt es inzwischen auch schon in dreizehn weiteren Ländern. In über 70 Ländern der Erde arbeiten darüber hinaus mehr als 150 Aktionsgruppen zu den Problemen künstlicher Babynahrung. Sie sind im Internationalen Aktionsnetzwerk (IBFAN) zusammengeschlossen. Diese Organisation untersucht und dokumentiert in regelmäßigen Abständen die Verstöße der Babynahrungshersteller gegen die Regeln des WHO-Kodex.

Was tun?

Nestlé reagiert - wie die Erfahrungen zeigen - äußerst empfindlich auf öffentliche Kritik und die Gefahr einer Imageschädigung. Die bisherige Praxis wird Nestlé nur dann ändern, wenn diese Kritik wieder verstärkt formuliert wird und wenn die Regierungen der armen Länder durch strikte Gesetzgebung Nestlé zwingen können, sein aggressives Verkaufsverhalten zu ändern.

Jutta Töbelmann

Literatur:
Ekkehard Launer (Hg.)
Nestlé, Milupa, ...
Babynahrung in der Dritten Welt
Lamur-Verlag, Göttingen 1991
176 S., 16,80 DM

Nestlé - AG - Von der Wiege bis zur Bahre

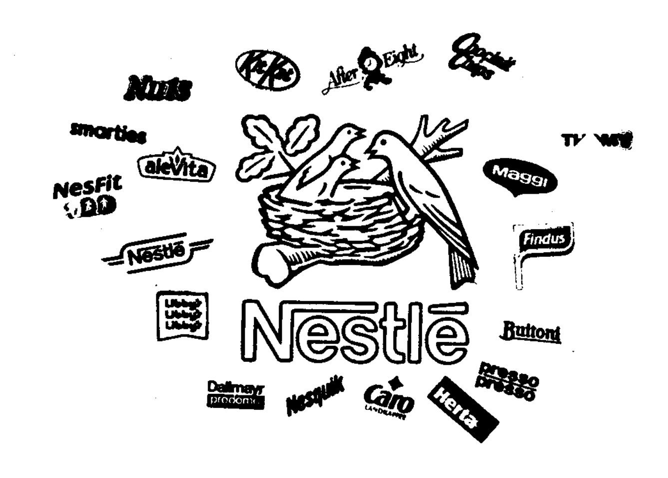
Kaum jemand, der oder die nicht mit Nestlé-Produkten in Berührung kommt. Der weltweit größte Nahrungsmittelkonzern stellt über 10.000 verschiedene Produkte her: vom Maggiwürfel über Nudeln bis hin zu Tellergerichten. Sitz des Unternehmens ist Vevey in der Schweiz, jedoch gehören 420 Fabriken mit 200.000 Mitarbeitern zum Nestlé-Imperium.

Angefangen hatte das Geschäft mit der Erfindung des von Frankfurt in die Schweiz übergesiedelten Apothekers Heinrich Nestle: Aus Milch, Zucker und Weizenmehl industriell herstellbare Kindernahrung. Auch heute stellt die Nestlé AG Kindernahrung und Trockenmilch her. Aufgrund der aggressiven Vermarktungsstrategien für diese Produkte in Ländern der "Dritten Welt" riefen Aktionsgruppen schon in den 70er Jahren zum Boykott von Nestlé-Produkten auf. Vor zwei Jahren wurde der Boykottaufruf erneuert, siehe dazu die Beiträge "Nestlé allen voran" und "Aktionsgruppe Babynahrung" in diesem Heft.

Durch Fusionen und Joint-Venture-Abkommen "engagiert" sich Nestlé mittlerweile in zahlreichen Branchen: Getränke (Kaffee, Tee), Schokolade und Süßwaren, Frühstücksgetreide, Fertiggerichte, Klinische Ernährung, Wurstwaren, Tiernahrung und sogar in der Augenheilkunde.

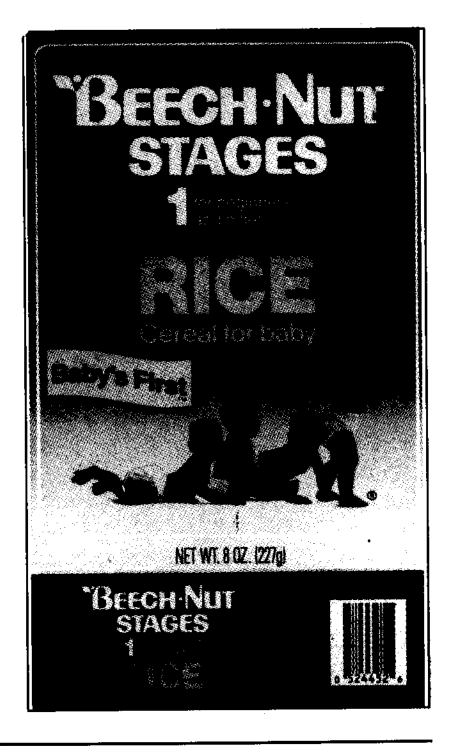
Fast die Hälfte des Konzernumsatzes (1990: 46 Mrd. sfr) stammen aus Europa, ein Viertel aus Nordamerika und je ein Zehntel aus Lateinamerika und Asien (1990). Gerade die Märkte in Asien und Lateinamerika sollen zielstrebig ausgebaut werden, gab Konzernchef Maucher auf einer Pressekonferenz Mitte 1990 bekannt. Er äußerte sich befriedigt darüber, daß die "Multis" ihr schlechtes Image verloren hätten und nun geradezu von den Ländern der Dritten Welt umworben würden. Für Nestlé gäbe es nicht die Alternative Osteuropa oder Dritte Welt, man werde in beide Regionen investieren. Geplant sind steigende Umsatzraten, aber auch weitere Niederlassungen und Joint Venture-Verträge, um die "geographische Präsenz" des Konzerns weiter auszubauen.

Vorläufig jedoch kommen die größten Umsatzraten aus östlichen Gefilden, genauer gesagt, aus den neuen Bundesländern. Allein die deutsche Nestlé Schokoladen GmbH (Sarotti und Rowntree Macintosh) konnte 1990 den Umsatz um 20% steigern. Die Geschäftsführung führte das auf den "unvorstellbaren Heißhunger nach Süßem" in Ostdeutschland zurück. Damit diese Steigerungsraten anhalten, wird kräftig investiert: Nestlé Deutschland will 1991 300 Mio. DM für Werbung, v.a. im Fernsehen ausgeben.



Aggressive Vermarktungsstrategien





Mit diesen Anzeigen wirbt Nestlé in Malaysia und Gabun für seine Babynahrung.
Aus: Aktionsgruppe Babynahrung e.V. (Hg.), Breaking the Rules 1988-89. A Report on the International Marketing Practices of the Infant Food and Feeding Bottles Industry.

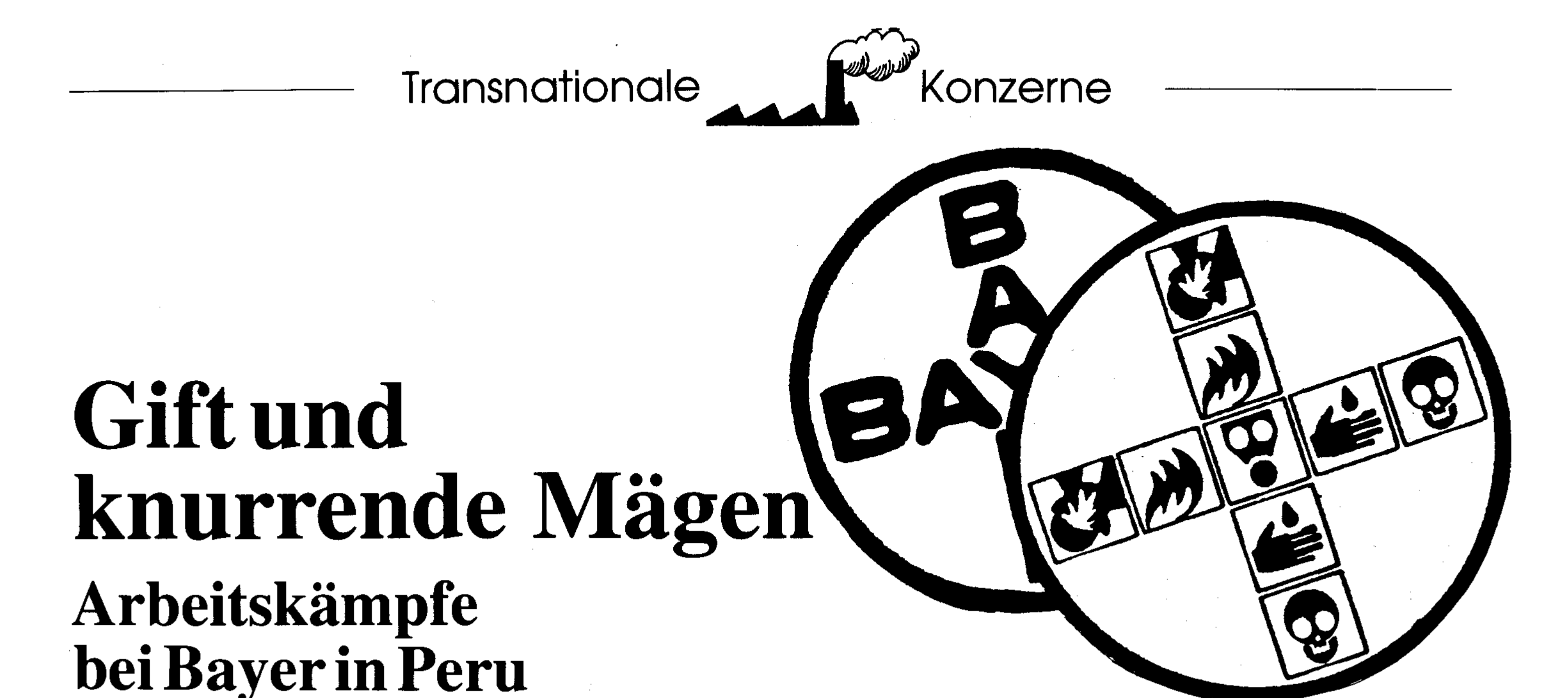
Aktionsgruppe Babynahrung (AGB) e.V.



Die Aktionsgruppe Babynahrung arbeitet seit 1981 zu den Problemen künstlicher Babynahrung und den Folgen ihrer aggressiven Vermarktung in den Ländern der sogenannten Dritten Welt. Über 250 Säuglinge täglich, so die Zahlen von UNICEF, fallen den gefräßigen Expansionsinteressen der Babynahrungskonzerne und einem neuen Fortschrittsmythos zum Opfer, sterben an den Folgen der sogenannten Flaschenkinderkrankheit.

Wir fordern deshalb die weltweite Umsetzung des WHO-Kodex von 1981 in die nationalen Gesetzgebungen. Auch in der Bundesrepublik setzen wir uns für die Förderung und den Schutz des Stillens ein. Wir überwachen die Vermarktungspraktiken und Verstöße der Nahrungsmittelkonzerne gegen den Kodex. Mit Kampagnen, Aktionen , Büchertischen, Infoveranstaltungen, Workshops etc., mit der Erstellung und Verbreitung von Materialien sind wir im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit aktiv. 1988 haben wir für die Bundesrepublik erneut zum VerbraucherInnenboykott gegen Nestlé aufgerufen, der seit 1990 als Nesquik-Boykott fortgeführt wird. Seit 1985 organisieren wir eine Kampagne gegen Milupa.

Adresse: Reinhäuser Landstr. 80
3400 Göttingen
Telefon: 05 51 - 7 39 34



Gift und knurrende Mägen

Arbeitskämpfe bei Bayer in Peru

Die Auslandsniederlassungen bundesdeutscher Unternehmen erzielen ihre Profite auf Kosten der dort Beschäftigten. Illegale Aussperrungen, gesundheitsgefährdende Produktion und Niedriglöhne sind an der Tagesordnung. Henry Mathews von der "Coordination gegen BAYER-Gefahren" zeigt am Beispiel BAYER in Peru auf, wie der Konzern illegale Massenentlassungen juristisch zu rechtfertigen versucht.

Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges spielten nationale Pharma-Unternehmen in Lateinamerika eine wichtige Rolle. In den 50er, besonders aber in den 60er Jahren veränderten US-amerikanische und europäische Konzerne diese Situation zu ihren Gunsten. Zu Beginn der 70er Jahre waren bereits 80% des pharmazeutischen Marktes der Region unter ausländischer Kontrolle. Insbesondere den bundesdeutschen Pharmakonzernen war es gelungen, ihre Position entscheidend auszubauen.

Der BAYER-Konzern hat frühzeitig die Lukrativität des lateinamerikanischen Marktes entdeckt. Bereits 1914 war BAYER mit Handelsniederlassungen in Peru vertreten. Im Zusammenschluß mit IG-FARBEN wurden auch im Zweiten Weltkrieg noch gute Geschäfte getätigt.

Heute hat BAYER vier Niederlassungen in Peru. Drei, unter dem Namen "BAYER Peru" zusammengeschlossene Firmen stellen Pestizide und pharmazeutische Produkte her. Das 1970 gegründete Werk der BAYER INDUSTRIAL S.A. in Lima produziert die in Lateinamerika sehr beliebte Kunstfaser DRALON. BAYER hat darauf faktisch ein Monopol. Der Betrieb in Lima beliefert den gesamten Andenraum. Die Produktion war seit Beginn kontinuierlich steigend. 1970 lag sie bei 9.000 Jahrestonnen, 1987 bei 30.000 t. Für BAYER ist das Geschäft mit der bei uns bereits veralteten Kunstfaser in Peru noch immer rentabel. Mit der steigenden Vermarktung dieser Kunstfaser sank der Bedarf an einheimischer Wolle, eine ehemals wichtige Einnahmequelle für Kleinbauern.

Sowohl bei BAYER-PERU als auch bei BAYER INDUSTRIAL werden seit Jahrzehnten harte Arbeitskämpfe ausgefochten. Die Belegschaften wehrten sich damit gegen Niedriglöhne, die nicht einmal die Existenz sicherten, gegen illegale Entlassungen, illegale Aussperrungen, unzureichende Arbeitssicherung und Gefährdung durch Giftgase, Verletzung der peruanischen Rechtsordnung und Nichtbeachtung von Gerichtsbeschlüssen.

Massenentlassungen bei BAYER-PERU

Im März 1989 verdiente ein Arbeiter bei BAYER-PERU 120 US-$; der Warenkorb, den das Nationale Institut für Statistik in Lima im September 1988 für eine fünfköpfige Familie errechnet hatte, betrug 336 US-$. Durch Inflationsraten von über 11.000 Prozentpunkten (Oktober 1989 bis Sept. 1990) und Preissteigerungen um 400% nach dem Amtsantritt der Regierung Fujimori sanken die Reallöhne in den Keller. Für den BAYER-Konzern mit seinem Gewinnboom der letzten "sieben fetten Jahre" wäre es ein leichtes gewesen, die Notlage seiner langjährigen peruanischen MitarbeiterInnen abzufedern. Stattdessen reduzierte BAYER-PERU 1988/89 durch das sogenannte "Programm zur freiwilligen Arbeitsplatzaufgabe", begleitet von einer eigens entfesselten Schließungspsychose, die Zahl der ArbeiterInnen von 161 auf 24. Befristete Arbeitsverträge ersetzten die freiwerdenden Arbeitsplätze. Ökonomische Gründe können dafür nicht ausschlaggebend gewesen sein, denn noch im Geschäftsbericht 1987 wird von einem „außerordentlich zufriedenstellenden“ Geschäftsergebnis gesprochen. Die Gewerkschaft sieht in dieser Taktik vielmehr den Versuch, die starke Gewerkschaftsbewegung zu schwächen und mit Massenentlassungen die peruanische Wirtschaft zu destabilisieren. Dies entspricht auch der Politik anderer Pharmaunternehmen in Peru.

Die verbliebenen 24 festangestellten ArbeiterInnen bei BAYER-PERU konnten in einem neuen Tarifvertrag Gefahrenzulagen für den Umgang mit einigen hochgiftigen Fungiziden und Pestiziden durchsetzen. Diese Zulagen bewegen sich zwischen 40 Pfennig und 1,60 DM pro Tag, lächerliche Beträge angesichts der hohen Toxizität der produzierten Pflanzenschutzmittel. Das Unternehmen führt monatliche Blutuntersuchungen bei den Beschäftigten durch, um den Cholinesterase-Gehalt (Indikator für akute Vergiftung mit Insektiziden) zu messen und ist somit genauestens über den Gesundheitszustand der ArbeiterInnen informiert. Den Betroffenen werden die Ergebnisse jedoch vorenthalten.

Auch im Dralonwerk BAYER-INDUSTRIAL setzt man auf Massenentlassungen.

Zwangsbeurlaubte ArbeiterInnen

Im Juni kündigte die Unternehmensleitung der BAYER-INDUSTRIAL S.A. in Lima die bevorstehende Entlassung von 66 ihrer 450 Arbeiterinnen und Arbeiter an. Diese Maßnahme hätte eine Personalreduktion bei der zum deutschen BAYER-Konzern gehörenden Dralonfabrik fortgesetzt, in deren Rahmen seit Januar bereits über 50 Beschäftigte "freiwillig" ihren Arbeitsplatz räumten.

Mit der Unterschrift der Richterin Luz Elena Jauregui Basombrio unter die Resolution der 24. Zivilkammer des Arbeitsgerichts in Lima wurde die Massenentlassung am 19. August jedoch für unzulässig erklärt. Das Gericht forderte BAYER auf, die 66 seit der Ankündigung der Entlassung zwangsbeurlaubten ArbeiterInnen wieder zu beschäftigen. Eine Reaktion des Unternehmens auf die Ent-

scheidung wurde bis Redaktionsschluß nicht bekannt.

23 der 66 Betroffenen hatten indes während des schwebenden Verfahrens bereits die Hoffnung auf eine für sie positive Entscheidung des Arbeitsgerichts aufgegeben und ihrerseits gekündigt.

Die nicht betroffenen ArbeiterInnen hatten sich unmittelbar nach der Ankündigung der Entlassungen in Form eines Bummelstreiks mit ihren KollegInnen solidarisiert. Neben dem Protest gegen die weitere Personalreduktion richtete sich der Widerstand auch gegen die mit ihr verbundene Erhöhung der Arbeitsnormen für die verbleibenden Beschäftigten.

Die Unternehmensleitung beantwortete die Arbeitskampfmaßnahmen mit der Aussperrung sämtlicher ArbeiterInnen vom 4. bis zum 11. Juli. Die sonst rund um die Uhr laufende Produktion der Kunstfaser Dralon kam währenddessen zum Erliegen. Obwohl Aussperrungen nach peruanischen Arbeitsrecht grundsätzlich unzulässig sind, wurde über Konsequenzen für BAYER nichts bekannt.

Zur Bekräftigung ihrer Ablehnung der Massenentlassungen legte die Arbeiterschaft vom 20. bis zum 23. Juli erneut die Arbeit nieder. Nach Angaben eines Gewerkschaftsfunktionärs beteiligten sich dabei fast 100% der knapp 400 verbliebenen ArbeiterInnen an dem Warnstreik.

Für den Fall des Wirksamwerdens der vorgesehenen Entlassungen kündigte die Betriebsgewerkschaft der BAYER INDUSTRIAL einen unbefristeten Streik an.

Unter den 66 ArbeiterInnen, deren Entlassung BAYER plante, befanden sich drei amtierende und 11 ehemalige Funktionäre der Betriebsgewerkschaft.

Auch von den Entlassungen betroffen: Jesús Cabana Vargas, der 1988 als damaliger Generalsekretär der Gewerkschaft die Bundesrepublik besuchte. Auf Einladung der Coordination gegen BAYER-Gefahren hatte er in mehreren öffentlichen Veranstaltungen und auf der Aktionärs-Hauptversammlung die Situation der Arbeiterschaft bei INDUSTRIAL geschildert und die Konzernleitung in Leverkusen als Verantwortliche benannt.

Cabana und die amtierenden Funktionäre der Betriebsgewerkschaft genießen prinzipiell einen Kündigungsschutz; der aber kann jedoch durch eine von BAYER beantragte Entscheidung des Ministeriums aufgehoben werden.

Trotz einer auch von der Leverkusener Konzernleitung immer wieder beteuerten schlechten wirtschaftlichen Lage der BAYER-INDUSTRIAL S.A. liefen Produktion und Verkauf der Dralonfasern - von den Streik- und Aussperrungs-Tagen abgesehen - völlig normal. Etwa 75 Prozent des Absatzes finden im Ausland, also nicht auf dem für die Lage verantwortlich gemachten schwierigen peruanischen Markt statt.

Henry Mathews
Coordination gegen BAYER-Gefahren

BAYER und korrupte Richter in Peru

Die zweite Instanz des Arbeitsgeriches in Lima hob zum Jahreswechsel 1990/91 vier erste wenige Wochen zuvor gefällte Urteile gegen BAYER INDUSTRIAL auf. Die Firma war darin verpflichtet worden, entlassene Arbeiter wieder einzustellen, da die Entlassungen rechtswidrig seien. Die Umstände der zweitinstanzlichen Entscheidung lassen Vermutungen über Unregelmäßigkeiten in der peruanischen Justiz laut werden.

Kurz vor Silvester 1990 wurden Román Vilchez, José Nunez, Alfredo Cadena und Valeris Sosa vom Tribunal de Trabajo die zweit- und damit letztinstanzlichen Urteile ausgehändigt, die ihre Entlassungen für rechtmäßig erklären.

Der Verteidiger der Arbeiter, Dr. Jesús Alarcón, hält die identischen Urteilsbegründungen indes für "mangelhaft": Das Tribunal habe analoge Fälle von Entlassungen in peruanischen Textilunternehmen nicht berücksichtigt, die zugunsten der ArbeiterInnen ausgefallen waren, und berufe sich auf einen nur vorläufigen Bericht der staatlichen Krankenversicherung IPSS.

Informierte Kreise der Justiz halten das juristisch mangelhafteUrteil für das Ergebnis einer extralegalen Verpflichtung des Tribunals. Gerüchte entstanden insbesondere um einen beteiligten Richter und um den von BAYER beauftragten Anwalt, der ausgezeichnete Kontakte innerhalb der Arbeitsjustiz besitzen soll. Vermutungen in diese Richtung erhalten Nahrung durch die Tatsache, daß BAYER keinen Vertreter zum einzigen Verhandlungstermin am 11. Dezember entsendet hat, der allein durch die Berufungsanträge des Unternehmens zustande gekommen war. Auch die IPSS, deren Stellungnahme in den Verhandlungen großes Gewicht hatte, gilt allgemein als korrupt.

BAYER hatte im August und September 1989 insgesamt 21 Arbeiter ihrer Dralon-Fabrik mit der Begründung auf die Straße gesetzt, sie hätten ärztliche Atteste gefälscht. Nur wenige der Entlassenen besaßen das Standvermögen, ein Jahr lang auf die Verhandlung ihrer Klagen vor dem Arbeitsgericht zu warten.

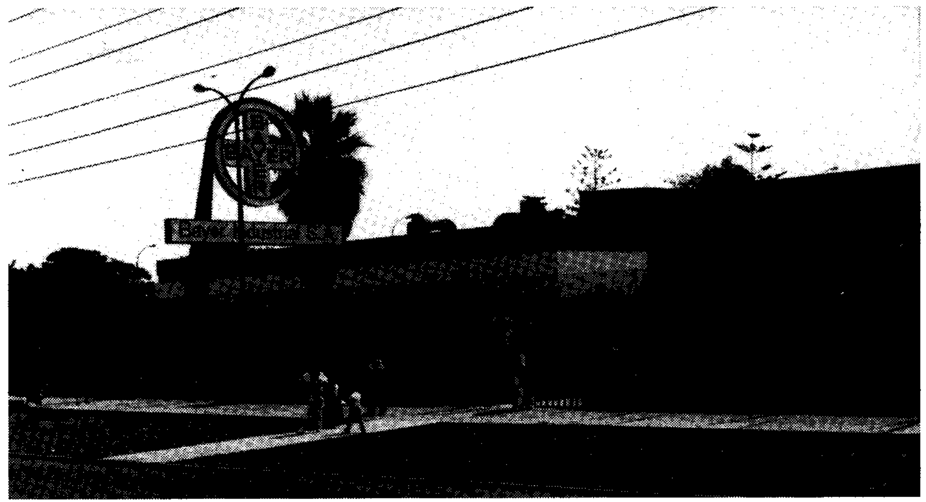
Die im September 1990 gefällten erstinstanzlichen Urteile erklärten die Entlassungen übereinstimmend für rechtswidrig, da den Arbeitern keine Verfehlungen nachgewiesen wurden. Die von BAYER umgehend eingereichten Berufungsanträge führten dann zur Überprüfung der Urteile vor dem Tribunal de Trabajo, der zweiten und letzten Instanz der peruanischen Arbeitsgerichtsbarkeit.

Nur zwei der Betroffenen erhielten auch dort positive Urteile: Teresa Chumpitaz und Victor Cuya mußten von BAYER wieder eingestellt werden. Teresa Chumpitaz entdeckte ihren Namen bereits wenige Monate später auf der Liste der 66 KollegInnen, deren Entlassung BAYER beim Arbeitsministerium beantragte.

Den sechs INDUSTRIAL-Arbeitern, deren Entlassungen vom Tribunal de Trabajo bestätigt wurden, stehen per Gesetz Abfindungszahlungen zu. Die Summen wurden jeoch in einem Nominalwert in Peruanischen Inti zum Zeitpunkt der Entlassung - also 1989 - festgelegt. Trotz einer gewissen Verzinsung hat die immense Inflation den realen Wert dieser Beträge inzwischen extrem zusammenschrumpfen lassen. Arbeiter mit 11 und mehr Dienstjahren bei BAYER erhalten jetzt einmalige Abfindungszahlungen, die etwa 200 D-Mark entsprechen.

hm





Beschäftigt die Gerichte: Peruanische Tochter des Chemiemultis

BAYER - ein Kreuz für Mensch, Tier und Umwelt

BAYER wurde 1863 zur Herstellung von Anilinfarbstoffen in Wuppertal gegründet. Dem Unternehmen gelang es in kurzer Zeit, seine Produktionsstätten in Europa und den USA auszuweiten. 1925 fusionierte BAYER mit den größten deutschen Chemieunternehmen zur I.G. Farben AG. Der Industriekonzern konnte seine Gewinne während des Hitler-Faschismus gewaltig steigern. Im Konzentrationslager Buchenwald führte er medizinische Versuche an Häftlingen durch. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Unternehmen im Rahmen der alliierten "Entflechtungsmaßnahmen" in drei Aktiengesellschaften aufgeteilt: BAYER, BASF, HOECHST.

Heute ist BAYER der achtgrößte Chemiekonzern der Welt. Er hat über 400 Tochterunternehmen im In- und Ausland und stellt ca. 10.000 Produkte in folgenden Branchen her:

- Polymere (Kunststoffe, Kautschuk, Fasern)
- Organica (organische Chemikalien, Farben, Erdölchemie, Parfümöle und Aromen)
- Industrieprodukte (anorganische Chemikalien, Pigmente, Keramik, Lackrohstoffe)
- Pharma (Medikamente, Diagnostica, Biochemische Produkte, Diät-Produkte, Haut- und Körperpflegemittel)
- Landwirtschaft (Pestizide, Fungizide, Herbizide, Veterinärprodukte)
- Informationstechnik (Foto, Film, Video, Druckvorbereitung, Kopier- und Drucksysteme, Röntgentechnik, Mikrographie)

BAYER gehört zu den forschungsintensivsten Unternehmen der Welt. Besonders engagiert er sich auf dem Gebiet der Gentechnologie. Ins Kreuzfeuer der Kritik geriet der Konzern wegen der von ihm verursachten hochgradigen Umweltverschmutzung, vor allem in den Ländern der "Dritten Welt" (Wichtige Tochterfirmen sind z.B. in Indien, Indonesien, Argeninien, Brasilien, Mexiko und Peru) und wegen der Herstellung von hochgiftigen Pharmaprodukten. Auch exportiert BAYER aus der BRD verbotene Medikamente und Pflanzenschutzmittel in Länder der "Dritten Welt" oder läßt sie gleich vor Ort herstellen.

Die Kampagne 1991 der "Coordination gegen BAYER- Gefahren" richtet sich vor allem gegen die Pestizidproduktion und die Arbeitsschutzverhältnisse in der "Dritten Welt". Außerdem prangert sie die mangelhafte Altlastensanierung und das Geschäftsgebaren des Konzerns in der ehemaligen DDR an (siehe auch Selbstdarstellung der Koordinationsgruppe).

Finanzskandal bei BAYER INDUSTRIAL?

Die konservative peruanische Tageszeitung El Comercio berichtete am 7. Mai 91, gegen die Geschäftsführer der BAYER INDUSTRIAL S.A., Jürgen Becker und Walter Eschweiler, beständen Haftbefehle. Der Staatsanwalt habe sie wegen des Verdachts auf Unregelmäßigkeiten in den Bilanzen des Unternehmens erlassen, da dort eine Entschädigungssumme von 30 Mio. US-$ nicht aufgeführt sei, die das Unternehmen 1983 als Folge eines Brandanschlages von einer Versicherung erhalten habe.

Wie die Coordination gegen BAYER-Gefahren erfuhr, sind die Haftbefehle inzwischen gegen Zahlung einer Kaution von insgesamt 180.000 US-$ ausgesetzt worden. Becker und Eschweiler dürfen das Land jedoch nicht verlassen, da das Verfahren gegen sie noch anhängig ist.

Die Betriebsgewerkschaft von INDUSTRIAL betrachtet die hohe Kautionszahlung als Beweis dafür, daß die Liquiditätslage der Firma besser als von der Unternehmensleitung geschildert sein müsse.





Coordination gegen BAYER-Gefahren

Die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' (CBG) ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das seit 1983 den multinationalen BAYER-Konzern kritisch begleitet. In ihm arbeiten von diesem Chemie-Konzern Betroffene und Geschädigte sowie an BAYER Interessierte über alle weltanschaulichen und sonstigen Grenzen hinweg zusammen. Heute kooperiert die CBG mit ca. 5.000 Gruppen und Personen in rd. 50 Ländern.

Die CBG möchte zunächst und in erster Linie Hilfestellung für all diejenigen sein, die sich aus Betroffenheit oder Interesse mit dem mulitnationalen BAYER-Konzern auseinandersetzen. Für die Beschäftigten, die Anwohner und die Konsumenten von BAYER-Produkten. Es ist einfach Tatsache, daß durch das Wirken eines Chemie-Konzerns wie BAYER zahlreiche Probleme hervorgerufen werden. Nicht nur in Bezug auf die Umwelt, sondern auch auf die Menschen selbst. Im sozialen, im Arbeits-, im politischen und gesellschaftlichen Bereich. Und entsprechend dieser Probleme werden immer wieder Menschen - Einzelpersonen, Gruppen, Parteien und Organisationen - aktiv. Die Coordination sieht hier die Aufgabe, diesen Aktivitäten mehr Wirksamkeit, und damit mehr Erfolg, zu verleihen.

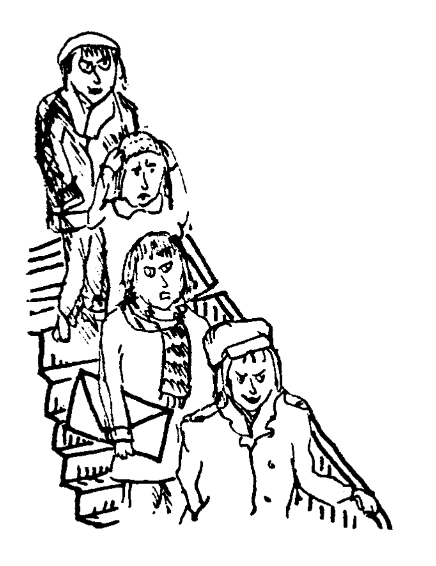
Entsprechend dieser Funktion - Selbsthilfe-Netzwerk für Betroffene, Geschädigte und Interessierte - ist es das Ziel der Arbeit der Coordination, eine menschen- und umweltverträgliche Chemie-Produktion bei BAYER durchzusetzen. Im gesamten Konzern, weltweit. Das ist das langfristige Ziel. Daraus ergeben sich für die Coordination und ihre Gruppen und Mitstreiter vor Ort natürlich eine Vielzahl von konkreten Forderungen zur Behebung aktueller Mißstände und Gefahren - in den Werken, bei der Produkion oder den Produkten, beim Transport von Gütern und Abfällen oder bei der politischen und gesellschaftlichen Betätigung des Konzerns.

Besonders hervorzuheben ist, daß die Coordination von Anfang an größten Wert auf die Zusammenarbeit mit den BAYER-Belegschaften legte und hier mittlerweile über gute Kontakte verfügt.

Seit 1983 gibt die Coordination auch einen deutschsprachigen Informationsdienst heraus (Stichwort: BAYER).

Adresse: Hofstr. 27a
5650 Solingen 11
Tel. 02 12 - 33 49 54

Arbeitsgruppen



Werkstatt Ökonomie, Heidelberg

Die Werkstatt Ökonomie hat folgende Arbeitsbereiche:

*handlungsorientierte Sammlung (um-fangreiche Archivbestände!), Aufarbeitung und Veröffentlichung von Informationen sowie Studien zu ökonomischen Strukturfragen mit den als Beispiele gewählten Schwerpunkten Transnationale Unternehmen (mit Sonderschwerpunkt Daimler-Benz), Europäischer Binnenmarkt, Brasilien, Südafrika und "Kirche und Geld"

*Beantwortung von Anfragen, Vermittlung von ReferentInnen und Kontakten zu Gruppen, Organisationen u.a.

*aktionsorientierte Begleitung von Gruppen, Institutionen, Organisationen, Kirchengemeinden u.a. (z.Zt. u.a. Projekte im Frankfurter Raum zur Hoechst AG, in Mannheim zu Daimler-Benz, mit Pfarrkonventen zu "Kirche und Geld")

*bundesweite Bildungsarbeit (Vorträge, Seminare, Bildungsurlaube u.a.)

*Mitarbeit bei Koordination- und Vernetzungsprojekten (z.B. Redaktion und Koordination von INWASA = Information aus Wirtschaft und Arbeitswelt im Südlichen Afrika mit 19 deutschen und schweizerischen Partnerorganisatonen, Gesprächs- und Koordinationskreis "Multi-Forum" u.v.a.)

*bundesweite Zusammenarbeit mit : a) entwicklungs-, friedens- und umweltpolitischen Aktionsgruppen und Organisationen; b) kirchlichen Gruppen, Kirchengemeinden, Pfarrkonventen, (landeskirchlichen) Ämtern für Mission und Ökumene sowie Industrie- und Sozialarbeit, dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt, Missionswerken, , evangelischen Akademien und Bildungswerken, Mitgliedern der AG KED; c) gewerkschaftlichen Gruppen und Institutionen, DGB-Kreisen, DGB-Bildungswerk, IG-Metall-Funktionsträgern u.a.; d) Kirchen, Gewerkschaften und Institutionen in Südafrika und Brasilien.

Adresse:
Obere Seegasse 18
6900 Heidelberg
Tel.: 06221-720296

FAST e.V.

Die Forschungsgemeinschaft für Außenwirtschaft, Struktur- und Technologiepolitik wurde 1986 als unabhängiges Forschungsinstitut gegründet. FAST ist auf die Untersuchung von Unternehmensstrategien auf der internationalen ebenso wie auf der lokalen Ebene spezialisiert. Durchgeführt wurden Studien über einzelne Unternehmen oder einzelne Betriebe, über einzelne Industriezweige, über die Entwicklung von Direktinvestitionen im allgemeinen oder in einzelnen Ländern und über Folgen neuer Managementstrategien in den Bereichen Forschung und Entwicklung oder Logistik.

Die Forschungsarbeiten von FAST wurden von Stiftungen, Landesregierungen, der EG, dem UN Centre on Transnational Corporations ebenso wie von nationalen und regionalen Gewerkschaften unterstützt.

FAST beschäftigt fünf WissenschaftlerInnen verschiedener Fachrichtungen. Das Institut verfügt über ein großes Unternehmensarchiv.

Adresse:
Bergstr. 77
1000 Berlin 41
Tel.: 030-792 4500



BUKO Agrar Koordination

Ziel der Arbeit der BUKO AgrarKoordination ist, die Auswirkungen der europäischen Agrarpolitik auf die Landwirtschaft- und Ernährungssituation in der Dritten Welt zu thematisieren.

Die gemeinsame Agrarpolitik kennzeichnet ein Wechselspiel von Weltmarktbehauptung und Weltmarktabschottung. Eine differenzierte Analyse dieser Prozesse und ihre Auswirkungen auf die Länder in der Dritten Welt soll die Grundlage für eine qualifizierte Bewertung der EG-Politik schaffen.

Auf diesem Hintergrund hat die BUKO AgrarKoordination begonnen, eine EG-Agrar-Kampagne vorzubereiten.

Die bereits existierenden Arbeitsgruppen sind:
*Exportdumping und Nahrungsmittelhilfe
*Genetische Ressourcen
*Zucker/Lomé-Abkommen

Auf regelmäßig stattfindenden Seminaren soll der Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Arbeitsgruppen ermöglicht werden und die Ergebnisse zu einem Gesamtbild zusammengeführt werden.

Adresse:
Nernstweg 32-34
2000 Hamburg 50
Tel.: 040/392526

Kritische AktionärInnen der Deutschen Bank

Seit 1976 treten eine wachsende Zahl engagierter Menschen in den Hauptversammlungen der größten deutschen Geschäftsbank auf, um die globale Verantwortung dieses mächtigen Geldinstitutes in den Themenbereichen
* Verschuldungskrise und "Dritte Welt"
*Geschäfte mit der Apartheid in Südafrika
* Umweltschutz und Kernenergie
* Friedens- und Abrüstungspolitik
anzumahnen.

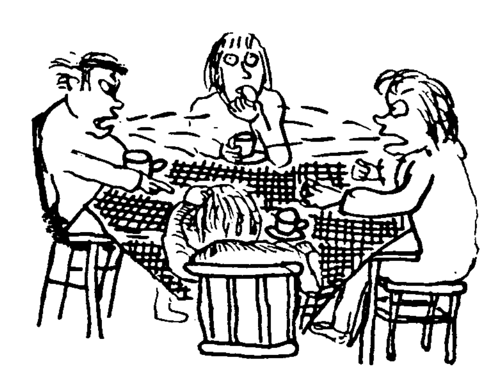
Sie besitzen oft nur wenige Aktien oder werden von Aktionären bevollmächtigt. Sie nutzen die rechtlichen Möglichkeiten des Aktiengesetzes und der "Aktionärsdemokratie", für die zu kritisierende Geschäftspolitik der Deutschen Bank eine größere Öffentlichkeit herzustellen.

Die Kritischen AktionärInnen sind sich darüber im klaren, daß ihre Einflußmöglichkeiten sehr begrenzt sind.

Bewußtmachung und Information von Macht- und Problemzusammenhängen ist daher eine Hauptzielsetzung.

Möglich ist die Unterstützung dieser Aktionsform nicht nur in Form von Recherchen, Informationsarbeit und von finanziellen Beiträgen, sondern auch durch rechtzeitige Stimmrechtsübertragungen, damit die Kritischen AktionärInnen mit größerem Gewicht in den Hauptversammlungen auftreten können.

Adresse:
c/o Klaus Milke
Haakestraße 83
2100 Hamburg 90
Tel. 040/7909803



Arbeitskreis Transnationale Unternehmen

Der "Arbeitskreis Transnationale Unternehmen" ist ein loser, informeller Arbeitszusammenhang von (zunächst bundesdeutschen) Gruppen, Organisationen und Institutionen, die sich aus unterschiedlichen Gründen und in unterschiedlichen Kontexten kritisch mit Transnationalen Unternehmen beschäftigen. Er ist im Anschluß an eine Frankfurter Tagung über Transnationale Unternehmen und Gegenmacht ("Was tun mit den Konzernen?") Ende April 1991 entstanden.

Die Mitarbeit weiterer Gruppen, Organisationen und Institutionen - auch aus Österreich und der Schweiz - wird angestrebt. Dabei sollen auch solche Gruppen und Organisationen zur Mitarbeit eingeladen werden, deren Schwerpunkte zwar nicht in einer Auseinandersetzung mit den Aktivitäten Transnationaler Unternehmen liegen, die aber dennoch in ihrer Arbeit auch auf die Aktivitäten dieser Unternehmen gestoßen sind (wie zum Beispiel Rüstungsexport-, Agro- und Ökologiegruppen bzw. -kampagnen).

Vorläufiges Ziel des Arbeitskreises ist es, aus Anlaß des im Frühsommer 1992 in München stattfindenden Weltwirtschaftsgipfels konkrete Vorschläge für eine demokratisch gesteuerte Beeinflussung der Aktivitäten Transnationaler Unternehmen zu erarbeiten. Im einzelnen soll sich ein Forderungskatalog mit Maßnahmen mittlerer Reichweite an internationale und nationale politische Institutionen sowie an Politiker und Parteien wenden. Ein ergänzendes Aktionsprogramm möchte Vorschläge für den Aufbau von Gegenmacht zusammenstellen.

Der Arbeitskreis veranstaltet Tagungen sowie regelmäßige Treffen.

Adresse:
c/o Werkstatt Ökonomie
Obere Seegasse 18
6900 Heidelberg
Tel. 0 62 21/72 02 96

multiknoten infostelle konzerne

multiknoten verfügt über ein Archiv mit Informationen zum Investitionsverhalten von Unternehmen. Unternehmens- und Ländermappen, für die gut dreißig in- und ausländischen Zeitungen und Zeitschriften sowie über 200 Geschäftsberichte ausgewertet werden, können zur Beantwortung von Anfragen herangezogen werden. Außerdem sind in einer Datenbank Investitionsbewegungen deutscher Unternehmen ab 1986 erfaßt.

Eine ABM-Stelle ermöglicht es, Aktionsgruppen insb. Anfragen zum Investitionsverhalten von Konzernen vorerst umsonst zu beantworten. Die Hauptaufgabe liegt in der Vermittlung von Informationskontakten. Vor allem ausländischen Gruppen soll auf Anfrage mitgeteilt werden können, welche Gruppen in der BRD zu welchen Konzernen oder Themen arbeiten. Graue Literatur zu Unternehmen soll möglichst weitgehend erfaßt, ausgewertet und wiederum vor allen Dingen ausländischen Gruppen zur Verfügung gestellt werden können. Je mehr Gruppen, die unternehmens-bezogen arbeiten - sei es auch nur in Teilaspekten - ihre Selbstdarstellungen oder Literaturlisten unserem Archiv zur Verfügung stellen, desto vollständiger ist die Information bei späteren Anfragen. Wir freuen uns auf Eure Mitarbeit.

Adresse:
Postfach 41 11 66
1000 Berlin 41
Telefon 030-792 45 00



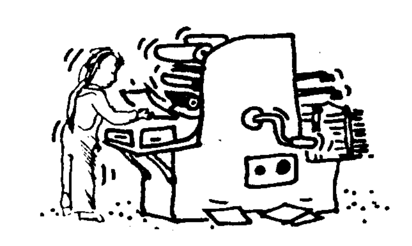
Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V.

Das Jahr 1992 wird für umwelt- und entwicklungspolitische Aktivitäten zu einem Schlüsseljahr: 500 Jahre Conquista, die UN-Umweltkonferenz UNCED '92 in Brasilien, die Vollendung des EG-Binnenmarktes und seine Auswirkungen auf die Zweidrittel-Welt sowie schließlich der Weltwirtschaftsgipfel der Gruppe der sieben wichtigsten westlichen Industriestaaten in München.

Zu diesen Aktivitäten will der Verein Weltwirtschaft, Ökologie &Entwicklung (W.E.E.D.) eine Beitrag leisten. W.E.E.D. versteht sich als ein 'facilitator', als eine Instanz, die Aktivitäten, die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch auf nationaler wie auf internationaler Ebene verbreitert, fördert und unterstützt. Bestehende Strukturen sollen dadurch sinnvoll ergänzt und ihre Wirksamkeit verbessert werden. Das kann unter anderem durch Recherche und Expertise, durch Anstöße zu Aktionen und Kampagnen, durch Kontakte zu internationalen Netzwerken, durch die Organisation von Presse- und Öffentlichkeitsarbeit oder durch Vermittlung von Gesprächen mit Ministerien und Institutionen geschehen.

W.E.E.D. vertreibt außerdem einen entwicklungspolitischen Fachinformationsdienst, den monatlich erscheinenden Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung sowie einen mindestens 8 mal jährlich erscheinenden Sonderdienst zu aktuellen Themen. Diese Publikationen können bei der Infostelle abonniert werden.

Adresse:
Siegfried-Leopold-Str. 53,
5300 Bonn 3
Tel. 02 28/480806



Weitere Adressen:

Aktion Fiananzplatz Schweiz - Dritte Welt
Mühlenmattstr. 31
CH-3007 Bern

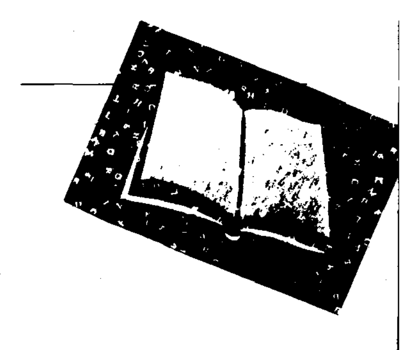
DGB-Bildungswerk
Nord-Süd-Netz
Postfach 2601
4000 Düsseldorf

BUKO-Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport"
Buchstr. 14/15
2800 Bremen

Pestizid Aktions-Netzwerk
Postfach 2560
2000 Hamburg 13

BUKO Pharma Kampagne
Dritte Welt Haus
Bebelstr. 62
4800 Bielefeld 1

Koordination Kaffeekampagne
Dritte Welt Haus
Friesengasse 13
6000 Frankfurt 90



Die Deutsche Bank - Perputuum Mobile der Macht

"Wir sehen uns einem riesigen und unüberschaubaren, unserer und andererLeute bestimmenden Machtkomplex von Wirtschaft und Finanzen gegenüber", schreiben die Kritischen Aktionäre der Deutschen Bank reichlich ernüchtert im Vorwort ihres Buches zur Deutschen Bank, ärgerlich zugleich darüber, daß es nun *"sehr viel schwieriger sein wird, unserem Anliegen Gehör zu verschaffen. Nicht nur, weil im Versammlungssaal im Mai 1990 der Vorwurf der geistigen Mittäterschaft des Mordes an Alfred Herrhausen mehr oder weniger deutlich erhoben werden wird, nicht nur, weil Vorstandssprecher Herrhausen als - zumindest bezüglich der Schuldenproblematik offener Gesprächspartner fehlt, sondern auch,weil die Menschen derzeit mit anderen Themen sehr viel nachhaltiger beschäftigt sind."*

Dennoch haben sich einige Kritiker darangemacht, den Machtkoloß Deutsche Bank Stück für Stück inhaltlich zu zerbröseln und ihre Informationen über Geschichte, offene und dunkle Geschäfte der Deutschen Bank zu veröffentlichen. Leichte Bettlektüre ist dabei nicht entstanden. Aber ein wichtiges Handbuch.

Die Deutsche Bank ist mehr als eine Bank. Über 250 Beteiligungen in allen Branchen der Wirtschaft lassen die Herzen der Vorstandsmitglieder höher schlagen: Daimler Benz, Holzmann, Südzucker, Karstadt, Hapag-Lloyd, Horten, Klöckner-Humboldt-Deutz, Bavaria-Film, Grundstücks-, Wohnungsbau-, Vermietungs- und Verwaltungs- und große Firmenberatungs-Gesellschaften sind nur einige davon. Das Geschäftsvolumen der Deutschen Bank entspricht inzwischen der Dimensionen des Bundeshaushaltes. Dabei profitiert die Bank insbesondere von der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Gelder, die im industriellen-militärischen Sumpf oder im Asphalt neuer Autobahnen versickern, häufen sich auf wundervolle Weise bei den Unternehmen wieder an, an denen die Deutsche Bank beteiligt ist. *"Ein real existierendes Kreislaufsystem, in welchem der Menschheitstraum des Perpetuum Mobile erstmals wahrhaftige Gestalt annahm, sicherte den Einfluß und die Dominanz des Geldetablissements"*, schreibt Hermannus Pfeiffer in seinem Artikel zum Kreislauf der Macht. /4/

In der 120-jährigen Geschichte der Bank sind vielfältige Verflechtungen zwischen Politikern und Bänkern entstanden. Die staatliche Investitionspolitik, die die Unternehmen der Deutschen Bank begünstigt, ist da nur ein Beispiel. Von diesen und anderen Geschäften, von Beteiligungen im industriellen und Dienstleistungssektor (dem "Industriemonopoly"), dem Profit aus der Kreditvergabe an die Staaten der Dritten Welt und den Aktivitäten der Bank in aller Welt handelt dieses Buch. Die vielen Sachinformationen werden durch eine kommentierte Bilanz und ein Glossar vervollständigt.

Interessant sind insbesondere die Beiträge des Buches, in denen es um neue Geschäftsstrategien der Bank, um das Streben nach einem neuen Image als "Umwelt-Sponsor" und um den Griff nach Osteuropa und zum Binnenmarkt 1992 geht, weil genau hier eine Diskussion um den Widerstand gegen das Bankensystem und die Macht der Konzerne ansetzen müßte. Diese Diskussion bleibt im Buch jedoch weitgehend ausgespart. Die HerausgeberInnen üben nur sehr verhalten Kritik an der Deutschen Bank, erstaunlich angesichts der in diesem Buch aufgetischten Fakten. F.O.Wolf wird in seinem Beitrag zu "Operation Binnenmarkt 1992" dagegen deutlicher. Auch für ihn ist eine Änderung der Bankpolitik ein zentrales Element des ökologischen, feministischen und sozialen Umbaus. Doch *"angesichts der engen Verflechtung der Probleme dieser Geschäftspolitik mit der politisch-ökonomischen Entwicklung der BRD (...) ist von vornherein klar, daß dies keine bank- oder kartellrechtliche Maßnahme bewirken kann, sondern eine weitreichende gesellschaftspolitische, im strengen Sinne sogar revolutionäre Aufgabe darstellt."* /131/ Es gibt also viel zu tun. Packen wir's an!

Kritische Aktionäre der Deutschen Bank (Hrsg)
Macht ohne Kontrolle
Bericht über die Geschäfte der Deutschen Bank
Schmetterling-Verlag, Stuttgart 1990
182 Seiten; 22,80 DM

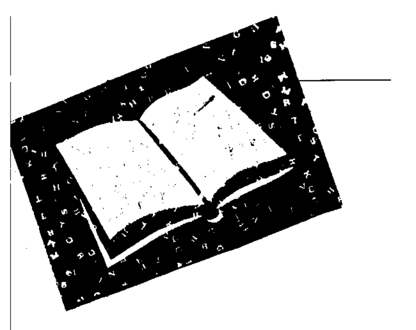
Wem gehört die Republik?

Die Antwort auf die Frage nimmt dieses Buch bereits im Untertitel: "Die Konzerne und ihre Verflechtungen" vorweg. Ein großes Netzwerk von Firmenbeteiligten tut sich da auf. Fast undurchschaubar und höchstens dadurch vereinfacht, daß immer wenigeren immer mehr Firmen gehören. Die 200 größten transnationalen Unternehmen produzieren inzwischen fast ein Drittel aller Waren und Dienstleistungen der westlichen Welt. Davon viele aus der BRD. Daimler Benz allein erzielt zum Beispiel einen höheren Umsatz als der Wert des Bruttoinlandsprodukts ausmacht, das die Menschen in Algerien, Portugal oder Griechenland erwirtschaften.

"An den grünen Tischen der Konzernvorstände wird ein Milliarden-Monopoly ohne historischen Parallele gespielt", schreibt der Autor in der Einleitung, mit Blick auf den *"schwindelerregenden Umfang der Investitionen und die offene Akquisationspolitik"*. Die von ihm neu zusammengestellten Daten geben einen aktuellen Überblick über die größten Unternehmen der BRD: Geschichte und Entwicklung, Eigentumsstruktur, Konzernüberblick, Beteiligungen und das Ost-Engagement werden für jedes Unternehmen vorgestellt. Dazu knappe Daten zu Beschäftigten, Kapital, Investitionen, Umsatz und Gewinn sowie die Firmenanschrift, falls noch Fragen offen bleiben.

Als Handbuch ist das 450-Seiten-Werk sehr geeignet. Dabei kann es allerdings nicht mehr leisten, als die Firmen kurz vorzustellen. Auf jeden Fall ist es ein verdienstvolles Werk des Autors, die vielen Daten gesammelt und aktualisiert zu haben. Die Interpretation bleibt jeder/m selbst überlassen. Interessant wäre gewesen, auch die gängigsten Produktnamen den Firmen zuzuordnen. Denn wer erkennt schon, in welchem Ausmaß diese Unternehmen das tägliche Leben beherrschen, wenn mensch nicht gerade dort arbeitet?

Rüdiger Liedtke
Wem gehört die Republik?
Die Konzerne und ihre Verflechtungen - Namen, Zahlen, Fakten.
Eichborn Verlag Frankfurt, Neuausgabe 1991
450 Seiten, 36 DM



Die Macht der Konzerne

blätter des iz3w

Die folgende Tabelle zeigt die Rangfolge von Ländern und Konzernen entsprechend ihrer Produktion bzw. ihres Umsatzes. Das Bruttoinlandsprodukt eines Landes entspricht dem Wert aller im Inland produzierten Waren und Dienstleistungen. Die Umsatzzahlen der Konzerne geben den Wert aller in einem Jahr verkauften Waren und Dienstleistungen an. Der Vergleich beider Daten verdeutlicht die wirtschaftliche Macht der Transnationalen Konzerne. Die 200 größten Unternehmen der Welt (ohne ehemals sozialist. Staaten) produzieren inzwischen über 27 % aller Waren und Dienstleistungen dieser Länder.

A	B	C	
1	USA	4.847,3	
2	Japan	2.843,7	
3	BRD	1.201,8	
4	Frankreich	949,4	
5	Italien	828,8	
6	Großbritannien	702,3	
7	Kanada	435,8	
8	Spanien	340,3	
9	China	372,3	
10	Brasilien	323,6	
11	Australien	245,9	
12	Indien	237,9	
13	Niederlande	228,2	
14	Schweiz	184,8	
15	Mexiko	176,7	
16	Rep. Korea	171,3	
17	Schweden	159,8	
18	Belgien	153,8	
19	Österreich	127,2	
20	**General Motors**	**125,0**	**(USA) Auto**
21	**Royal Dutch/Shell**	**107,2**	**(GB, Nl.) Öl**
22	**Exxon**	**105,8**	**(USA) Öl**
23	Finnland	91,6	
24	Norwegen	91,0	
25	Dänemark	90,5	
26	Indonesien	83,2	
27	Argentinien	79,4	
28	Rep. Südafrika	78,9	
29	**Ford**	**78,3**	**(USA) Auto**
30	Saudi-Arabien	72,6	
31	**IBM**	**69,0**	**(USA) Computer**
32	**Toyota**	**64,5**	**(Japan) Auto**
33	Türkei	64,3	
34	Venezuela	63,7	
35	Jugoslawien	61,7	
36	**IRI**	**61,4**	**(Italien)**
37	**British Petroleum**	**59,5**	**(England) Öl**
38	**Mobil Oil**	**58,8**	**(USA) Öl**
39	**General Electric**	**58,3**	**(USA) Elektro**
40	Thailand	57,9	
41	**Daimler Benz**	**52,9**	**(BRD) Rüst., Auto**
42	Algerien	51,9	
43	**Hitachi**	**50,6**	**(Japan) Elektro**
44	**Fiat**	**47,7**	**(Italien) Auto**
45	Israel	44,9	
46	**Samsung**	**44,9**	**(Rep. Korea)**
47	Hongkong	44,8	
48	**Matusushita**	**43,5**	**(Japan)**
49	**Volkswagen**	**42,1**	**(BRD) Auto**
50	**ENI**	**41,8**	**(Italien)**
51	Portugal	41,7	
52	**Texaco**	**41,2**	**(USA) Öl**
53	Griechenland	40,9	
54	**Nissan Motor**	**40,2**	**(Japan) Auto**
55	**Unilever**	**39,9**	**(Nl.) Wasch-, Nahrungsm.**
56	Philippinen	39,2	
57	**Siemens**	**39,1**	**(BRD) Elektro**
58	Kolumbien	39,0	
59	Malaysia	34,6	
60	Ägypten	34,3	
61	Pakistan	34,0	
62	**Nestle**	**33,2**	**(Schweiz) Nahrungsm.**
63	**Elf Aquitaine**	**32,9**	**(Frankreich) Öl**
64	**Chrysler**	**30,8**	**(USA) Auto**
65	**Philips**	**30,7**	**(Nl.) Elektro**
66	**Renault**	**30,0**	**(Frankreich) Auto**
67	Nigeria	29,3	
68	**BASF**	**28,8**	**(BRD) Chemie**
69	Ungarn	28,0	
70	Irland	27,8	
71	**Hoechst**	**27,7**	**(BRD) Chemie**
72	**Bayer**	**25,7**	**(BRD) Chemie**
73	Peru	25,6	

Alle anderen Länder unter 25. Mrd. US-Dollar

A Rang; B Land/Unternehmen; C Bruttoinlandsprodukt (1988)/Umsatz in Mrd. US-$ (1990)

Quellen: Weltentwicklungsbericht, Weltbank, Washington 1990, Süddeutsche Zeitung vom 6.8.1991
keine Angaben zu: UdSSR, Polen, CSFR

Weitere Literatur zum Themenblock

F. Fröbel/J. Heinrichs/O. Kreye
Umbruch in der Weltwirtschaft. Die globale Strategie. Verbilligung der Arbeitskraft/Flexibilisierung der Arbeit/Neue Technologien, rororo-aktuell, Reinbek 1986, 590 Seiten, 19,80 DM

Stefan Welzk
Boom ohne Arbeitsplätze. Ein Buch über Deutschlands Konzern-Elite. Themen: Gewinnexplosion und Steuertricks - Arbeitsplatzexport und Kapitalflucht - Steueroasen und Briefkastenfirmen - Der Betriebsrentenskandal - Scheinkredite und Bankenkrise - Wertpapiere statt Maschinen,
Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1986, 250 Seiten, 20 DM

J. Wessel/M. Hantmann
Getreidefieber, US-Agrarkrise, Konzernmacht und Welternährung, dtv, München 1987, 260 Seiten, 14,80 DM

Volker Kasch/Ulrich Leffler/Peter Schmitz/Rainer Tetzlaff
Multis und Menschenrechte in der Dritten Welt. Themen: Internationale Arbeitsteilung und die Rolle der Multis - Multis in der Landwirtschaft - Pharma-Konzerne - IWF-Politik, Lamuv Taschenbuch 42, Bornheim. Merten 1985, 18,80 DM

Bayer macht Kasse
Auf 222 Seiten greift die Herausgeberin, die Coordination gegen BAYER-Gefahren, den international tätigen Chemie-Multi BAYER massiv an: Hungerlöhne in der Dritten Welt, Medikamente mit Todesfolge, Kampfstoffe im Agrarbereich, Risiko Gentechnik - und immer wieder Umweltverseuchung, Schädigung menschlicher Gesundheit und der natürlichen Umwelt.
Die Coordination gegen BAYER-Gefahren klagt an: BAYER trägt herausragende Verantwortung für den voranschreitenden ökologischen Niedergang unseres Planeten. BAYER wird inständig aufgefordert, endlich umzudenken und umzulenken, einer "Neuen Chemiepolitik" den Weg zu bereiten.
Eine Pille, die BAYER nicht schmecken dürfte. BAYER Macht Kasse ist eine offene Herausforderung des Chemie-Multis aus Leverkusen.
BAYER Macht Kasse, Coordination gegen BAYER-Gefahren (Hg.) 222 Seiten, DM 24,80, viele Fotos, Schmetterling-Verlag/Stuttgart 1991

Tatort Stuttgart, der neue Rüstungsriese Daimler Benz, 36 S. DIN A 4, DM 4,-, Idstein Oktober 1989.
Tatort Otomarsan, Daimler Benz in der Türkei, 36 S. DIN A 4, DM 5,- Idstein Dezember 1990.
... und morgen die ganze Welt - Daimler Benz, ein Rüstungskonzern auf dem Weg ins 21. Jahrhundert. 271 S., DM 16,80, Idstein April 1990.
Bezug: Komzi e.V., Bahnhofstr. 18, 6270 Idstein, Tel.:06126/53118

Werkstatt Ökonomie: **Transnationale Unternehmen: Herausforderung für eine solidarische Praxis**, Juni 1989, 24 Seiten, DM 2,50
Aus der Reihe der Werkstattberichte (WB) der Werkstatt Ökonomie, Heidelberg: WB 6: Martin Gück/Uwe Kleinert, **Bundesdeutsche Unternehmen in Brasilien**: Gewicht und ökonomische Konsequenzen, März 1990, 22 Seiten, DM 4,-
WB 7: Martin Glück, **EG '92 - Eldorado fr Konzerne**: Strategien der Multis im Zusammenhang mit der Entstehung des Europäischen Binnenmarktes, März 1990, 7 Seiten, DM 2,-
WB 8: Klaus Heidel. **Südafrika 1990: trotz Wandel kein Ende der Apartheid.** Sanktionen weiterhin notwenidg, März 1990, 30 Seiten, DM 4,-
WB 9: Reinhold Schwerdt, **Zum sozial-ökologischen Umbau der Industriegesellschaft**. Drei politische Reden, Juli 1990, 13 Seiten, DM 3,-
WB 10: Fritz Stahl, **Belegungskontakte an der Basis**, dargestellt am Beispiel Mercedes-Benz Mannheim und Mercedes-Benz do Brasil, Juni 1991, 20 Seiten, DM 4,-
"Europa 1992": Europäischer Binnenmarkt, Chance oder Risiko? Materialien und Texte zu ökonomischen, sozialen und ökologischen Aspekten, Mai 1990, DIN A 4, 234 Seiten, DM 30,- Gewalt in Südafrika: Der neue Kairos. Eine Herausforderung für die Kirchen, Veröffentlicht vom Institute for Contextual Theology (Südafrika). Übersetzt und mit Anmerkungen versehen von der Werkstatt Ökonomie, November 1990, 15 Seiten, DM 2,- (Staffelpreise auf Anfrage)
Transnationale Unternehmen als Herausforderung für eine solidarische Praxis. Ein Arbeitsbuch für Einzelne, Gruppen, Gemeinden, Gewerkschaften (Arbeitstitel), Frühherbst 1991, ca. 300 Seiten, ca. DM 20,-
Bezug: Werkstatt Ökonomie Heidelberg, Obere Seegasse 18, 6300 Heidelberg

---

"Tatort Nahost - Deutsche Rüstungslieferungen in die Krisenregion", Idstein 1991

Wer im Frühjahr dieses Jahres glaubte, das Thema "Rüstungsexporte in den Nahen Osten" sei nach den Erfahrungen des zweiten Golfkrieges auf absehbare Zeit nicht mehr aktuell, mußte sich traurigerweise eines Anderen belehren lassen.
Inhalt:
* Die Folgen des Golfkrieges für den Nahen Osten
* Der israelisch-palästinensische Konflikt
* Kurdistan: Ein politisches Lehrstück
* Armut und Reichtum in der Region
* Politische, ökonomische und rüstungswirtschaftliche Interessen der BRD in der Region
* Daten zu den Ländern des Nahen Ostens
* Lieferlisten: BRD-Rüstungsexporte in die Länder der Region seit 1980

36 Seiten/A4, Preis: 5,00 DM (ab 5 Ex. je 4,50 DM)
Bezug: Komzi e.V., Bahnhofstr. 18, 6270 Idstein, Tel. 0 61 26 / 5 31 18

RIO '92

Klimakarneval in Rio

Es ist klar, daß der gegenwärtige Lebensstil und die Konsumgewohnheiten der reichen Mittelklasse in einigen entwickelten Ländern, die verbunden sind mit hoher Fleischzufuhr, Verzehr großer Mengen von gefrorener und "Bequemlichkeits"- Nahrung, Besitz von Automoblien, zahlreichen elektrischen Hausgeräten, Aircondition zu Hause und am Arbeitsplatz, weitverbreiteten Flugreisen, raumfressender Stadtrandbesiedlung, motorisiertem Verkehr und Shopping, nicht tragfähig sind."

Diese radikale Feststellung stammt nicht von einem kulturpessimistischen Müslifreak. Sie befindet sich als Punkt 40 auf Seite 14 des Berichts des Generalsekretariats der kürzlich einberufenen Vorbereitungskommission für die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED), die im Sommer nächsten Jahres in Rio de Janeiro stattfinden soll. Was der lange Name suggeriert, trifft in diesem Falle zu - was da notiert wird ist von einigem Gewicht.

Genauer gesagt, befinden wir uns damit im Zentrum internationaler Klimapolitik: Einer politischen Blockade, die dazu zu führen droht, daß die Welt keinen entscheidenden Schritt zur Klimastabilisierung unternehmen wird. Denn was nach Jahren wissenschaftlicher und politischer Diskussion klimatheoretisch auf der Hand liegt- begrenzter Verzicht statt Verzicht auf Grenzen- wollen die reichen Industrieländer nicht wahrhaben. Anders herum weigert sich die große Mehrheit der Entwicklungsländer auch nur über die Begrenzung von Steigerungsraten beim CO2- Ausstoß zu reden, solange bei den nördlichen Mitmenschen keine Bereitschaft zum Verzicht auf weiteren exzessiven Zukunftsverbrauch zu erkennen ist.

Die Entwicklungsländer sehen, wie widersprüchlich das Engagement der selbsternannten Weltklimaavantgarde wie etwa Deutschland ist. Zwar hat man sich hierzulande vorgenommen, bis zum Jahr 2005 den CO2- Ausstoß um 25-30% zu reduzieren. Nur, das Wie bleibt im dunkeln. Denn das einzige, was die Politik den Wählern zu sagen bereit ist, ist folgendes: Wegen der globalen Erwärmung geht es so mit uns nicht mehr weiter, darum machen wir genauso weiter wie bisher, nur viel effizienter. Doch wissen die Umweltpolitiker der sogenannten Dritten Welt, daß beispielsweise im Straßenverkehr alle Effizienzerfolge durch Mengenzuwachs aufgefressen wurden: Unsere Autos verbrennen das raffinierte Öl immer effizienter; dafür werden aber immer mehr, immer schwerere und

In den nächsten vier Ausgaben werden die "blätter" in einer kleinen Serie einige Problemfelder aus dem Bereich "Ökologie und Dritte Welt" analysieren. Geplant sind Artikel zu den Themen "Bevölkerungswachstum und ökologische Krise" (siehe den folgenden Beitrag von Gabriele Simon), Giftmüllexporte, Tropenwaldzerstörung und Energieproblematik. Außerdem beginnt mit diesem Heft die Serie "UNCED-Info", in der aktuelle Informationen und Adressen zur Kampagne anläßlich der UN-Umweltkonferenz im Juni 1992 in Rio de Janeiro, zu der Bernd Ulrich in seinem Kommentar eine erste Einschätzung gibt, zugänglich gemacht werden sollen. Dieser Serie soll im Mai 1992 ein Schwerpunktheft der "blätter" zum Thema "UNCED'92" folgen. Aktuelle Hinweise sind der Redaktion in diesem Zusammenhang sehr willkommen.

immer schnellere Autos gekauft. Wenn man dann noch den im Zuge der EGisierung zu erwartenden Zuwachs des Verkehrsvolumens in Deutschland um 70% hinzunimmt, so hinterläßt das bei den Verhandlungen am grünen Tisch den Argwohn, es handele sich nur um einen gigantischen Klimabluff.

Nach zwei Vorbereitungskonferenzen für die global als äußerst bedeutsam eingestufte UNCED ist kaum eine Bewegung in der festgefahrenen Klimadiskussion zu erkennen. Der Verhandlungssommer'91 verlief enttäuschend. Das PREPCOM (Preparation Committee for the United Nation Conference on Environmnent and Development) in Genf hat so wenig wie das INC, das Intergovernmental Negotiation Committee, in Nairobi einen Ausweg gefunden. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen UNEP hat an Bedeutung ziemlich verloren. Das ihr zugeordnete IPCC (International Panel for Climate Change), mit ihren drei WGs (Working Groups) ist zur Beratungsorganisation für das INC geworden. Da aber die Entwicklungsländer mit keiner Veranstaltung zufrieden sind, bei der nicht auch über Entwicklung verhandelt wird, muß alles noch von der UNCED zusammengeführt werden, die so aufwendig ist, daß sie wiederum ein eigenes Vorbereitungskomitee braucht. Wer sich das nun wie eine Arbeitsgruppe vorstellt, liegt falsch. Tatsächlich schicken über 100 Länder Delegationen, zuzüglich nicht-staatlicher Organisationen, Dolmetscher und Presse. Wichtiges entschieden wird dazwischen auf den G-7-Treffen. Doch da ist die Dritte Welt wieder nicht vertreten... Kurz: Es herrschen Chaos, Ineffizienz, Unüberschaubarkeit. Solch institutionelle Hypertrophie könnte auch allein durch einen UN- Umweltrat nach dem Vorbild des Sicherheitsrates nicht überwunden werden.

Die einen möchten womöglich nur über CO2, die nächsten über alle Spurengase reden, den dritten liegt mehr an der Entwicklung. Wenn uns unsere Kinder dereinst fragen, wer denn für die Erwärmung des Klimas verantwortlich ist, können wir dann sagen: UNCED-EFTA-EG-UNEP-INC-PREPCOM-GATT-IWF-IPCC war's und die Weltbank natürlich.

Können 50000 Menschen gemeinsam etwas sinnvolles tun, außer ein Fußballspiel anschauen oder Karneval feiern? Die sich da im nächsten Sommer in Rio treffen, sollen beides nicht tun, sondern unter anderem eine Weltklimakonvention verabschieden. Doch es steht für die UNCED zu befürchten, daß die Welt damit den absurden Höhepunkt an bürokratischer Übertreibung bei gleichzeitiger Untätigkeit in der Sache, also klimapoltische Stagflation, erlebt. So viele Menschen sind sicher ein Segen für brasilianische Taschendiebe, ein Segen fürs Weltklima sind sie gewiß nicht. BUND-Chef, Hubert Weinzierl hat jedenfalls für sich eine einfache Lösung gefunden: "Ich fahre nicht nach Rio!"

Der Bundeskanzler hingegen hat eigens zur Vorbereitung der UNCED in Rio eine nationale Kommission geschaffen, in der alles vertreten ist, was in Deutschland umweltpolitisch bedeutend ist. Helmut Kohl bereitet sich auf seinen Auftritt als Weltumweltkanzler vor. Seine Chancen stehen nicht schlecht, gehören die Deutschen klimapolitisch doch zu den Einäugigen. Nur was bringt das fürs Klima und was hat die große Umarmung für Auswirkungen auf die hiesige Umweltbewegung?

In der internationalen Klimadebatte herrscht bis dato eine Babylonische Sprachverwirrung. Nur damit der eine Satz nicht deutlich hörbar ist:"Der Lebensstil der reichen Mittelklasse ist ökologisch nicht tragfähig."

Bernd Ulrich

Gekürzte Fassung mit freundlicher Genehmigung aus: Freitag vom 27.9.91

Wieviel ist zuviel?

Bevölkerungswachstum und ökologische Krise

Überbevölkerung ist keine absolute Größe. Wieviele Menschen eine Region verkraften kann, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Einer davon ist die Tragfähigkeit ihres Ökosystems. Häufig ist Überbevölkerung nicht Grund, sondern Folge einer Umweltzerstörung, deren Ursachen in verfehlter Entwicklungs- und Agrarpolitik gesucht werden müssen.

DIE ZEIT — DOSSIER

Die Erde ist voll

Heute leben auf der Welt 5 300 000 000 Menschen. In fünfzig Jahren wohl doppelt so viele. Ökokollaps und Armutskriege drohen. Ein zweiteiliger Bericht über Bevölkerungswachstum und Geburtenkontrolle.

Von Michael Sontheimer

Vereinfachungen gehören zum Handwerk der Medien, aber bisweilen sind sie einfach fatal. "Die Erde ist voll", so der Titel eines 'Zeit'-Dossiers über die Probleme des raschen Bevölkerungswachstums in der Dritten Welt. In der Unterzeile heißt es lapidar: "Ökokollaps und Armutskriege drohen". Auch die Umweltzeitschrift 'natur' präsentiert (er)schlagende Einsichten: "Für das Jahr 2100 rechnen Experten mit elf bis vierzehn Milliarden Erdenbewohnern, und das ist zuviel für den Globus." Das ist zuviel, Punkt. So viel gedruckte Objektivität läßt kaum Platz zum Nachdenken über Lösungen - darüber zum Beispiel, wie wir die 'Eine Welt' gestalten müßten, damit elf Milliarden Menschen auf und von der Erde leben können, ohne Kollaps und ohne Kriege.

Wieviel ist zuviel? Unter welchen Umständen verwandelt sich Bevölkerungswachstum in "Überbevölkerung"? Fragen, die hinter den mediengerechten Gewißheiten über das "Zuviel" und der Forderung nach Eindämmung der Menschenflut verschwinden.

Was ist Ursache, was ist Wirkung?

Auf die Frage nach dem Zuviel, nach einer absoluten Obergrenze der Weltbevölkerung, gibt es keine einfachen Antworten. Wissenschaftler sprechen von der "Tragfähigkeit" und meinen damit die Anzahl der Personen, die bei gegebener Technologie, gegebenem Konsumverhalten und gegebener Sozialordnung dauerhaft in einer Region leben können, ohne bleibende Umweltschäden zu verursachen.

Die so definierte Tragfähigkeit kann sich erhöhen oder verringern, je nachdem, wie sich Technologie, Konsum und Szialstruktur entwickeln. Die Tragfähigkeit Amazoniens z.B. ist überschritten, weil zuvile Menschen in diese Region hineinströmen und sie mit falschen Technologien und Methoden bearbeiten. Die Tragfähigkeit ganz Brasiliens bietet aber noch große Spielräume. Sie würde sich erhöhen, wenn das Land gerecht verteilt würde, wenn statt Soya und Zucker, statt Avocados und Mangos für den Bedarf des Nordens, Grundnahrungsmittel für die Brasilianer produziert würden.

"Überbevölkerung" kann demnach verschiedene Ursachen haben. Sie entsteht, wenn die Bevölkerungszahl die Tragfähigkeit einer Region überschreitet, aber auch, wenn die natürliche Tragfähigkeit durch umweltzerstörende Technologien verringert wird oder wenn die bestehende Sozialordnung einen intelligenten Umgang mit den natürlichen Ressourcen verhindert. Forscher in der Dritten Welt machen seit Jahren verstärkt auf den Teufelskreis von Umweltzerstörung, wachsender Armut und weiterer Umweltzerstörung aufmerksam, der die betroffenen Regionen schließlich ökologisch ruiniert und damit auch "überbevölkert" zurückläßt.

"In unserer Region beobachten wir zunehmend, daß Armut sowohl Ursache als auch Folge von lokaler Umweltzerstörung ist", schreibt die 'Latin American and Caribbean Comission on Development and Environment' in einer Studie über die Umweltsituation Lateinamerikas. "Dieser Zusammenhang von Armut und Ausbeutung der natürlichen Ressourcen verweist auf einen weiteren: die Beziehung zwischen den Auslandsschulden und den Umweltproblemen der Region." Man kann diese These auch weiter fassen: "Überbevölkerung" kann sowohl Ursache als auch Folge von Umweltzerstörung sein. Es lohnt sich daher, die ökolo-

gischen Folgen der westlichen Entwicklungsstrategien in der Dritten Welt auf diesen Zusammenhang hin zu überprüfen.

Grüne Revolution und Überbevölkerung in Indien

In ihrem Buch "Das Geschlecht des Lebens" analysiert die indische Ökologin Vandana Shiva mit beeindruckender Genauigkeit, wie westliche Modernisierungsstrategien das ökologische Gleichgewicht zerstörten und so die Grundlagen für "Überbevölkerung" legten. Das prominenteste Beispiel dieses Fortschritts in Indien, die Grüne Revolution, hat die Umweltbelastung durch die Landwirtschaft innerhalb weniger Jahre vervielfacht.

Ungeahnte ökologische Folgen hatte zum Beispiel die Umstellung von traditionellen Grundnahrungsmitteln auf die Produktion von Exportgemüse, denn das Stroh aus dem Getreideanbau war in den kleinbäuerlichen Haushalten eine wichtige Quelle für Viehfutter gewesen. "Die Umstellung auf den Exportanbau von Gemüsen bringt zwar Geld", schreibt Vandana Shiva, "zerstört aber diese Futter- und Nahrungsquelle des bäuerlichen Betriebs. Sofort verdreifacht sich daher der Druck, Futter aus dem Wald zu holen; der Bedarf ist so hoch, als habe sich die Bevölkerung verdreifacht."

"Das Futtersammeln wiederum führt zur stärkeren Entwaldung und zu einem Anstieg der Erosionsrate für Boden und Wasser." Indiens Bevölkerung wächst jährlich um etwas mehr als zwei Prozent. Der westliche Fortschritt in Form von Exportgemüse brachte dagegen eine Erhöhung der Belastung der natürlichen Ressourcen, die einer Verdreifachung der Bevölkerung entspricht!

Als zentrales ökologisches Problem der Grünen Revolution erwies sich jedoch der hohe Wasserverbrauch der hochertragsorientierten Landwirtschaft. "Die HYV-Weizensorten zum Beispiel benötigen etwa dreimal soviel Wasser wie die einheimischen Sorten", schreibt Vandana Shiva. Die Grüne Revolution machte den Ausbau der Intensivbewässerungswirtschaft erforderlich, der sich in Teilen des Landes mittlerweile als Ursache einer ökologischen Katastrophe entpuppte: Raubbau am Grundwasser, gigantische Bewässerungsprojekte, wie Staudammbauten, Flußbegradigungen und - eindeichungen, die den natürlichen Wasserkreislauf zerstörten.

Am Beispiel des Distrikts Kalahandi in Orissa schildert Vandana Shiva die Konsequenzen des Raubbaus am Grundwasser infolge einer kommerziell orientierten Landwirtschaft. "Noch vor 30 Jahren gab es in Kalahandi riesige grüne Waldgürtel mit einem reichen Teak- und Salbaumbestand, die den Volksstämmen dort ein Auskommen ermöglichten. Heute sind von den 2842 Dörfern Kalahandis 830 vom Wüstensand verschluckt. 190 Dörfer sind inzwischen menschenleer. Ein Teil der Bevölkerung wanderte in die Städte ab, ein anderer zog sich in Waldgegenden zurück und versucht, sich mit eßbaren Wurzeln und Früchten am Leben zu halten . . . Es bestehen kaum mehr Arbeitschancen, und es gibt fast keine Mittel, den Lebensunterhalt zu bestreiten. Die Adivasi, Harijans und andere arme Volksgruppen, die von Waldprodukten leben, verlassen bereits fluchtartig ihre ausgedörrten Lebensräume. Man schätzt, daß in den letzten fünf Jahren 40.000 Menschen aus Angst vor dem Hungertod diesen Distrikt verlassen haben." "Kalahandi ist zum Äthiopien Indiens geworden und ist heute eine tote Region."



Fortschritt. Ein Drittel des künstlich bewässerten Landes in Indien ist durch Versalzung unbrauchbar geworden. In den trockenen Zonen führt die Intensivbewässerung zu Desertifikation und Wassernotstand. Wo der natürliche Wasserkreislauf zerstört wurde, häufen sich "Naturkatastrophen", Gebiete, die früher regelmäßig überflutet wurden, sind heute ganzjährig überschwemmt. Andere haben sich in Wüste verwandelt. Nichts wächst mehr.

Tatsächlich sind diese Regionen jetzt "überbevölkert". Die Tragfähigkeit ihrer Ökosysteme wurde durch marktorientierte Modernisierungsprogramme weitgehend zerstört. Die ländliche Bevölkerung ist heute dazu verdammt, diesen Zerstörungsprozeß fortzusetzen und die verbliebenen natürlichen Ressourcen, z.B. die Restwälder, zu übernutzen. Unter solchen Umständen kann das Bevölkerungswachstum tatsächlich nur zur Beschleunigung dieses Zerstörungsprozesses beitragen. Aber es ist schon eine verwegene Verdrehung von Ursache und Wirkung, das Bevölkerungswachstum hier zur Hauptursache der Umweltzerstörung zu erklären.

Bemerkenswert ist, daß internationale Organisationen wie die Weltbank oder der UN-Bevölkerungsfonds, die die These von der "Schlüsselrolle" des Bevölkerungswachstum bei der Zerstörung der Böden und der Wälder geprägt haben, über diese Zusammenhänge kein einziges Wort verlieren. Es ist natürlich einfacher, über den Kinderreichtum in der Dritten Welt zu schimpfen, als die herrschenden Konzepte von Fortschritt und Entwicklung, von Weltwirtschaft und Modernität gründlich in Frage zu stellen.

Entwicklungsblockaden in Afrika

"Welchen Anteil an der Krise Afrikas hat eigentlich der Faktor Bevölkerungsentwicklung", fragt die afrikanische Umweltorganisation ENDA (Environnement et Developpement du Tiers Monde, Senegal) "Wenn das Wirtschaftswachstum durch das Bevölkerungswachstum blockiert wurde, dann müßten doch die weniger dicht besiedelten Gebiete einen geringeren Wohlstandsverlust erlitten haben? Aber davon ist nichts zu sehen . . . Die Gebiete mit den größten Umweltzerstörungen sind keineswegs identisch mit denen, wo das stärkste Bevölkerungswachstum zu verzeichnen ist."

Afrika, der "Hungerkontinent", dessen rasches Bevölkerungswachstum unausweichlich in die Katastrophe führt, wie uns Bevölkerungspolitiker und der größte Teil der Medien einträchtig versichern? Die Fakten scheinen für sich zu sprechen: das Bevölkerungswachstum erhöht den Druck auf die oft empfindliche natürliche Basis, beschleunigt Bodenerosion und Waldzerstörung. Doch auch hier fallen die Antworten anders aus, wenn die

Fragen anders gestellt werden: Warum muß die wachsende Bevölkerung in Teilen Afrikas den Boden und die Wälder übernutzen? Oder, anders gefragt: Warum entwickeln sich mit der zunehmenden Bevölkerung keine zusätzlichen Erwerbsquellen, die eine Alternative zur Landwirtschaft bieten könnten? Warum findet eine Entwicklung des Handwerks und anderer Wirtschaftszweige in den ländlichen Regionen kaum statt?

Walter Michler hat in seinem "Weißbuch Afrika" ausgerechnet, daß die Bauern Schwarzafrikas zwischen 1980 und 1986 einen landwirtschaftlichen Handelsbilanzüberschuß von 52 Milliarden Dollar produzierten. "Diese Gelder setzten die Eliten jedoch nicht für eine an den Grundbedürfnissen orientierte Entwicklung auf breiter Front ein, sondern opferten sie ihren eigenen Konsumansprüchen sowie denjenigen der Stadtbevölkerung". Die Bauern gingen leer aus.
Während in den städtischen Ballungszentren Industrien aufgebaut wurden, stagnierten die ländlichen Regionen, in denen die traditionellen Grundnahrungsmittel produziert werden. So konnten mit der wachsenden Bevölkerung keine zusätzlichen Produktivkräfte entstehen, lediglich zunehmender Druck auf die natürlichen Lebensgrundlagen.

Die ungelösten Probleme des Bevölkerungswachstums verweisen auch hier auf Entwicklungsstrategien, die auf den Import westlicher Technologien setzten, die soziale Ungleichheit und wirtschaftliche Polarisierung hervorbrachten und die kleinbäuerlichen Produzenten von Grundnahrungsmitteln marginalisierten. Nach Berechnung der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) könnte Afrika mit einem mittleren landwirtschaftlichen Produktivitätsniveau, das keinerlei Mechanisierung und nur einen mäßigen Einsatz von Düngemitteln vorsieht, ausreichend Nahrung für 4,5 Milliarden Men-



schen produzieren. Auch wenn man davon die Hälfte abzieht, um Wälder und andere fragile Ökosysteme zu schützen, bleiben genügend Nahrungsmittel für 2,25 Milliarden Menschen, beinahe das 4-fache der heutigen Bevölkerung Afrikas.

Nahrung für 15 Milliarden Menschen

In ihrer breit angelegten Studie zur Ernährungssituation der Dritten Welt hat die FAO Anfang der 80er Jahre drei Modelle durchgerechnet, die jeweils auf einem unterschiedlichen Niveau der landwirtschaftlichen Produktivität basieren. Ein hohes technologisches Niveau vorausgesetzt, könnte der Boden der Dritten Welt demnach 33 Milliarden Menschen ernähren, bei einem mittleren Niveau wären es 15 Milliarden, bei niedrigem Niveau 5,6 Milliarden.

Das hohe und das niedrige Niveau können wir vergessen, denn beide sind unter ökologischen Gesichtspunkten nicht vertretbar. Das hohe Niveau, weil es die völlige Chemisierung und Mechanisierung der Landwirtschaft der Dritten Welt voraussetzen würde, das niedrige Niveau, weil hier keinerlei Maßnahmen zu Bodenerhaltung und zur Verbesserung der Produktionsmethoden vorgesehen sind.
Das mittlere Produktionsniveau jedoch wird wie folgt definiert: teilweise Umstellung des Anbaus auf eine bessere Produktmischung, begrenzter Einsatz von Düngemitteln, einige Maßnahmen zur Bodenerhaltung, Handarbeit und Einsatz von Zugtieren, Eigenbedarfsproduktion plus Vermarktung von Überschüssen. Für einen behutsamen Umgang mit der Natur bietet dieses Modell genügend Spielraum.

Das verblüffende Ergebnis der Studie: Eine vernünftige Agrarpolitik vorausgesetzt, könnte die Dritte Welt ausreichend Nahrung für 15 Milliarden Menschen produzieren, ohne die umweltfeindliche Produktionsweise der Industrieländer übernehmen zu müssen. Die gesamte Weltbevölkerung wird auf 11 Milliarden, möglicherweise auf 14 Milliarden Menschen anwachsen. Berücksichtigt man noch die Landfläche der Industrieländer, dann bleiben offensichtlich reichlich Spielräume für Flächenstillegungen, Erhaltung der Wälder, höheren Konsum und eine "Abrüstung" der hochtechnisierten Landwirtschaft des Nordens.

Das alles bedeutet nicht, daß das rasche Bevölkerungswachstum keine Probleme schafft, doch die Lösungsstrategien liegen eigentlich auf der Hand: eine gleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung, die sich an den Grundbedürfnissen statt am Weltmarkt orientiert, könnte soziale Ungleichheit und wirtschaftliche Polarisierung abbauen; statt westlichen "Fortschritt" zu finanzieren, müßte es darum gehen, die traditionellen ökologischen Produktionsweisen weiterzuentwickeln, die einen sparsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen ermöglichen; die Last der Auslandsschulden und andere weltwirtschaftliche Zwänge, die den Prozeß der Umweltzerstörung beschleunigen, müßten abgebaut werden. Damit könnten nicht nur die Probleme des Bevölkerungswachstums gelöst, sondern auch die sozialen Voraussetzungen für seine Verlangsamung geschaffen werden. Die mächtigen internationalen Organisationen wie IWF und Weltbank halten indessen an einer Politik fest, die das genaue Gegenteil bewirkt. Die Weltbank hat den vorrangigen Kampf gegen die "Bevölkerungsexplosion" mittlerweile auf ihre Fahnen geschrieben - gleichzeitig finanziert sie gigantische, kapitalintensive Staudammprojekte, die Zig-tausende von Ureinwohnern aus ihren Lebensgebieten vertreiben.

Wieviele von ihnen landen schließlich - als "überschüssige" Bevölkerung - in den Elendsvierteln der Städte? Der IWF zwingt die Länder der Dritten Welt zu wirtschaftlichen "Sanierungsprogrammen", mit denen exakt jene sozialen Bedingungen geschaffen werden, die eine Lösung der Probleme des Bevölkerungswachstums verhindern: verschärfte soziale Ungleichheit, erhöhter Exportdruck und der Zwang zur schonungslosen Ausbeutung der natürlichen Ressourcen. Hier bestätigt sich der Verdacht, den die afrikanische Organisation ENDA in einem Papier zur Bevölkerungsproblematik ausdrückte: "Eine Politik, die primär darauf ausgerichtet ist, die Anzahl der Geburten zu reduzieren, dient zumeist als Alibi dafür, die viel größeren Probleme nicht angehen zu müssen."

Gabriela Simon



UNCED-Info (1)



Kein Recht auf Entwicklung?

Auf den ersten beiden Sitzungen des Vorbereitungskomitees (Prepcom) zur UNCED '92 wurde eine Kluft zwischen den Interessen von Industrie- und Entwicklungsländern deutlich. Die Entwicklungsländer befürchten, daß sie die Hauptlast dessen zu tragen haben werden, was an Maßnahmen auf der UNCED- Konferenz im Juni 1992 in Rio beschlossen werden wird.

Insbesondere in der Diskussion über die Verantwortung für die Emissionen von klimaschädlichen Gasen in die Atmosphäre ist eine Tendenz deutlich zu spüren, das Postulat, wonach die Industrieländer die Hauptverantwortung für diese Emissionen und damit auch für deren Beseitigung tragen, immer mehr aufzuweichen.

Besonders deutlich wurde dies an dem jüngsten Jahresbericht des einflußreichen US-amerikanischen World Resources Institute (WRI) "World Resources 1990-91: A Guide to the Global Environment", der zu folgendem Fazit gelangt: "Die Quellen der Treibhausgase sind über die ganze Welt verteilt, wobei sich Industrie- und Entwicklungsländer die Hauptverantwortung für die Emissionen teilen."

Zu diesem Ergebnis gelangt das WRI aufgrund fragwürdiger statistischer Daten und Methoden. So listet das WRI die Emissionen der einzelnen Staaten in ihrer Gesamtheit auf. Dadurch rutschen bevölkerungsreiche Entwicklungsländer wie beispielsweise Indien und China auf der Liste der "Klimaschädlinge" weit nach oben. Verschleiert wird so der einfache Sachverhalt, daß der durchschnittliche US- Amerikaner oder Europäer nach wie vor ein Vielfaches der Treibhausgase produziert, die von einem Inder oder Chinesen verursacht werden.

Durch solche statistischen Tricks stellt sich das Problem der Erwärmung der Erdatmosphäre plötzlich nicht mehr als das eines verschwenderischen Umgangs der Industriestaaten mit "ihrer" Energie dar. Sie werden ja ohnehin aufgrund ihrer überlegenen Technik bald in der Lage sein, effizientere Nutzungsformen zu entwickeln. Nein, die Gefahr liegt nun in der weiteren wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung der Staaten der Dritten Welt, die es, um des lieben Klimas willen, zu verhindern gilt.

Kein Wunder also, daß die Skepsis der Regierungen der Entwicklungsländer hinsichtlich UNCED'92 wächst. Auf einer Konferenz von 41 Staaten der Dritten Welt in Peking im Juni dieses Jahres betonten die anwesenden Regierungen, daß zu beschließende Maßnahmen zum Schutz der Umwelt das Recht der Entwicklungsländer auf Entwicklung nicht beeinträchtigen dürften. Kofi Awoonor, Vorsitzender der Gruppe der 77, erklärte in der zweiten Sitzung des Prepcoms: "Das fundamentale Problem der weltweiten wirtschaftlichen Ungleichheit bleibt die wesentliche Ursache für die Armut der Dritten Welt, die wiederum die ökologische Zerstörung begünstigt...Wir sind der festen Überzeugung, daß die unhaltbare Situation, in der die Industriestaaten unsere Produkte faktisch konfiszieren, indem sie Preise dafür bezahlen, die nicht im entferntesten denen entsprechen, die sie für ihre Produkte verlangen, nicht einen Tag länger aufrecht erhalten werden darf."

Die UNCED'92 droht, wie vergleichbare Konferenzen zuvor, sich in einem Geflecht unterschielicher ökonomischer Interessenlagen hoffnungslos zu verheddern. Die vielbeschworene Versöhnung von Ökonomie und Ökologie droht dabei auf der Strecke zu bleiben.

Michael Knüfer

Adressen und Infos

- Der Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung wird in den kommenden Monaten einige UNCED-Sonderdienste herausgeben. Im ersten Teil beschreibt Christian Radtke die internationale ÖKO-Debatte seit der Stockholmer Umweltkonferenz vor 20 Jahren. Bezug: W.E.E.D., Informations- und Service-Centre, Siegfried-Leopold-Str.53, 5300 Bonn 3.
- Der UN-Non-governmental Liaison-Service publiziert eine Serie von Informationsblättern zu UNCED mit dem Titel "E&D File'92". Bezug: UN-NGLS, Palais des Nations, CH-1211 Geneve 10.
- Informationen zu Verhandlungsablauf, Organisationsstruktur sowie nützliche Adressen enthält der monatliche Newsletter "Network'92". Bezug: Centre for our Common Future/IFC, Palais Wilson, 52 Rue des Paquis, CH-1211 Geneve.
- Die Konferenz der NGO's gibt eine unabhängige NGO-Zeitung zu UNCED heraus. Titel: Crosscurrents. Bezug: CONGO, C.P. 50, CH- 1211 Geneve.
- Offizielle UNCED- Dokumente können bezogen werden über: United Nations Conference on Environment and Development (UNCED), Secretariat, C.P.80, Conches, Switzerland.
- Getragen von BUND und DNR existiert eine Projektstelle der bundesdeutschen Umweltgruppen zur Vorbereitung auf UNCED. Kontakt: BUND, Frau Unmüßig, Im Rheingarten 7, 5300 Bonn 3, Tel.0228/400970
- Informationen zur internationalen Vernetzung sind erhältlich über: Alliance of Northern Peoples for Environment & Development (ANPED), Sekretariat, Herr Wahl, c/o W.E.E.D., Siegfried- Leopold-Str.53, 5300 Bonn 3, Tel.0228/470806.

Letzte Chance für den Regenwald

Neben einer Klimakonvention und einer Konvention zur Erhaltung der Artenvielfalt soll auf der UNCED'92 auch eine Konvention zum Schutz der tropischen Regenwälder unterzeichnet werden. Die von den entsprechenden Arbeitsgruppen hierzu erarbeiteten Papiere werden von der internationalen Umweltorganisation "Friends of the Earth" heftig kritisiert.

In der Analyse der Ursachen der Tropenwaldzerstörung blieben die diversen makroökonomischen Bedingungen (Verarmung, Verschuldung etc...), die den Boden für die Zerstörungen erst bereiten, völlig unterbelichtet. Auch die Verantwortung des internationalen Tropenholzhandels werde als gering veranschlagt. Demgegenüber richteten auch die Arbeitsgruppen der UNCED ihr Hauptaugenmerk auf die Brandrodung, die, so die Friends of the Earth, weit überschätzt werde.

Besonders bedenklich sei die Tatsache, daß die Rolle der Wälder als Lebensraum für zahlreiche Menschen nicht genügend berücksichtigt werde. Bezeichnend sei in diesem Zusammenhang die Nichtbeteiligung von VertreterInnen der Waldvölker an der Vorbereitung der Arbeitspapiere. Schließlich werde die allererste Priorität, der Schutz noch intakter Regenwälder vor Zerstörung, in den Papieren nicht einmal erwähnt.

All dies zusammengenommen lasse, so die Friends of the Earth, befürchten, daß die UNCED'92 die letzte Chance zur Rettung der Regenwälder verpassen werde.

Michael Knüfer

Die Sturmflut und die Apokalypse

Die Bilder von der verheerenden Flutkatastrophe, die am 29./30. April die Deltaregion Bangladesch überzogen hat, lösten zwiespältige Reaktionen aus: einerseits den Wunsch hinzueilen und zu helfen, andererseits einen genau entgegengesetzten Impuls: Distanzierung und Fügung in die angebliche Unausweichlichkeit der Naturkatastrophe.

Bei etwas kritischeren Zeitgenossen, die den Zyklon nicht als Naturereignis, sondern als Vorboten der totalen Klimakatastrophe sahen, wurden Weltuntergangsvisionen belebt. Beide Wahrnehmungsmuster machen die betroffenen Menschen zu bloßen Objekten.

Der folgende Artikel zeigt, daß es durch Untätigkeit und eine falsche Prioritätensetzung überhaupt erst zu der Katastrophe kam. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, an Ort und Stelle für einen besseren Schutz der Menschen der Deltaregion zu sorgen.



Bangladesch sei ein 'Faß ohne Boden'. Mit diesem Vergleich meinte Henry Kissinger Mitte der 70er Jahre die Tatsache erklären zu können, daß Millionen Dollar von Entwicklungshilfe spurlos verschwunden seien. Bangladesch ist tatsächlich ein Faß ohne Boden, allerdings ein Faß, in das die Visionen des Fernsehzuschauers ohne Begrenzung hineinfließen können.

Angesichts ungebändigter Naturgewalten fällt das zivilisierte Bewußtsein zurück in archaische Reaktionen. Sie verknüpfen sich mit rassistischen Visionen des Untergangs. Die Deltabewohner befinden sich innerhalb der Evolutionshierarchie auf einer niedrigen Stufe, da sie gezwungen sind, wie "amphibische Lebewesen" zu leben, sie sind dem zukünftigen ökologischen GAU hilflos ausgeliefert. Wie in grauen Vorzeiten, in den Zeiten der Menschwerdung, sind die Lebewesen Opfer grausamer Naturgewalten, des "Amoklaufs der Natur". (GEO, Nr. 7/91)

Der Tod und das Elend in einem Land wird mystifiziert, ins Überdimensionale vergrößert und dadurch verharmlost. "Mit den biblischen Plagen ... scheint Bangladesch verdammt, zum Schauplatz der Apokalypse zu werden." (Spiegel, 20/91) Ein ganzes Land steht vor dem Untergang, es wird vom Weltmeer verschluckt, so wie einst ganz Ninive und Babylon vom Zorn Gottes zerstört wurden. Von der "Sintflut, die schon begonnen hat" (GEO, Nr. 7/91) ist die Rede. "Die Inseln in der Meghna-Mündung, die mit Tausenden ihrer Einwohner im Meer versanken, werden bald mit mehr Menschen als je zuvor beladen sein. Der gewaltsame Tod ist diesen Menschen sicher." (taz, 6.5.91)

Diese Untergangsvisionen sind Resultat einer Projektion von einem untergründigen Katastrophenbewußtsein. Es verschafft sich eine Projektionsfläche, auf die die Katastrophen, die ihren Ursprung in unserem Alltag haben, die sich aber nicht zu einem Bild verdichten, übertragen werden.

Endlich wird das Unsichtbare der Katastrophe sichtbar. Wir verdrängen die Bilder unserer eigenen Katastrophe und lassen sie neu dort entstehen, wo sie sichtbar ist, uns aber nicht mehr zu Tode erschrecken kann.

Es ist leichter um den fernen Tod zu trauern als über den nahen Tod derer zu verzweifeln, die sinnlos am Herzinfarkt, an Krebs, am Arbeitsplatz, am Alkohol, im Straßenverkehr und am Smog sterben.

Es ist leichter, den Tod durch biblische Metaphern zu mystifizieren und als Schicksal zu entrücken, als zu versuchen, dort, wo er menschengemacht ist, seine Vermeidbarkeit und damit seine Sinnlosigkeit zu begreifen.

".. die Lücke, die der Todeszyklon riß, wird Ende Mai schon wieder geschlossen sein. Ab Juni wächst dann die Bevölkerung wieder." (Spiegel, 20/91). Der Projektionsvorgang kommt zu seinem zynischen Ende und die Katastrophe gewinnt die Ausmaße einer antiken Tragödie, in der der Mensch sich in den Fallstricken des Mythos bewegt. "Der wohl tragische

Aspekt der gegenwärtigen Katastrophe in Bangladesch ist, daß sie nicht zu verhindern war." (dpa, 2.5.91)

Die Wahrnehmung von Katastrophen in Bangladesch ist ein Detail in der permanenten Gehirnwäsche, die die durch die Massenmedien Behandelten hilflos zurückläßt. Unabhängig davon ob diese Wahrnehmung einem sozialdarwinistischen Weltbild oder einem kritischen Bewußtsein entspringt, in beiden Fällen ist die Reduzierung von Menschen zu bloßen Abziehbildern in einem apokalyptischen Szenarium das Resultat.

Erfolg der Katastrophenhilfe

Die Berichterstattung innerhalb und außerhalb Bangladeschs über die letzte Flutkatastrophe am 29.4./30.4.91 wies warnend auf die nun ausbrechenden Seuchen und auf drohende Hungerkatastrophen hin. Es "werden wohl noch Zehntausende sterben, deren Brunnen, Vorräte und Felder verwüstet sind" (Spiegel, 20/91). Befürchtet wurde eine innenpolitisch chaotische Situation, da eine neue Regierung erst seit einigen Wochen im Amt war und die neue Ministerpräsidentin, Khaleda Zia, als völlig unerfahren in der Handhabung der Staatsverwaltung galt.

Es kam nicht zu den befürchteten Seuchen und der Hungerkatastrophe. Sahid Mhamud, der eines der beiden Koordinierungsbüros der Nichtregierungsorganisationen leitete, spricht von einem Erfolg der Katastrophenhilfe. *"Die Prognosen besagten, daß Tausende verhungern und an Krankheiten sterben werden. Das ist nicht geschehen. Nur eine relativ kleine Zahl von Menschen starb nach der Sturmflut in der gesamten betroffenen Region zwischen Barisal und Teknaf. In der Region von Cox Bazar starben vielleicht einige Hundert an Durchfallerkrankungen oder verhungerten. Uns war von Anfang an die Gefahr bewußt, daß Lebensmittel und Wasser verdorben sind und es daher zu tödlichen Durchfallerkrankungen kommen kann. Auch der Bevölkerung war diese Gefahr bewußt. Die NROs verteilten deshalb in großen Mengen ORS und andere Salzlösungen und Medikamente."*

Voraussetzung für diesen 'Erfolg' war zum einen die schnelle und effektive Reaktion der Nichtregierungsorganisationen und lokaler privater Initiativen. Von ihnen wurden die ersten Hilfsaktionen durchgeführt. Erst sieben Tage nach der Sturmflut befand sich die Armee Bangladeschs im Katastrophengebiet im Einsatz. Die Regierung verhinderte einen schnelleren Einsatz, um sich die Organisation der Hilfsmaßnahmen nicht aus den Händen nehmen zu lassen. Sie war entgegen den Befürchtungen organisatorisch in der Lage, die anlaufenden Hilfsmaßnahmen zu koordinieren.

Die Bangladesch Aid Group, in der sich unter der Schirmherrschaft der Weltbank fast alle wichtigen Geberländer und -institutionen zusammengeschlossen haben, bewilligte 2,4 Mrd.$ Entwicklungshilfe für 1991. Schließlich hielten sich über 10.000 Soldaten der US Navy, die zuvor am Krieg gegen den Irak beteiligt waren, zwei Wochen zur Katastrophenhilfe in Bangladesch auf. Der als Operation Sea Angle bezeichnete Einsatz stabilisierte zusätzlich die Position der Regierung.

Ende Mai, als sich diese Entwicklung abzeichnete, waren allerdings die Mehrzahl der Medienvertreter bereits nach Indien weitergezogen zum Schauplatz der Ermordung von Rajiv Ghandi, um über den Ausgang der Parlaments- und Staatswahlen zu berichten. Die Katastrophenhilfe war hingegen kein Thema. Was sich stattdessen erneut fest einprägte, war das Bild von Bangladesch als einem Land der permanenten Katastrophen. Im Gegensatz zu früheren Berichten über 'Naturkatastrophen' trat dieses Mal allerdings ein neuer Faktor hinzu, der dieses Bild vervollständigte: die globale Klimazerstörung würde einen Großteil des Landes in einigen Jahrzehnten unbewohnbar machen und führe schon jetzt zu häufigeren und intensiveren Sturmfluten.

Ein Mitglied der Klima Enquete Kommission der Bundesregierung, der SPD MdB Michael Müller prophezeit die "ökologische Verrottung" des Landes (M. Müller, Pressemitteilung Juni 91). "Europäer können höhere Deiche bauen. Bangladesch hat gegen die Fluten keine Chancen", wenn nicht sofort drastische Schritte zur Abwendung der Klimakatastrophe unternommen würden.

Keine Chance?

"Wenn der Meeresspiegel um einen Meter steigt, müssen wir unsere Deiche um ein Meter erhöhen und endlich diejenigen Maßnahmen umsetzen, die es ermöglichen mit Überschwemmungen zu leben. Wir können den Zyklon nicht für die Verwüstungen verantwortlich machen, die er verursacht hat". Dieser optimistische Pragmatismus von Prof. Ainun Nishat vom Institut für Wasserwirtschaft an der Universität Dhaka wird von vielen seiner Kollegen nicht geteilt. Er lehnt die Funktion, die Bangladesch in der internationalen Klimadiskussion häufig erfüllt, ab. Gerade von denjenigen, die sich gegen die Klimazerstörung einsetzen, werde Bangladesch herangezogen, um auf die dramatischen Auswirkungen hinzuweisen. Dabei würden aber die Möglichkeiten unterschlagen, über die Bangladesh verfügt. Es entstehe ein falscher Eindruck über die verschiedenen Ursachen der Verwüstungen und, was am Schlimmsten sei, es breite "sich dadurch ein Pessimismus aus, der in unserem Land viele Menschen lähmt."

Vier Wochen nach der Sturmflut war sie in der Medienberichterstattung in der Hauptstadt bereits weitgehend von anderen Themen verdrängt. Eine Diskussion über die Ursachen der Zerstörungen fand nicht statt. Die Gefahr, daß beim nächsten Zyklon in einigen Jahren erneut viele Menschen sterben, weil die notwenidgen Schutzmaßnahmen nicht umgesetzt werden ist groß.

Die Debatte über die Ursachen und Auswirkungen von Flutkatastrophen wird in einem kleinen Zirkel von bengalischen und ausländischen Experten geführt. Der "Food Action Plan" der Weltbank (s. Kasten) wird hierfür einen neuen institutionellen Rahmen schaffen. In diesem Projekt, das die gesamte Flutkontrollpolitik Bangladeschs in den nächsten 10 bis 20 Jahren koordinieren soll und auf das sich 1988 die sieben "führenden" Industriestaaten einigten, werden im nächsten Jahrzehnt zwischen 5 und 10 Mrd.$ für Forschungsvorhaben und Flutkontrollmaßnahmen investiert werden.

Eine nach dem Sturz des Ershad-Regimes entstandene Initiative fordert, daß die Ziele einer langfristig angelegten Flutkontrollpolitik der Regierung und der Weltbank *"der Öffentlichkeit vorgestellt werden, in Übereinstimmung mit dem gegenwärtigen in unserem Land vorherrschenden Geist des demokratischen Pluralismus... Der Umgang mit Überflutungen und der Flutkontrolle ist eine nationale Angelegenheit und nicht eine für Einzelgänger."* (Report of the Task Force on Action Plan for Food Control" vom Februar 1991) An dieser geforderten öffentlichen Debatte hat aber weder die Entwicklungshilfebürokratie noch die Staatsverwaltung ein Interesse, da sie eine Einschränkung ihrer Macht beinhalten würde.

Stattdessen werden immer neue und teurere technokratische "Lösungen" für die "Flutkontrolle" angeboten.

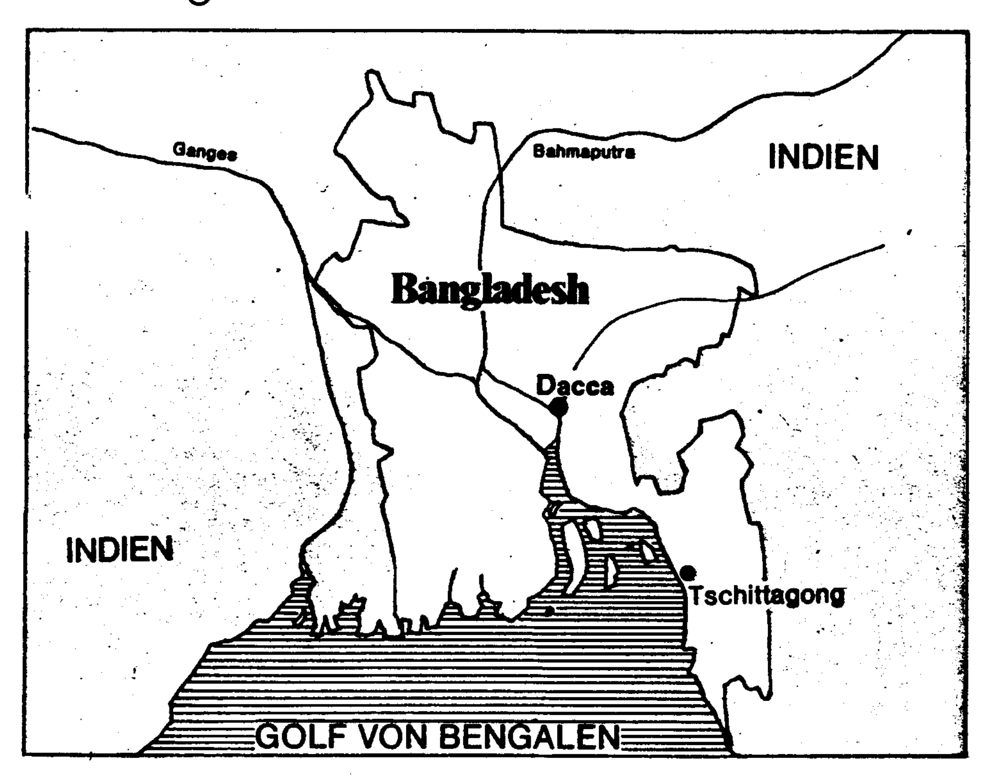
Das wirkliche Ausmaß der Zerstörung

Ein Ergebnis der Katastrophenberichterstattung war die Steigerung der Zerstörung ins Überdimensionale. In Wirklichkeit war aber nicht das ganze Land, sondern ein Teil der Küstenregion betroffen. In diesem Küstenabschnitt leben ca. 3 Millionen Menschen.

Während die Regierung am 5. Juni 91 von 131.539 Todesopfern spricht, erklärten die Nichtregierungsorganisationen (NRO), die an den Hilfsmaßnahmen in ähnlichem Umfang wie die Regierungsstellen beteiligt waren, am 18. Mai 91, daß mehr als 290.000 Menschen umgekommen seien.

Der Verlust an Reisvorräten bzw. noch nicht abgeerntetem Reis betrug ca. 350.000 t. Ein Jahr zuvor wurde soviel Getreide wie nie zuvor seit der Unabhängigkeit geerntet, 19 Mill. Tonnen. "Es wird für die Nation nicht schwierig sein diesen Verlust auszugleichen." meint der

Direktor des Bangladesh Institute for Development Studies, Dr. Mahbub Hossain. Zerstört wurden zahlreiche Industriebetriebe in Chittagong, der zweitgrößten Stadt Bangladeschs. Dr. M. Hossain schätzt, daß Industrieanlagen und Anlagen der für den Exportsektor sehr wichtigen Garnelenaufzucht im Umfang von einem Fünftel des Kapitalwertes dieser Anlagen zerstört worden sind.



Zu wenig Flutbunker und niedrige Deiche

Die Differenz in den Todesstatistiken von Regierung und nichstaatlichen Organisationen ergibt sich im wesentlichen daraus, daß bei zwei Inseln, Sandwip und Kutubdia, die Regierung von insgesamt 42.000, die NROs hingegen von 160.000 Toten und in drei Distrikten auf dem Festland die Regierung von 10.500, die NROs von 40.000 Opfern sprechen. Diese Abweichungen sind so gravierend, daß deswegen in diesen Fällen von einer statistischen Manipulation von Seiten der Regierung auszugehen ist.

Auf der Insel Sandwip, mit über 300.000 Einwohnern vor der Sturmflut, befinden sich nur acht aus Beton erbaute Flutbunker, die sicheren Schutz vor Sturmfluten bieten. In jedem Flutbunker können maximal 2000 Menschen Schutz finden, d.h. für nur 16.000 von insgesamt 300.000 Einwohnern oder für ca. 5% der Bevölkerung gab es die Möglichkeit der Zuflucht. Ähnliches gilt für die Insel Kutubdia und Maheshkali. Auf diesen beiden Inseln starben nach Regierungsangaben 31.000, nach Angaben der NROs 75.000 Menschen. Diese drei Inseln werden seit Jahrhunderten bewohnt, seit den sechziger Jahren sind sie von einem Deich umgeben. Ohne diese Deiche wären weit mehr Menschen gestorben. Die Sturmflut hat diese Deiche um mehrere Meter überspült, dennoch haben sie die Wucht und die Schnelligkeit, mit der das Wasser steigt, erheblich vermindert. Die Vorstellung, daß hauptsächlich Menschen auf den Inseln gestorben seien, die sich erst vor einigen Jahren gebildet haben und über keinerlei Schutz verfügen, ist eine Projektionsleistung des Katastrophenbewußtseins und eine Schutzbehauptung von Teilen der Staatsverwaltung bzw. des internationalen Entwicklungshilfeapparates in Bangladesch.

Beide Statistiken über die Opfer der Sturmflut geben an, daß weit über die Hälfte nicht auf Inseln, sondern auf dem Festland gestorben sind. In den Bezirken Chakaria, Anwara, Sitakund und Teknap, die alle südlich von Chittagong in der Küstenregion liegen, sind nach Regierungsangaben 60.000, nach NRO Angaben 113.500 Menschen umgekommen.

Die zweitgrößte Stadt Bangladeschs, in der sich der größte Hafen und das zweitgrößte Industriezentrum des Landes befinden, ist großräumig von einem Deich umgeben. Die Verwüstungen durch Überschwemmungen innerhalb dieser Region wären wesentlich geringer gewesen, wenn ein 1,8 km langes Teilstück der Deichanlage südlich der Stadt fertiggestellt worden wäre. Die Lücke führte dazu, daß die Wassermassen gebündelt wurden und mit einem erhöhten Druck die Region überschwemmten. Wäre der ursprüngliche Zeitplan für die Fertigstellung eingehalten worden, hätte es bei der Sturmflut nicht diese Lücke im Deich gegeben.

Ein Schutz vor Sturmfluten ist möglich.

Über die notwendigen und wichtigsten Schutzmaßnahmen sind sich diejenigen weitgehend einig, die in der Staatsverwaltung, an den Universitäten oder in Entwicklungshilfeprojekten mit der Verhinderung von Sturmflutkatastrophen beschäftigt sind: verstärkter Bau von "Killas", Erdaufschüttungen von mehreren Metern, auf denen ganze Dörfer oder einzelne Steinhäuser gebaut werden; Errichtung von ausreichenden Flutbunkern; bessere Ausrüstung der über 25.000 freiwilligen Mitarbeiter des "Cyclon Preparedness Programme" des Roten Halbmondes Bangladeschs. Sie sind fast in der gesamten Küstenregion über Funk von einer Zentrale aus zu erreichen und geben die Sturmwarnungen an die Bevölkerung weiter. Bei der letzten Sturmflut hat sich dieses Programm als teilweise sehr effektiv erwiesen. Weitere Maßnahmen wären Reparatur, Erhalt und Erhöhung von bereits existierenden Deichanlagen; Wiederaufforstung besonders gefährdeter Küsten- und Inselregionen und Durchsetzung des Verbotes, die besonders gefährdeten neu entstandenen Inseln ohne jegliche Schutzvorrichtung zu besiedeln.

Aus welchen Gründen wurden die zum Schutz der Bevölkerung notwendigen und möglichen Schutzmaßnahmen nicht umgesetzt? Es lag nicht am fehlenden Geld, nicht an mangelndem Fachwissen, an fehlenden Fachleuten, an fehlender Arbeitskraft, nicht an der "Bevölkerungsexplosion", nicht an der Klimaveränderung und der Aufwärmung der Wasseroberfläche der Weltmeere (, die allerdings zu häufigeren und heftigeren Wirbelstürmen und Sturmfluten in Zukunft führen wird), und auch nicht an der Korruption der Verwaltung. Korruption ist auch Bestandteil der vielen erfolgreich abgeschlossenen Projekte im Bereich der Infrastruktur.

Es wurden von der Entwicklungshilfebürokratie und der Regierung Bangladeschs andere Prioritäten gesetzt. Zum Beispiel hat der Bau einer Brücke über den Jamuna höchste Priorität. Viele Fachleute halten diesen von Weltbank und Asian Development Bank finanzierten Bau, der möglicherweise noch 10 Jahre in Anspruch nimmt, für technisch nicht realisierbar und angesichts der Unsummen von Geld für unökonomisch. Die beschäftigten Ingenieure, Techniker, Planungsfachleute, Facharbeiter, die daran beteiligten Zulieferfirmen, die eingesetzten Fahrzeuge, Großraumtransporter und LKWs könnten z.B. bei dem Bau von Schutzmaßnahmen an der Küste eingesetzt werden.

Die Vorstellung der Automatik einer Apokalypse, in der Bangladesch zu versinken droht, löst sich auf in die Zuweisung von Verantwortung an die internationale und nationale Entwicklungsbürokratie.

Dieter Reinhardt

Ein neues Mega Projekt Der 'Flood Action Plan'

Als im Sommer 1989 die Regierungs-chefs der sieben "führenden Industrienationen" in London tagten, wurde, u.a. auf Initiative von François Mitterand, ein neues Weltbankprojekt aus der Taufe gehoben, das den Namen 'Flood Action Plan' (FAP) erhielt. Die Weltbank wurde beauftragt, die Diskussion über die Flutkontrollpolitik in Bangladesch langfristig zu koordinieren und die teilweise sich widersprechenden Vorschläge der Expertenteams einer genauen Untersuchung zu unterziehen.

Wieviel Milliarden Dollar in den nächsten 10 Jahren ausgegeben und welche Bauprojekte umgesetzt werden, ist noch nicht entschieden. Eine mehrere Jahre umfassende Phase der Evaluierung und Erforschung der "ökonomischen, technischen, sozialen und ökologischen" Auswirkungen der vielfältigen beim "Wassermanagement" zu berücksichtigen Faktoren, einschließlich einiger "kleinerer" Pilotprojekte, sollen die eigentliche Bauphase vorbereiten. Ross Wallace, der Verantwortliche der Weltbank in Bangladesch für den FAP, sieht hierin die Möglichkeit einer notwendigen "Atempause". 140 Mill. $ seien bereits für Forschungen ausgegeben worden, mehrere weitere Hundert Millionen Dollar sind bereits fest eingeplant bis Ende 1994, bis zum Abschluß der Forschungsphase (Ross Wallace in einem Gespräch am 18.7.91 in Dhaka).

Die Bundesrepublik zählt neben Frankreich, der EG und den Niederlanden zu den wichtigsten Financiers des Großprojekts und ist an der mehrjährigen Forschungsphase mit mehr als 60 Mill. DM beteiligt. Zusammen mit den Niederlanden sollen u.a. zwei "Pilotprojekte" gebaut werden, um die Auswirkungen von Polder auf die Be- und Entwässerung zu "erforschen". In dem "Projektgebiet" dieser Polder leben mehrere hunderttausend Menschen.

In der Küstenregion sind bereits von den Niederlanden zahlreiche Polder gebaut worden. über die positiven und negativen Auswirkungen von Poldern liegen bereits zahlreiche Erfahrungen vor.

Der 'Flood Action Plan' ist ein langfristig angelegter Versuch, die institutionellen Voraussetzungen zu schafften, die vielfältigen kommerziellen und entwicklungspolitischen Interessen innerhalb der Bangladesch Aid Group zu koordinieren und die Auswirkungen von zukünftigen Flutkatastrophen kontrollierbarer zu machen. Die G7 demonstriert darüberhinaus der Welt, daß sie bereit ist, sich um die Auswirkungen der Klimaveränderung zu kümmern. Hierfür wird erneut ein bürokratisch-entwicklungspolitsches Großprojekt aufgebaut. Die notwendigen Maßnahmen, um das Überleben bei der nächsten Sturmflut und Überflutung zu ermöglichen, die allerdings die Veränderung der lokalen Macht- und Verwaltungsstruktur voraussetzt, sind nicht Thema des 'Flood Action Plans'.

Interview mit Farida Akdar, Dhaka 16. Juli 91

Farida Akdar, Executive Director des 'Police Research for Development Alternative' Institute ist eine auch außerhalb Bangladeschs bekannte Kritikerin einer Bevölkerungskontrollpolitik und der Gentechnologie

Aus welchen Gründen sind soviele Menschen bei der Sturmflut gestorben?

Akdar: Weil die Menschen keine Schutzräume hatten, weil zuwenig Flutbunker gebaut worden sind. Wir können uns selber helfen, wir können nicht den Zyklon dafür verantwortlich machen. Die Leute, die in dem Gebiet der Sturmflut in Steinhäuser lebten, waren sicher. Im Gebiet von Mohaskhali, einem sehr gefährdeten Gebiet, lebt eine buddhistische Gemeinschaft. Sie suchte Zuflucht in ihrem Tempel, der auf einer hohen 'Killda' (Erdaufschüttung, der Verf.) gebaut worden ist. Auch sie befand sich in Sicherheit. Also warum machen wir den Zyklon dafür verantwortlich, daß soviele Menschen sterben?

Häufig wurde in der Berichterstattung die 'Bevölkerungsexplosion' als Hauptursache für die Katastrophe genannt.

Wenn Malthus in diesen Diskussionen erwähnt wird, werde ich ärgerlich. Es ist der alte Versuch, den Leuten die Schuld zu geben. Zuerst sagt man, daß sie selber ihre Armut verursacht haben, weil sie zuviele Kinder haben, und dann sind sie auch noch Schuld daran, daß sie vom Zyklon umgebracht werden. Wenn jemand die Bevölkerungsexplosion als Hauptursache für die Zerstörung durch den Zyklon ansieht, wenn eine Naturkatastrophe als ein natürlicher Regelungsmechanismus angesehen wird, der eine zu große Bevölkerung wieder reduziert, dann ist das gegen die Armen gerichtet und rassistisch. Dabei wird vergessen, daß die westlichen Industrieländer die Natur zerstören. Wir sind durch die Klimaveränderung von dieser Zerstörung direkt betroffen.

Ist es möglich die Besiedlung von ungeschützten Inseln zu verhindern?

Die Regierung interessiert sich nicht für die Bauern, die von ihrem Land und von ihren Dörfern entwurzelt werden. Es existiert kein Programm für eine planmäßige Besiedlung neuentstandener Inseln.

Besondes gefährdet sind die Arbeiter, die auf den Garnelenfarmen in unmittelbarer Nähe des Meeres arbeiten. Sie sind den Sturmfluten ausgeliefert, und die Besitzer der Farmen übernehmen keinerlei Verantwortung für sie. Die Weltbank gibt Millionen von Dollars als billige Kredite an diese Besitzer, die häufig zu Millionären geworden sind durch den Export von Garnelen.

Die Regierung konzentriert sich immer auf den Export. Diejenigen aber, die für den Export arbeiten, und diejenigen, die das Meer für den lokalen Verbrauch nutzen, werden völlig vergessen.

Wir müssen sehr intensiv die internationalen Organisationen beobachten, die FAO und die Weltbank. Sie unterstützen die Zerstörung der Küstenregion und die Zerstörung des Fischreichtums unserer Flüsse und Küstenregion. Sie konzentrieren sich ausschließlich auf den Export von einer Fischart, die Aufzucht aller anderen Fischarten wird völlig vernachlässigt.

Das Interview führt D. Reinhardt



Dies ist eine Geschichte, die am Lagerfeuer beginnt und im Gerichtssaal endet. Sie handelt von Schätzen, von Totschlag und von Verrat. Es ist eine Zigeunergeschichte. Viele Zigeunergeschichten beginnen am Lagerfeuer und enden vor Gericht

Bericht über zwei Sinti-Familien vor Gericht aus der "ZEIT" vom 3.5.91

Rassismus gegen Sinti und Roma

In der BRD lebende Sinti und Roma müssen sich zunehmend gegen rassistische Übergriffe wehren und sind von einer äußerst restriktiven Abschiebepraxis bedroht. Diese Diskriminierung ist jedoch nicht neu. Im folgenden Beitrag dokumentieren wir die 600-jährige Geschichte der Verfolgung von Sinti und Roma, die in Deutschland besonders grausame Formen annahm.

Holzschnitt der ungarischen "Phralipe Roma Kunststiftung"

Seit Jahrhunderten verfolgt, vertrieben, diskriminiert, unter den Nationalsozialisten in den Konzentrationslagern ermordet - so hatten Sinti und Roma in Deutschland und Europa unter Rassismus zu leiden. Und auch heute noch werden sie Opfer von Vorurteilen und Diskriminierungen.

Immer noch werden sie oft als "Zigeuner" bezeichnet, ein Begriff, den sie als diskriminierend und verachtend empfinden, weil darin die ganzen alten Vorurteile mitschwingen, weil "Zigeuner" viel zu oft als Schimpfwort gebraucht wird.

Sie selbst nennen sich Sinti und Roma. Heute leben in den alten Bundesländern der BRD etwa 40.000 deutsche Sinti und Roma, deren Familien schon seit Generationen hier leben und die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, also deutsche BürgerInnen sind.

Ursprünglich kommen die Sinti und Roma aus dem Norden Indiens. Warum sie vor etwa 1000 Jahren diese Gegend verließen oder verlassen mußten, ist nicht bekannt. Fest steht jedoch, daß die Vorfahren der deutschen Sinti seit ungefähr 600 Jahren in Mitteleuropa leben. Die Vorfahren der deutschen Roma wanderten dagegen zunächst in die Balkanländer ein, von wo sie dann im letzten Jahrhundert oder Anfang dieses Jahrhunderts nach Mitteleuropa kamen.

Die Sprache der Sinti ebenso wie der Roma ist das Romanes, das eng mit dem indischen Sanskrit verwandt ist. Im Laufe der Zeit haben sich, je nach dem Land, in dem Sinti und Roma leben, etwas unterschiedliche Varianten des Romanes herausgebildet. Außerdem wurden und werden aus den Sprachen der jeweiligen Heimatländer immer auch Lehnwörter aufgenommen.

In den ersten Überlieferungen, die es von den Sinti in Mitteleuropa gibt, heißt es, sie seien als Pilgergruppen durch die Lande gezogen und kämen aus Ägypten.

Im Jahr 1423 stellte König Sigismund den "Zigeunern" einen Schutzbrief aus, der das Umherziehen ausdrücklich billigte. Doch solche relativ liberale Zeiten währten nicht lange. Man unterstellte "den Zigeunern" Verbindungen zu Hexerei und Zauberei. Aus diesen Gründen wurde eine Gruppe von Sinti z.B. 1449 aus Frankfurt am Main mit Gewalt vertrieben, und auch in anderen Gegenden wurde Sigismunds Schutzbrief mißachtet. Ein endgültiger Umschwung in der Stimmung gegen "die Zigeuner" zeigte sich, als auf den Reichstagen zu Lindau und Freiburg von 1496-98 der Schutzbrief für ungültig und "die Zigeuner" für vogelfrei erklärt wurden. Man glaubte, diese Leute mit dem anderen Aussehen, den fremden Gebräuchen und einer den Einheimischen unverständlichen Sprache könnten nur Spione der Türken sein.

Auf dem Reichstag zu Augsburg 1551 wurde angesichts der großen Türkenangst in Mitteleuropa beschlossen, daß "die Zigeuner" innerhalb von drei Monaten das Land verlassen haben müßten.

Auch in der Mitte des 16. Jahrhunderts durfte noch jeder "rechtschaffene Mann" einen von ihm auf seinem Besitztum angetroffenen "Zigeuner" straffrei töten. Insgesamt veränderte sich ihre Lage auch in den nächsten hundert Jahren nicht wesentlich: sie waren nicht gern gesehen, verfolgt, aber dennoch manchmal geduldet.

Anpassung oder Tod

Ab 1685 häuften sich die obrigkeitlichen Erlasse gegen "Zigeuner". Das 18. Jh. - das Jahrhundert der Aufklärung! - war für die in Deutschland lebenden Sinti eine überaus grausame Leidenszeit: sie wurden gejagt und gefoltert, versklavt und ermordet. Zeitungsartikel betrieben Hetze, indem sie ihnen alle möglichen Untaten bis hin zum Kannibalismus unterstellten. Anfang des 18. Jhs wurden die ersten einheitlichen "Zigeunergesetze" geschaffen, die oft schon das Betreten des Landes mit dem Tod zu bestrafen drohten. 1725 verlangte König Friedrich Wilhelm I. von Preußen in einem Erlaß, daß alle "männlichen und weiblichen Zigeuner über 18 Jahre" ohne Gerichtsverfahren am Galgen erhängt werden sollten. Zudem wird von Folterungen berichtet ebenso wie von

Verstümmelungen (z.B. Abschneiden des Ohres) und Brandmarkungen (Einbrennen von bestimmten Zeichen in die Haut zur Stigmatisierung). In manchen Gegenden wurden Prämien für jeden erschossenen "Zigeuner" ausgesetzt.

Wann die ersten Sinti in Mitteleuropa seßhaft wurden und, wahrscheinlich unter dem Zwang der Leugnung ihrer Identität, ein an die Mehrheitsgesellschaft angepaßtes Leben führten, ist nicht bekannt. Es ist jedoch anzunehmen, daß es im Lauf der Jahrhunderte immer wieder geschah. Allerdings wurde ihnen dies nicht leicht gemacht, was sich beispielsweise daran zeigt, daß sich die Zünfte gegen die Aufnahme von Sinti sperrten. Gezielte Versuche seitens der Obrigkeit, "die Zigeuner" zu integrieren, sprich: sie dazu zu bringen, ihre Lebensweise derjenigen der Mehrheit anzupassen, gab es erstmals im 18. Jahrhundert.

So erlaubte der Graf von Wittgenstein im Jahr 1726 einer Gruppe von Sinti, sich in seinem Staat anzusiedeln, vertrieb sie aber 12 Jahre später wieder. Maria Theresia und Joseph II. wollten aus "den Zigeunern" seßhafte Bauern machen: 1771 entstand in der Grafschaft Wittgenstein die erste "Zigeunersiedlung" Deutschlands, später entwicklte sich daraus die Kolonie Lause bei Berleburg (im heutigen Westfalen).

Geprägt von einem idealistischen, an den bürgerlichen Werten orientierten Erziehungsgedanken war ein weiteres Siedlungsprojekt: der "Evangelische Missionsverein zu Naumburg und Umgebung" verpflichtete ab 1828 einen Lehrer für die in Friedrichslohra lebenden Sinti und wollte ihnen "die seßhafte Lebensweise nahebringen". Um 1835 lebten dort etwa 80-100 Personen. Das Projekt scheiterte allerdings, da "die Zigeuner" von der übrigen Bevölkerung gemieden wurden. Die Magdeburger Regierung stellte nach einiger Zeit ihre Unterstüzung ein und die erwachsenen Sinti wurden in Arbeitshäuser, die Kinder in Waisenhäuser eingewiesen. Ebensowenig dem Seßhaftwerden förderlich war ein seit 1842 existierendes preußisches Gesetz über den "Unterstützungswohnsitz", das besagte, daß unterstützungsbedüftige Personen den Gemeinden, in denen sie geboren wurden oder wo sie längere Zeit gelebt hatten, zur Last fallen sollten. Dieses neue Gesetz führte dazu, daß Gruppen von "Zigeunern" ebenso wie andere umherziehende Personengruppen auch von bisher gastfreundlichen Gemeinden so schnell wie möglich wieder vertrieben wurden, aus Angst, diese könnten irgendwann später eventuell Unterstützungsleistungen in Anspruch nehmen.

Es fällt auf, daß in den Gesetzbüchern des 19. Jahrhundert "Zigeuner" oft gar nicht als solche erwähnt, sondern unter "Vaganten", "Gaukler", "Landstreicher" subsumiert wurden. Andererseits gab es eine Unmenge von Gesetzen und Erlassen gegen "die Zigeunerplage" oder "die Bekämpfung des Zigeunerunwesens betreffend". Dabei wurde meist zwischen "inländischen" und "ausländischen" "Zigeunern" unterschieden. Letztere wurden sofort aus dem jeweiligen Kleinstaat verwiesen und in ihr Heimatland zurückgeschickt, die "inländischen" wurden in gewissem Umfang geduldet.

Für diejenigen Sinti, die ein Wandergewerbe ausübten, wie z.B. Scherenschleifen, Kesselflicken, Korbflechten oder Hausierhandel, oder als Schmiede, Restaurateure, Kunsthandwerker arbeiteten, war der Wandergewerbeschein die zentrale Voraussetzung für eine eigenständige Existenz. Die Handhabung der Wandergewerbescheine, d.h. Ausstellung, Verlängerung oder Entzug, gab den Behörden ein wirksames Disziplinierungsmittel an die Hand, das sie oft genug in diesem Sinne einsetzten.

Kaum bekannt ist die Tatsache, daß Sinti und Roma noch im 19. Jh. vereinzelt dem Sklavenhandel zum Opfer fielen. Davon berichtet die Mannheimer Abendzeitung in ihrer 115. Ausgabe aus dem Jahr 1845:

"Bei den Söhnen und Erben des verstorbenen Serdar Nikolaus Nika in Bukarest sind 200 Zigeunerfamilien zu verkaufen, unter denen die Männer meist Schlosser, Goldschmiede, Schuhmacher, Musiker und Ackerleute sind. Weniger als fünf Familien auf einmal werden nicht abgegeben, dagegen ist aber der Preis jeder Person um einen Dukaten niedriger als gewöhnlich angesetzt und in Bezug auf die Zahlung wird jede mögliche Erleichterung gewährt werden."

Dazu schreibt Joachim S. Hohmann: "Die Zigeuner erfuhren eine auffallend ähnliche Behandlung wie die Opfer deutscher Kolonialpolitik, die farbigen Völker Afrikas. Die frühe Vorstellung vom "Untermenschentum" verdeutlichte sich in den zeitgenössischen Schriften der Kolonialwirtschaft ebenso wie in polizeilichem und anthropologischem Schrifttum über die Zigeuner. Selbst die Vorstellung "reiner Siedlungskolonien", in denen Farbige unter der Aufsicht einiger weniger Weißer leben und arbeiten sollten, fand in den Zigeunerkolonien des 18. und 19. Jahrhunderts ihre Entsprechung." (J.S. Hohmann: Geschichte der Zigeunerverfolgung in Deutschland, S. 71)

Systematische Vernichtung

Noch vor der Jahrhundertwende setzte eine planmäßige, auf das ganze Deutsche Reich ausgedehnte Erfassung und Verfolgung der Sinti und Roma ein. In München wurde eine "Zigeunerzentrale" eingerichtet, die systematisch die Sinti und Roma mit Lebensdaten, Lichtbildern und später mit Fingerabdrücken erfaßte. Diese Datensammlung registrierte im Jahr 1926 14.000 Personen.

Die "Rassenpolitik" der Nationalsozialisten konnte auf diese "Vorarbeiten" ebenso aufbauen wie auf den jahrhundertealten Vorurteilen in der deutschen Mehrheitsbevölkerung. Im folgenden sollen nur einige wichtige Etappen der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik gegen Sinti und Roma kurz dargestellt werden.

Schon 1933, kurz nach der "Machtergreifung", verlangte das "Rasse- und Siedlungsamt" der SS, daß "Zigeuner" und "Zigeunermischlinge" unfruchtbar gemacht werden sollten. Mit den 1935 erlassenen "Rassegesetzen" verloren die Sinti und Roma ebenso wie die jüdischen BürgerInnen ihre deutsche Staatsbürgerschaft. Ehen zwischen Sinti bzw. Roma und "Ariern" waren seitdem verboten.

1936 wurde in Berlin das "Rassehygieneinstitut" unter Leitung von Dr. Robert Ritter und seiner Mitarbeiterin Eva Justin

Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma

Im Jahr 1979 hat sich mit Unterstützung der "Gesellschaft für bedrohte Völker" die Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma konstituiert, deren Anliegen es ist, Enschädigungsansprüche für die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung durchzusetzen und gegen auch heute noch praktizierte Diskriminierung von Angehörigen ihrer Minderheit einzutreten.
Eine große Resonanz in der Öffentlichkeit und in den Medien erzielte ein 1980 durchgeführter Hungerstreik im ehemaligen KZ Dachau, der u.a. die Forderung nach und Aufklärung über den Verbleib der NS-"Rasseakten" unterstreichen sollte.
Seit 1982 existiert in Heidelberg die Geschäftsstelle des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma; in dessen Folge wurden nach nach regionale Büros in den einzelnen Bundesländern eingerichtet.
In der Heidelberger Altstadt befindet sich seit Anfang des Jahres ein großes Kultur- und Dokumentationszentrum im Aufbau, das demnächst über eine Bibliothek, eine permanente Ausstellung und Veranstaltungsräume verfügen wird.

Wichtige Adressen:
- Zentralrat deutscher Sinti und Roma, Zwingerstr. 18, 6900 Heidelberg
(dort ist auch das Kultur- und Dokumentationszentrum deutscher Sinti und Roma)
- Landesverband deutscher Sinti und Roma Baden-Württemberg, Bluntschlistr. 4, 6900 Heidelberg
- Landesverband deutscher Sinti und Roma Rheinland-Pfalz, Westbahnstr. 27, 6740 Landau
- Rom & Cinti Union e.V., Detlev-Bremer-Str. 49, 2000 Hamburg 36
- Rom e.V., Bobstr. 6-8, 5000 Köln 1

eingerichtet. 1938 übernahm Heinrich Himmler die 1926 gegründete "Polizeileitstelle" in München, die in Berlin dann in "Reichszentrale zu Bekämpfung des Zigeunerunwesens" umbenannt wurde. Diese hatte, ebenso wie das "Rassehygieneinstitut" die Aufgabe, eine Totalerfassung aller Sinti und Roma mit Hilfe von Stammbaumtafeln und pseudowissenschaftlichen Rasseuntersuchungen durchzuführen. Dabei wurde unterschieden zwischen "Zigeunern", "Zigeunermischlingen" und "nach Zigeunerart umherziehenden Personen".

Ritter und Justin erklärten (wie viele andere "Rasseforscher" auch) alle Sinti und Roma zu einem "erbminderwertigen Rassengemisch", dem "asoziales und kriminelles Verhalten" angeboren sei. 1939 kam der "Festschreibungserlaß", d.h. von diesem Zeitpunkt an war es den Sinti und Roma verboten, ihren Wohnort zu verlassen. Die Kriminalpolizei wurde mit der Errichtung von Sammellagern beauftragt.

Im Mai 1940 veranlaßte Himmler die ersten großen Deportationen in die KZs und Ghetos im besetzten Polen. Der "Auschwitz-Erlaß" im Dezember 1942 bedeutete die Deportationen praktisch aller im Reichsgebiet noch verbliebener etwa 10.000 Sinti und Roma. Ab März 1943 wurden die Sinti und Roma in den als "Zigeunerlager" bezeichneten Lagerabschnit des KZ Auschwitz-Birkenau familienweise eingeliefert. Am 2. August 1944 wurde das "Zigeunerlager" aufgelöst. Von den 6.000 dort noch lebenden Sinti und Roma wurden 3.000, die noch für arbeitsfähig erachtet wurden, in andere KZs deportiert, die übrigen 3.000 - unter ihnen auch die Opfer der Versuche des berüchtigten Lagerarztes Dr. Mengele - wurden in der Nacht zum 3. August 1944 ermordet.

Bis zu ihrer Ermordung mußten viele Sinti und Roma Zwangsarbeit leisten, beispielsweise bei den Rüstungsbetrieben von Siemens, Daimler-Benz, AEG, BMW, IG Farben usw.

Insgesamt wurden, zusammen mit den Sinti und Roma, die dem Holocaust der Nazis in den übrigen besetzten Ländern Europas zum Opfer fielen, etwa eine halbe Million Sinti und Roma grausam ermordet.

Diejenigen Sinti und Roma, die den Holocaust überlebt hatten, fanden sich in einer äußerst schwierigen Situation: ihre Familienzusammenhänge waren zerrissen; es gibt kaum eine Familie, die nicht mehrere Angehörige in den Konzentrationslagern verloren hat. Ebenso war die Existenzgrundlage der Sinti und Roma zerstört.

Auch was die Zahlung von Entschädigung für das unter den Nationalsozialisten erlittene Unrecht betrifft, standen Sinti und Roma vor großen Schwierigkeiten. Viele Einzelbeispiele zeigen, daß die zuständigen "Wiedergutmachungs"-Behörden nach dem Krieg nicht akzeptieren wollten, daß Sinti und Roma aus "rassistischen" Gründen verfolgt waren - vielmehr sei dies wegen krimineller Delikte erfolgt und damit nicht "entschädigungswürdig". Zementiert wurde diese Haltung 1956 in einem Urteil des Bundesgerichtshofs, in dem es hieß:

"Die Zigeuner neigen zur Kriminalität, besonders zu Diebstählen und zu Betrügereien. Es fehlen ihnen vielfach die sittlichen Antriebe und Achtung vor fremdem Eigentum, weil ihnen wie primitiven Urmenschen ein ungehemmter Okkupationstrieb eigen ist." (zit. nach Romani Rose: Bürgerrechte für Sinti und Roma, Heidelberg 1987)

Diese Praxis änderte sich erst 1981, als aufgrund der Aktivitäten der gerade entstandenen Bürgerrechtsbewegungen der Sinti und Roma von der Bundesregierung ein spezieller Härtefonds eingerichtet wurde - trotzdem: die Beträge, die Sinti und Roma für geleistete Zwangsarbeit oder KZ-Aufenthalte erhielten und erhalten, sind meist lächerlich niedrig.

Und heute?

Laut einer Umfrage des SPIEGEL vom vorigen Jahr über das Verhältnis der Ost- und Westdeutschen zu anderen Völkern und Volksgruppen bzw. Minderheiten erreichten die Sinti und Roma sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern die niedrigsten Sympathien bzw. die stärkste Abneigung, noch weit hinter TürkInnen und PolInnen (DER SPIEGEL 47/1990). Klischees und Vorurteile sind auch heute noch weit in der Mehrheitsbevölkerung verbreitet, seien es die jahrhundertealten Negativbilder oder - genauso fehl am Platz - die romantisch verklärten Vorstellungen des "lustigen Zigeunerlebens", das noch nie lustig war. Dieses Bild hält sich hartnäckig in den Köpfen der Mehrheitsbevölkerung, obwohl so gut wie alle deutschen Sinti und Roma seit Jahrzehnten, teilweise noch länger, seßhaft sind und die verschiedensten Berufe ausüben.

Gleichheit ist jedoch noch immer nicht verwirklicht. Auf dem angespannten Wohnungsmarkt ist es für Angehörige der Minderheit der Sinti und Roma immer noch besonders schwierig, eine annehmbare Wohnung zu finden. Viele Sinti und Roma verleugnen ihre ethnische Zugehörigkeit, weil sie Angst um ihren Arbeitsplatz und ihre Existenz haben.

Auch Diskriminierung im Alltag ist bei weitem noch nicht überwunden. Ein besonders übles Beispiel von Diskriminierung ist der Text folgender Anzeige, die im März 1988 in der Zeitschrift "Der Jäger in Baden-Württemberg" zu finden war, wo ein Jagdgewehrhersteller mit folgendem Text für seine Produkte warb:

"Erregung. Ein frisch erlegter Marder riecht wild und aufregend wie ein Zigeunermädel; wie eins von früher aus dem Zigeunerwagen. Alles für die Marderjagd finden sie bei ihrem Büchsenmachermeister..."

Unglaublich, aber wahr. Die Klage seitens des Verbandes Sinti und Roma gegen diese aus rassistischen und sexistischen Stereotypen verquickte Ungeheuerlichkeit wurde abgelehnt. Der Generalstaatsanwalt in Stuttgart sah darin "keinen Angriff auf die Menschenwürde".

dost

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung aus: Brennpunkte. Heidelberger Zweimonatsschrift gegen den Zeitgeist. Sept./Okt. 1991.
Bezug: Brennpunkte c/o Friedensladen, Schillerstr. 28, 6900 Heidelberg

Literatur zum Thema

Joachim S. Hohmann: Geschichte der Zigeunerverfolgung in Deutschland. Frankfurt/M. 1988

Michael Zimmermann: Verfolgt, vertrieben, vernichtet. Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik gegen Sinti und Roma. Essen 1989

Romani Rose: Bürgerrechte für Sinti und Roma, Heidelberg 1987

Donald Kenrick/Grattan Puxon: Sinti und Roma. Die Vernichtung eines Volkes im NS-Staat. Göttingen/Wien 1981

Romani Rose/Walter Weiss: Sinti und Roma im "Dritten Reich". Das Programm der Vernichtung durch Arbeit. Göttingen 1991

Michael Krausnick: Abfahrt Karlsruhe. Die Deportation in den Völkermord. Karlsruhe 1990

Tilman Zülch (Hg.) / Gesellschaft für bedrohte Völker: In Auschwitz vergast, bis heute verfolgt. Reinbek bei Hamburg, 1979

Projektionen deutscher Wissenschaftler

Falsche Sichtweisen zu China

“Von allen Völkern in der Welt sind wir Chinesen das größte. Unsere Zivilisation und unsere Kultur bestehen seit mehr als viertausend Jahren. Eigentlich sollten wir mit den europäischen und amerikanischen Ländern auf gleicher Stufe stehen; da wir aber nur das Bewußtsein für Familie und Sippe, nicht aber für den Staat haben, sind wir doch nur ... wirklich nichts weiter als ein Haufen losen Sandes.”

Dies sagte Sun Yatsen (1866-1925) Anfang der zwanziger Jahre, nachdem er 1911 das jahrtausendalte chinesische Kaisertum gestürzt und - erfolglos - versucht hatte, in China eine bürgerliche Republik zu etablieren. So war “*das chinesische Ziel seit Anfang dieses Jahrhunderts die Findung einer eigenen, neuen Identität sowie die Modernisierung der Nation, ohne in erneute Abhängigkeit von äußeren Mächten zu geraten.*” Eine sicherlich richtige Gesamteinschätzung der chinesischen Politik der letzten 90 Jahre durch Thomas Heberer und Rüdiger Weigelin in dem von ihnen herausgegebenen Buch **Xiandaihua. Versuch einer Modernisierung. Entwicklungsprobleme der VR China**. (S.11)

In ihrem Buch möchten die Herausgeber “*die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme, vor denen China heute steht, verdeutlichen, analysieren und Perspektiven für eine künftige Entwicklung benennen.*” Diesem Ziel dienen zehn, durch zahlreiche Graphiken und Statistiken illustrierte Kapitel von drei Autoren über Themen wie die chinesische Privatwirtschaft, die Agrarentwicklung, Bevölkerung und Beschäftigung, Arbeitsleben, das Bildungswesen und die Außenpolitik.

Sicher haben die Herausgeber mit ihrer Bemerkung recht, daß “*die traditionelle Kultur im heutigen Leben Chinas eine weitaus wichtigere Rolle als im Westen spielt.*” Aus diesem Grunde wäre das von Thomas Heberer verfaßte Kapitel “ *'Konfuzianische' Tradition und 'chinesische Ethik' - Wirkung auf die Gegenwart*” besser an die erste als an die zweitletzte Stelle plaziert worden. In diesem Kapitel wird mit Recht darauf hingewiesen, daß “*das traditionelle Denkgebäude Chinas weit über den Konfuzianismus hinausreicht*”.(S.228) Es ist daher folgerichtig, daß Heberer neben dem Konfuzianismus auch anderen Denkschulen Auswirkungen auf die Gegenwart zuschreibt.

Zu den Auswirkungen gehört auch ein im Vergleich mit westlichen Ländern anderes Geschichtsverständnis. Chinesische Eliten hatten schon immer einen weiteren Geschichtshorizont. So plant die derzeitige chinesische Führung bis zur Mitte des 21.Jahrhunderts. Die Rolle des Staates wird traditionell anders bewertet als in den Ländern des Westens: “*Die Größe des Landes, die heterogenen Strukturen und die ökonomische Vielfalt verlangten von jeher ein starkes Zentrum, das die unterschiedlichen Interessen und Strukturen miteinander verband und vereinheitlichte. Ohne starke Zentrale drohte der Gesamtstaat immer wieder zu zerfallen.*”(S.229)

Die zentralen Punkte des sinomarxistischen Führungskanons

Um die gesellschaftlichen Machtverhältnisse einschätzen zu können, sind sie von entscheidender Bedeutung:

1. Der “proletarische” Standort, der das Eintreten für die “Entrechteten”, “Unterdrückten” und “Ausgebeuteten” allerorts mit der in der derzeit geltenden Satzung der Kommunistischen Partei Chinas heraufbeschworenen Vision eines zukünftigen kommunistischen Zeitalters verknüpft. Dieser Standort gibt die Grundlage für die innen- und außenpolitischen Werturteile der chinesischen Führung ab, von der Solidarisierung mit den Ländern der Dritten Welt über die Ablehnung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bis hin zum - zumindest formalen - Festhalten an der Vergesellschaftung beispielsweise des Grundeigentums in China.

2. Der “materialistische” Blickwinkel, gemäß dem alle menschlichen Erkenntnisse letztlich nicht von einem Geistwesen, sondern aus der gesellschaftlichen “Praxis”, im Sinne der umweltverändernden Aktivität des Menschen stammen und von dieser fortlaufend korrigiert und ergänzt werden. Der von Mao in seiner Abhandlung über die Praxis (1937), in seiner Handhabung und in seinen Auswirkungen genau beschriebene “materialistische Blickwinkel” führt zu den im Westen oft als “pragmatisch” verkannten plötzlichen Kursänderungen der Pekinger Führung.

3. Die “dialektische” Methode. Sie beruht auf der Annahme, daß die ganze Welt aus sogenannten “Widersprüchen” - also in den Dingen und der Gesellschaft enthaltenen Gegensätzlichkeiten aller Art - bestehe und sich dank ihrer inneren Widersprüchlichkeit aus sich selbst heraus, ohne Einwirkung eines Gottes, entwickle. Aufgabe der Politik ist die fortwährende Analyse und “Lösung” von “Widersprüchen”, aber auch die geschickte dialektische Synthese von scheinbar Unvereinbarem wie etwa der Dengschen Formel für Hongkong, “Ein Land, zwei Systeme”: das “sozialistische” System für das Gebiet der derzeitigen VR China, das “kapitalistische” System für Hongkong. Dies unter dem gemeinsamen Dach der Volksrepublik, und zwar 50 Jahre, ab 1997, dem Jahr der Übergabe Hongkongs an China.

Defizite der Autoren

Von diesen in der VR China gängigen Methoden der Analyse und Lösung von Problemen scheinen die Autoren kaum eine Ahnung zu haben. Das zentrale Thema des Buches von Heberer/Weigelin ist die “Reform” und nicht die “Modernisierung” Chinas, was der Titel des Buches (“*Xiandaihua*”, auf Deutsch “*Modernisierung*”) eigentlich nahelegt. Erst ganz am Schluß des Kapitels über “*Das Dilemma der Wirtschaftsreformen*” teilt dessen Verfasser Thomas Heberer beiläufig mit: “*Hinter den Reformen stand und steht weiterhin ein ehrgeiziges Wirtschaftsziel: Bis Mitte des nächsten Jahrhunderts möchte China die entwickelten Länder ökonomisch einholen... Als Interimsziel strebt die VR China bis zum Jahr 2000 eine Vervierfachung des Bruttoproduktionswertes und eine Erhöhung des jährlichen Pro-Kopf-Einkommens von 300 auf 800 US-Dollar an, ein Zuwachs von durchschnittlich 5% im Jahr.*”(S.90)

Das ist die konkrete Umschreibung des seit Anfang der 80er Jahre parteiamtlich festgelegten und staatlich sanktionierten Ziels der “sozialistischen Modernisie-

rung" Chinas. Die "Reformen" sind lediglich Mittel zur Erreichung der Modernisierung.

Streng nach Maos Widerspruchslehre aus dem Jahre 1937 hat auch Deng Xiaoping einen einzelnen aus all den China betreffenden "Widersprüchen" zum sogenannten "Hauptwiderspruch" ("zhuyao maodun") erklärt: "Unsere Produktivkräfte befinden sich noch auf einem niedrigen Entwicklungsstand und können die Bedürfnisse der Bevölkerung und des Landes bei weitem nicht befriedigen. Dies ist der Hauptwiderspruch in der gegenwärtigen Phase, und die Lösung dieses Widerspruchs bildet unsere Mittelpunktaufgabe." Später wurde Dengs Konzeption des derzeitigen Hauptwiderspruchs offiziell in der Satzung der Kommunistischen Partei Chinas von 1982 verankert, die heute noch gilt: *"Der Hauptwiderspruch in der chinesischen Gesellschaft ist der Widerspruch zwischen den wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnissen des Volkes und der rückständigen gesellschaftlichen Produktion."*

Natürlich ist die Umschreibung des Hauptwiderspruchs keine akademische Trockenübung, denn der Sino-Marxismus bekennt sich zur Maxime, daß es nicht nur gilt, die Welt zu erkennen, sondern sie zu verändern.

Unter Deng Xiaoping war demnach die "Mittelpunktaufgabe" des chinesischen Volkes unter der unantastbaren Führung der Kommunistischen Partei Chinas die "sozialistische Modernisierung" Chinas. Alles, was China unter Deng offiziell unternahm - von der Entsendung von Zehntausenden von Studenten ins Ausland über die Lockerung der Religionspolitik bis zur begrenzten Aufnahme fremden Kapitals - diente der Lösung dieses Hauptwiderspruchs.

Indem aber im ganzen Buch von Heberer/Weigelin die "Reformen" in den Mittelpunkt gestellt und zudem weitgehend losgelöst vom konkreten Interims- und Endziel der Modernisierung betrachtet und analysiert werden, wird der Leser in die Irre geführt. Denn ihm wird suggeriert, die ursprüngliche Zielsetzung der Pekinger Führung sei eine umfassende Reformierung Chinas gewesen und zwar in Richtung auf eine als völlig offen angesehene Zukunft, die also zum Beispiel in einem liberal-demokratischen Rechtsstaat nach dem Vorbild der USA oder BRD hätte münden können, bevor dann im Juni 1989 *"senile Greise"* (S.87) *"nicht nur einen politischen und ideologischen, sondern auch einen ökonomischen Wendepunkt"* (S.61) herbeiführten.

Eine Reform um der Reform willen war indessen niemals das Bestreben der maßgebenden Kreise in Peking. Weil Heberer Ziel und Mittel durcheinanderbringt, unterlaufen ihm unrichtige Lageeinschätzungen wie etwa: *"Die Ereignisse vom Juni 1989 haben das Reformprogramm zunächst grundsätzlich in Frage gestellt" (S.88) oder: "mit der so häufig proklamierten Sicherheit des Reformkurses ist es jedenfalls vorbei"* (S.89). Realitätsfremd sind derartige Einschätzungen deshalb, weil die Ereignisse vom Juni 1989 die "sozialistische Modernisierung" niemals grundsätzlich in Frage gestellt haben und weil es mit dem auf die Verwirklichung dieses Zieles gerichteten Kurs mitnichten vorbei ist.

Wo die Modernisierung der chinesischen Wirtschaft Reformen erfordert, werden diese weiterhin durchgeführt. Allein schon die verschiedenen neuen Gesetze, darunter immerhin das erste Urheberrechtsgesetz seit dem Bestehen der VR China, das seit 1.6.1989 in Kraft ist, sowie ein am 9.4.1991 in Kraft getretenes Zivilprozeßgesetz widerlegen Thomas Heberer. Ihm gelingt es nicht, die offizielle Reformpolitik der Kommunistischen Partei Chinas, die auf Mao Zedongs 1957 aufgestellte These von den in der "sozialistischen Gesellschaft" fortbestehenden "Grundwidersprüchen" fußt und auf eine "Selbstperfektionierung des Sozialismus" hinzielt, von dem Bild zu unterscheiden, das man sich im Westen zu Unrecht von der chinesischen Reformpolitik machte und offenbar weiter macht, und zwar aufgrund der die westliche Chinakunde teilweise seit Jahrhunderten heimsuchenden Neigung zu Projektionen und Wunschvorstellungen.

"Nachdenken über China" mit Ulrich Menzel (Hrsg.)

Siebzehn Autoren nehmen die Ereignisse von 1989 zum Anlaß, "Bilanz zu ziehen nach 40 Jahren chinesischem Sozialismus und zugleich das bisherige China-Bild einer radikalen Kritik zu unterwerfen". Kaum behelligt werden dabei allerdings diejenigen Personen, die "das bisherige China-Bild", zum Beispiel im deutschsprachigen Raum, maßgebend geprägt haben.

Natürlich ginge es hierbei nicht um eine Kritik an Personen, sondern um deren China-Wahrnehmung und -Präsentation. Eine eingehende Auseinandersetzung mit den Vorstellungen, die er sich von China gemacht hat, unternimmt Gerd Koenen, in seinem Beitrag über *'Unsere kleine deutsche Kulturrevolution'* (S.242ff). Koenens Aussage über den deutschen Maoismus in den siebziger Jahren trifft exakt: *'(Er) hatte fast nichts mit China zu tun, (doch) kam er unserer eigenen Motivation und Weltsicht in vielem entgegen'*(S.242). Koenen bezieht sich zwar ausschließlich auf die späten sechziger und die siebziger Jahre, doch trifft seine Kritik auch auf die China-Rezeption in den achtziger Jahren zu, als westliche Kreise sich in einem Freudentaumel über 'Reform-China' befanden.

In dem von Menzel herausgegebenen Buch finden sich zahlreiche Hinweise auf den Blutzoll, den der Kommunismus - und zwar nicht nur in China - gefordert hat. Dabei wird der Volksrepublik China mehrmals Taiwan als Vorbild empfohlen, was merkwürdig anmutet, weil dort erst seit 1988 ein allmählicher Reform- und Öffnungsprozeß einsetzte. Dies geschah erst nach Beendigung des unter einer Einparteienherrschaft bewerkstelligten Wirtschaftsaufbaus. Besonders befremdlich mutet der Umstand an, daß in keinem der Bücher das Massaker erwähnt wird, das die antikommunistischen Guomindang-Truppen zur Machtsicherung in Taiwan landesweit im Frühjahr 1947 angerichtet haben (1) und das gewissermaßen der Ausgangspunkt des in beiden Werken nur in hellen Farben geschilderten taiwanesischen Wirtschaftswunders war. Bis heute ist die Zahl jenes im Westen mit sehr viel Diskretion behandelten Blutbades nicht genau geklärt. Die Rede ist von zwischen 10.000 und 20.000 Getöteten. Allein dieses Detail der Verschweigung eines düsteren Kapitels in der jüngsten Geschichte Taiwans in beiden besprochenen Büchern deutet an, wie schwierig es für manchen Chinabetrachter zu sein scheint, China nicht in eindimensionaler, sondern in multiperspektivischer Weise zu erfassen.

Auch wenn Eberhard Sandschneider in seinem Beitrag zutreffend fordert: *"Man täte ... besser daran, (chinesische) Politiker und die Politik, für die sie stehen, so zu sehen, wie sie sind und nicht so, wie man sie gerne hätte"*(S.90), enthalten beide Bücher keine Hinweise darauf, wie dieses Postulat bei der künftigen China-Betrachtung besser in die Tat umgesetzt werden könnte.

Harro von Senger

Anmerkung: (1) Das Institut für Asienkunde (Hamburg) hat 1991 das erste deutschsprachige Buch zum Thema herausgegeben. Günther Whittome: Taiwan 1947. Der Aufstand gegen die Kuomintang. Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg, Nr.196. Hamburg 1991, 253 Seiten, 28.-DM.

Thomas Heberer, Rüdiger Weigelin (Hrsg.): Xiandaihua. Versuch einer Modernisierung. Entwicklungsprobleme der VR China, Horlemann Verlag, Bad Honnef 1990, DM 24,-

Ulrich Menzel (Hrsg.): Nachdenken über China, edition suhrkamp, Frankfurt/M 1990, DM 16,-

Pappschachtelstadt - Erzählungen aus Ägypten

Das Buch "Pappschachtelstadt", das Hartmut Fähndrich, Lehrbeauftragter für Islamwissenschaft und Arabisch an der ETH Zürich, dieses Jahr im Lenos-Verlag herausgab, ist eine Sammlung von Kurzgeschichten, die fünf ÄgypterInnen zwischen 1974 und 1989 geschrieben haben. Sie alle haben ein Universitätsstudium hinter sich gebracht und sind neben ihren eigentlichen Berufen als Hausfrau, Buchhalter, Korrektor bei einer Tageszeitung etc. als freie SchriftstellerInnen tätig. In ihren Kurzgeschichten setzen sie sich mit dem Alltag der ägyptischen Bevölkerung zur Zeit Nassers und Sadats auseinander.

Die Regierungszeit Nassers von 1952 bis 1970, die sie als Kinder bzw. Jugendliche miterlebten, verbanden die meisten der ärmeren ÄgypterInnen mit großen Hoffnungen. Nachdem die "freien Offiziere" unter der Führung Nassers König Faruk zur Abdankung gezwungen und damit die Monarchie abgeschafft hatten, wurde das Land zum ersten Mal von einer Regierung geführt, die sich dadurch legitimierte, daß sie den unteren Bevölkerungsschichten Besserung ihrer wirtschaftlichen Situation versprach. Tatsächlich folgten den Versprechungen auch eine umfassende Landreform und eine Reihe von Verstaatlichungen, deren hervorstechendste die des Suezkanals war.

Nasser war in der gesamten arabischen Welt zu einer Integrationsfigur geworden, die für den Kampf gegen den europäischen Imperialismus stand. Dies ist allerdings nur eine Seite der Medaille. Die andere bestand in einem äußerst aktiven Geheimdienstapparat und in der Verfolgung von RegimekritikerInnen. So meint auch Nagib Machfus [1], der sich in einer fiktiven Szene an Nasser wendet: "Ich leugne nicht, daß du den Armen Sicherheit botest, aber für denkende Menschen und für Intellektuelle - also für die Avantgarde des Volkes - warst du ein Fluch. Sie hast du festgenommen, eingekerkert, aufgehängt oder sonst irgendwie umgebracht, bis du schließlich ihre Würde gebrochen, ihre Menschlichkeit mit Füßen getreten, ihre positive Einstellung vernichtet und ihre Persönlichkeit zerstört hattest, und Gott allein weiß, wann all das wieder hergestellt sein wird".

Genau diese Ambivalenz spiegelt sich in den kurzen Episoden wider: Da ist auf der einen Seite die Geschichte von Sainat, der Analphabetin. Regelmäßig schreibt sie "ihrem" Präsidenten - es handelt sich dabei um Nasser - mit Hilfe von Abduh, dem Barbier, sorgfältig ausformulierte Briefe, in denen sie ihm sämtliche Sorgen, die sie quälen, mitteilt. Und offensichtlich werden ihre Klagen erhört: eine Staatsangestellte sucht sie auf, bald darauf erhält Sainat eine Sonderrente von drei Pfund pro Monat.

Für die andere Seite steht "Die Liebe zum Führer" von Jussuf Abu Rajja: Ein ganzes Dorf versammelt sich am Bahnhof, um dem von allen verehrten Führer, der in einem Zug den Ort passieren soll, Respekt zu zollen. Bald ist es soweit: "Mit einemmal zog der lange Zug langsam an uns vorüber. Er war ehrfurchtgebietend und fuhr unbezähmbar wie ein edles Roß, das wohl weiß, was für Männer es trägt. Unsere Augen suchten begierig nach dem offenen Wagen, und wir erblickten ihn in der Mitte - er besaß eine Plattform mit einem Geländer, das golden in der Sonne glänzte. Er stand, im schwarzen Anzug, den wir von seinem Foto kannten, enorm groß zwischen den Männern, winkte mit erhobener Hand und grüßte auf seine wohlbekannte Art. Auf seinem Gesicht lag ein mildes Lächeln." Ibn Ghani - der einzige Mann im Dorf, der ein Pferd besitzt - reitet noch ein Stück weit hinter dem Wagen her, um dem Führer länger zujubeln zu können, da knallt es plötzlich. Ein Gewehrschuß aus dem Zug hatte das Pferd getroffen. Als einige Schüler näherkommen, sehen sie das weiße Tier, auf der Seite liegend, "die Beine nach oben gestreckt, die Nüstern im Staub, den weiße Flüssigkeit näßte. Als [Ibn Ghani] den Sattel abgenommen hatte, wurde der zerfetzte Bauch des Pferdes sichtbar, seine Eingeweide leuchteten rot. Ibn Ghanis Existenz ist zerstört - das Pferd war alles, was er besaß - doch für den Führer handelt es sich bei diesem Vorfall um eine Lappalie, solange die Mehrheit des Volkes hinter ihm steht und die Presse stimmt.

Bezüglich Anwar al-Sadat ist die Haltung der SchriftstellerInnen wesentlich eindeutiger als gegenüber Gamal Abd al-Nasser. Sadat, der immer als Gefolgsmann Nassers gegolten hatte, warf das Steuer um hundertachzig Grad herum, als er im Jahre 1970 die Regierungsgeschäfte übernahm. Anstatt - wie es bisher der Fall gewesen war - die Partnerschaft mit der Sowjetunion zu suchen, orientierte er sich an den USA, öffnete die ägyptische Wirtschaft für Kapital und den Markt für Produkte aus dem Westen - Luxuswaren wurden angeboten, die sich nur die Wohlhabenden leisten konnten. Aus dem Staatskapitalismus wurde die Politik der offenen Tür, was der ägyptischen Wirtschaft und dem Großteil der ägyptischen Bevölkerung keine nennenswerten Vorteile und viele Nachteile gebracht hat. Die Kurzgeschichten handeln von der Verteuerung des Brotpreises ("Sainat beim Präsidentenbegräbnis") oder beispielsweise von den schlechten Lebensumständen unter Sadat.

Die Geschichten in "Pappschachtelstadt" gehen nicht nur auf das Verhältnis Herrscher/Beherrschte ein. Eine weitere Ebene ägyptischer Realität, die in diesem Buch ebenso zu ihrem Recht kommt, ist die der zwischenmenschlichen Beziehungen und ihrer Bestimmungsmomente. Unter diese Kategorie fallen die Moralvorstellungen und die Rolle, die der Islam im Alltagsleben der ÄgypterInnen spielt, ebenso wie die durch die Einkehr des Amerikanismus bewirkte Konsumorientiertheit der Bevölkerung. Die moderne Konsumgüterindustrie wird symbolisiert durch eine Stadt, die geprägt ist von Pappschachteln, die nach Entnahme der Waren keine andere Funktion mehr haben als den Müllberg zu erhöhen.

"Pappschachtelstadt" gehört zu den Büchern, deren Lektüre sich lohnt - zumindest für diejenigen, die sich für den arabischen Raum und die Lebensweise der dort ansässigen Menschen interessieren. Es bietet keine dokumentarischen Schilderungen - vielmehr vermittelt es die Gefühle, die die Bevölkerung mit Geschehnissen dort verbinden. Diese Gefühle kennenzulernen ist nötig - gerade in westlichen Gesellschaften, in denen das Denken viel stärker von der Logik der Naturwissenschaften und ungleich weniger vom Einfluß der Religion bestimmt wird. Mit "kennenlernen" ist deshalb auch nicht die rationale Erklärbarkeit gemeint, denn wenn frau die kausalen oder finalen Gründe für etwas kennt, heißt dies noch lange nicht, daß sie es versteht bzw. die Motivationen für bestimmte Handlungen nachvollziehen kann. Doch eben das ist wichtig, wollen wir Wege finden für die Begegnung mit einer Kultur, die der westeuropäischen so fremd ist.

Nivien Saleh

Pappschachtelstadt - Geschichten aus Ägypten. Herausgegeben von Hartmut Fähndrich. 216 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag, 34.- DM, Lenos-Verlag Basel 1991.

Anmerkung:

(1) Ein Auszug aus dem 1983 erschienenen Werk des Literaturnobelpreisträgers "Vor dem Thron. Ein Gespräch mit den großen Persönlichkeiten Ägyptens von Menes bis Anwar Sadat" bildet die Einleitung des Buches.

Sextourismus und Aids

Es ist erfreulich, daß mittlerweile der Sextourismus in den Medien thematisiert wird. Die Aidsproblematik hat hierzu sicherlich beigetragen. Trotzdem wird das Problem häufig in einem falschen Licht dargestellt. Interviewt und porträtiert werden v.a. Prostituierte, nicht selten wird bei ihnen das Problem der Virusübertragung ausgemacht. Eine solche Sichtweise greift allerdings zu kurz. *"Die einen (die Sextouristen, d.A.) wählen das Risiko in freier Entscheidung zum Zwecke des Lustgewinns, die anderen (die Prostituierten, d.A.) sind aufgrund ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation dazu gezwungen"*(113). In ihrem Buch geht es der Autorin darum, die Zusammenhänge zwischen Tourismus, Prostitution und Aids in Ländern der Dritten Welt aufzuzeigen. Die Untersuchungen konzentrieren sich hauptsächlich auf Thailand, Kenia, die Philippinen, die Dominikanische Republik und Brasilien. Das Buch ist zugleich die erste deutschsprachige Studie, die sich diesem Themenkomplex widmet.

Heute zählt die Landflucht in den Ländern der Dritten Welt zu den wichtigsten Ursachen für das Anwachsen der Prostitution. Die Prostitution ist eine der wenigen Erwerbsmöglichkeiten für diese Menschen. Frauen werden häufig zu "Low-class"-Prostituierten, die in Bars und Nightclubs arbeiten, und beim Barbesitzer für eine bestimmte Zeit ausgelöst werden müssen. Unter ihnen ist die Aids-Infektionsgefahr besonders groß, im Gegensatz zu den besser verdienenden "High-class"-Prostituierten, die in etablierten Zuhälterringen arbeiten.

Die Kinderprostitution gehört ebenso zu den Folgen der Landflucht. Die Kinder arbeiten auch als homosexuelle Prostituierte.

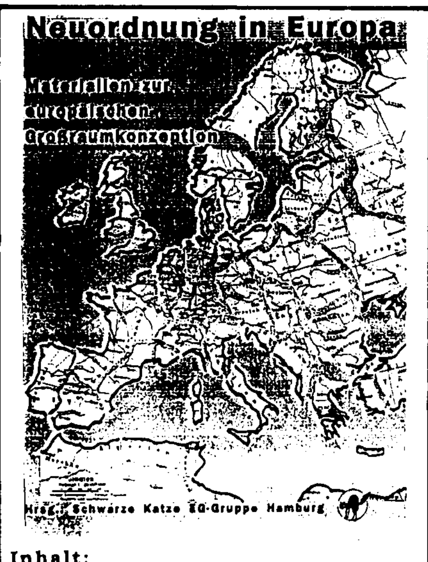
Ausführlich wird die Situation von Frauen und Kindern in diesem Gewerbe beschrieben. Dabei warnt die Autorin davor, die Prostituierten als Opfer zu betrachten. *"Diese Frauen haben die Prostitution aktiv als Überlebensstrategie gewählt, abgesehen von den Fällen, in denen Zwang und Gewalt ausgeübt wurde. Immer mehr wollen sie als Frauen, als Prostituierte, gesellschaftlich anerkannt werden, weshalb sie auch eine Entkriminalisierung ihrer Tätigkeit und gesellschaftliche Anerkennung fordern"* (60). So wird in dem Buch auch ein Kapitel dem Widerstand gegen Sextourismus und Aidspolitik von Seiten der Frauen- und Prostituiertenorganisationen in diesen Ländern gewidmet. Als Selbsthilfegruppen haben sie eigene Anti-Aids-Programme gestartet, die Beratung, Aufklärung, Kritik der offiziellen Aidspolitik und Öffentlichkeitsarbeit beinhalten. Überhaupt kommen in dem Buch erfreulich oft solche Nicht-Regierungs- Organisationen mit ihrer Kritik und ihren Forderungen zu Wort. In den Fernreiseländern der Dritten Welt ist die HIV- Infektionsrate unter den Prostituierten höher als in den USA und Europa. Ein Grund liegt sicherlich darin, daß Safer-Sex-Praktiken in den Fernreiseländern in der Regel nicht akzeptiert werden. Dennoch sollte die Prostitution nicht als Hauptrisikofaktor für die HIV-Infektion betrachtet werden, wie die Autorin schreibt. *"In die meisten der asiatischen sowie lateinamerikanischen Reiseziele wurde das HIV-Virus durch Ausländer, in erster Linie durch Militärpersonal und Touristen, gebracht"* (35). Die nationalen Regierungen haben sich erst sehr spät der Aidsproblematik angenommen. Noch heute versuchen sie das Problem herunterzuspielen, da der (Sex-)Tourismus eine wichtige Einnahmequelle für diese Länder ist.

In dem Buch wird auch die Rolle des Sextouristen untersucht. Dabei stützt sich die Autorin u.a. auf empirische Arbeiten. Deutlich wird, daß die anonyme Masse der Freier mit ihren unterschiedlichen Motivations- und Verhaltensstrukturen künftig genauer untersucht und hinterfragt werden muß. Obwohl die meisten Freier sich der Aidsproblematik bewußt sind, steigt die Zahl der Sextouristen in Fernreiseländer gerade wegen der Aussicht auf ungeschützen Sex. *"Angesichts des Aidsrisikos ungeschützten Sexualverkehr einzufordern, ist eine besonders krasse Form von Ausbeutung, die deutlich macht, daß eine Hinterfragung des individuellen Verhaltens und eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Freiertum längst überfällig ist"*(115). Schließlich wird in dem Buch auch das Geschäft der Reisebranche mit dem Sextourismus kritisiert. Nach wie vor wird offensiv für diese Art des Tourismus geworben.

Mechtild Maurer begnügt sich allerdings nicht mit der Darstellung und Kritik des Sextourismus und der Aidsproblematik, sondern entwickelt am Schluß des Buches auch einen Forderungskatalog mit Umsetzungsmöglichkeiten in unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Bereichen. Somit spiegelt das Buch nicht nur den aktuellen Diskussionsstand wider, sondern entwickelt auch eine Perspektive für eine schrittweise Lösung des Problems.

uju

Mechtild Maurer "Tourismus - Prostitution - Aids", Rotpunktverlag, Zürich 1991, 146 S., DM 15,-





Unverblümte Geschäfte Blumenanbau in der Dritten Welt

Kaffee, Tee, Kakao, Bananen und Ananas standen als typische "Kolonialwaren-Produkte" im Mittelpunkt von Kampagnen der Solidaritätsbewegung. Mit dem Buch "Unverblümte Geschäfte" aus dem Verlag der Verbraucher-Intitative wird die Aufmerksamkeit auf Blumen gelenkt.

Nicht ohne Grund. Nur noch jede dritte bei uns verkaufte Blume wächst in einheimischer Erde. Die meisten Importe kommen aus den Niederlanden. Doch unter dem von der Weltbank verordneten Zwang, mehr Devisen zu erwirtschaften, suchen viele Länder der Dritten Welt nun ihr Glück auch im Export von Blumen. Die meisten werden aus Kenia, Kolumbien und Südafrika eingeflogen, aber auch Länder wie Thailand, Brasilien und Äthiopien treten als Anbieter auf. Die HerausgeberInnen des Buches beschränken ihre Darstellungen und Analysen nicht auf die arbeitsrechtlichen und ökologischen Aspekte des Blumenanbaus in der Dritten Welt. Gleichberechtigt daneben stehen Kapitel, die die Bedingungen des Blumenanbaus in Europa beschreiben. So wird z.B. klar, daß der Einsatz von chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln (mit graduellen Unterschieden) nicht nur die Gesundheit der ArbeiterInnen und die Umwelt in der Dritten Welt schädigt.

An diesem Punkt wird eine wesentliche Stärke des Buches deutlich. An der Zusammenstellung waren nicht nur AutorInnen aus der Dritte Welt-Menschenrechts-Bewegung beteiligt, sondern auch GewerkschafterInnen und Mitglieder der Verbraucher Initiative (Bonn) und des Pestizid Aktions-Netzwerks (Hamburg).

Bereits im Vorwort beziehen die AutorInnen eindeutig Stellung in der Fragestellung Boykott ja oder nein. Die Forderung nach einem Blumenboykott ist keine Hilfe für die Betroffenen, sondern gefährdet ihre Lebensgrundlage. Allerdings stellen sie ihren Standpunkt in einen weltwirtschaftlichen Zusammenhang. Es ist für sie klar, daß die gefährlichen Arbeitsbedingungen der ArbeiterInnen in den Ländern der Dritten Welt mit durch das von den Industrieländern dominierte Weltwirtschaftssystem und durch unsere Konsumwünsche verursacht werden.

So sind knapp zwei Dutzend Aufsätze zusammengekommen, die mit vielen Fotos, Gedichten und Kästen LeserInnen-freundlich gestaltet sind. Die wesentlich mit dem Blumenhandel zusammenhängenden Themen werden kurz beleuchtet: Pestizideinsatz und Arbeitsbedingungen der Blumen-ArbeiterInnen, ebenso wie Welthandels-Problematik, alternativer Blumenanbau und Blumengeschäfte mit Südafrika.

br

Braßel, Sauerland, Schürmann-Mock (Hg): Unverblümte Geschäfte - Wie man mit Blumen einen guten Schnitt macht. Verbraucher Initiative Verlag, 1991, 132 Seiten, DM 12,80.



Alle Welt in einem Buch

Nach einem aktuellen deutschsprachigen Handbuch zu den Staaten der Welt können Sie lange suchen! Das "Handbuch der Dritten Welt" von Nohlen/Nuscheler (Verlag Hoffmann und Campe, 1983) wirkt allmählich etwas angestaubt. Fischers Weltalmanach ist zwar aktuell, aber unzulänglich. Er bringt die gängigsten Wirtschaftsindikatoren und einige politische Namen, sowie die Farben der Nationalflagge. Soziale Indikatoren fehlen vollständig.

Da hilft nur die Flucht ins Englische - zum **Third World Guide 91/92**, der vom Instituto del Tercer Mundo (Montevideo) herausgegeben und in der BRD vom Lamuv-Verlag vertrieben wird.

Im Gegensatz zu anderen Werken dieser Art ist der Third World Guide von zahlreichen AutorInnen aus aller Welt zusammengetragen worden, von JournalistInnen, die im unabhängigen, nicht auf Profit ausgerichteten Netzwerk der "Third World Editors" zusammengeschlossen sind. Sie berichten aus einem außereuropäischen Blickwinkel in vielen kurzen Beiträgen über weltweite aktuelle Themen wie Ökologie, Flüchtlinge, Medien, Menschenrechte, Bevölkerungsentwicklung oder Tourismus, um nur einige zu nennen. Zu diesen Themen finden sich auch zahlreiche Tabellen im Text.

Den größten Teil der über 600 Seiten füllen die Einzeldarstellungen der Staaten der Welt. Hier finden sich Einzelbeiträge zur historischen und politischen Entwicklung des Landes, Indikatoren zu Bevölkerung, Gesundheit, Erziehung, Kommunikation, Militär, Energie, Wirtschaft und den Staatsausgaben, außerdem Angaben zur wirtschaftsgeographischen und politischen Struktur des Landes sowie eine Landkarte und Graphiken zu Lebenserwartung, Alphabetisierung, Auslandsverschuldung und zum Arbeitsmarkt.

Die dem Handbuch zugrundeliegenden Daten sind in der Regel Veröffentlichungen aus dem Jahr 1990 entnommen, d.h. die Daten beziehen sich auf die Jahre 1987 bis 1990. Ein ausführlicher Index erleichtert das Auffinden von Namen und Begriffen. Was das Buch interessant macht, ist seine Ausrichtung auf andere als die üblicherweise herangezogenen Informationen: die Menschen der Welt werden nicht auf das Bruttosozialprodukt beschränkt, das sie erwirtschaften, sondern Informationen zu wirtschaftlichen und politischen Zusammenhängen und Zwängen, insbesondere aber zur sozialen Situation stehen im Vordergrund. Die Schwächen des Buches liegen in der mittelmäßigen Druckqualität und im Preis: 68,- DM.

nada

Instituto del Tercer Mundo
Third World Guide 91/92
Montevideo 1990
612 Seiten, in englischer Sprache, 68,- DM Vertrieb in der BRD: Lamuv-Verlag, Göttingen.



Kurz geblättert

Die Neuordnung des Nahen Ostens nach dem zweiten Golfkrieg, die Geschichte des Palästina-Konfliktes und des Kurdistan-Problems, sowie eine detaillierte Darstellung der Region als weltgrößter Rüstungsmarkt (unter besonderer Berücksichtigung des "(un)heimlichen Rüstungslieferanten" BRD) sind Schwerpunkte der Broschüre **"Tatort Nahost"**. Herausgegeben wird sie vom Kommunikationszentrum Idstein e. V., unter Mitarbeit zahlreicher christlicher Friedensgruppen. Sie umfaßt 43 Seiten, eine Liste der in den Nahen Osten unter Beteiligung deutscher Firmen gelieferten Rüstungsgüter und kostet DM 5,- Bezug bei: **KOMZI, Bahnhofstr. 18, 6270 Idstein**

Philippinen, Paradies im Aufruhr. In der Reihe "Menschen - Landschaften" ist jüngst ein neuer Band zu den Philippinen erschienen. Die Herausgeber R. Werning/M.L.U. Hardillo versammeln in diesem reich bebilderten Buch philippinische und deutsche Autoren, die sich kritisch mit der Vielzahl von Problemen dieser Inselgruppe beschäftigen. Dabei enthält der Band aber nicht nur Beiträge, die sich mit der Verschuldung, der Landwirtschaft, mit der Kirche und Regierungspolitik auseinandersetzen, sondern auch Geschichten über den Alltag der Frauen, über Sport und Kultur.'
Elefanten Press Verlag, Berlin 1991, I76 Seiten

EG-Entwicklungspolitik. Stabex-Sysmin-Subventionen: Moderne Formen des Kolonialismus? Die Autoren (Michelsen, Engel u.a.) nehmen die anstehende Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes als Anlaß, sich mit der Entwicklungspolitik der EG auseinanderzusetzen. Zunächst wird ein Überblick über die Hilfe der EG und ihrer Organe gegeben. Anschließend werden die Lome-Verträge zwischen der EG und den AKP-Staaten dargestellt und kritisiert. Im Mittelpunkt stehen dabei die Finanzhilfen zur Stabilisierung der Exporterlöse, das Stabex-Sysmin-System. Auch die Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft wird thematisiert. Am Schluß des Buches haben die Autoren ein "Spiel um den Zucker" entwickelt, mit dem die Problematik der europäischen Entwicklungspolitik durchgespielt werden kann. Zahlreiche Tabellen, Übersichten und Exkurse machen das Buch auch zum Nachschlagen geeignet.
Schmetterling Verlag (Waiblingerstr. 20a, 7000 Stuttgart 50) Stuttgart 1991, 128 Seiten, DM 14,80.

Betr. Artikel von Henning Melber, Nr. 176, S. 36ff:
Wir müssen die Realität sehen, aber hinnehmen dürfen wir sie nicht. Wenn wir akzeptieren, daß es für die „returnees" in Namibia nur die Alternative gibt, „Ausbeuten lassen oder verrecken", schreiben wir das Apartheidsystem fest, das eben nicht nur, nicht in erster Linie ein Problem der Hautfarbe, sonder ein sozioökonomisches Problem darstellt. Es wäre töricht und überheblich, den unmittelbar Betroffenen Vorschriften zu machen. Aber etwas anderes ist es, zu überlegen, ob die vom Verfasser angesprochene Regierung Namibias nicht andere Zwecke verfolgen sollte, als die Bevölkerung „in das System der Lohnabhängigkeit zu integrieren", ob sie nicht Verhältnisse herbeiführen sollte, in denen die Menschen über sich selbst bestimmen. Es ist sicher leichter, gegen die Zusicherung einer fetten Rendite fremdes Kapital ins Land zu holen, als Kooperativen aufzubauen, die ja auch auf Kapital, in Form von Krediten angewiesen sind - und es ist klar, daß mächtige Geldgeber an solchen Projekten wenig Interesse haben. Aber wofür gibt es denn Soli-Bewegungen? Daß solche Projekte nicht funktionieren, ist doch eine Legende: man läßt sie nicht funktionieren, weil sie nicht in die kapitalistische Landschaft passen.

Aber was kann man von Regierungen, wie demokratisch sie sich auch gebärden, schon erwarten? Die Interessen von Staat und Kapital laufen parallel - nicht der mündige Bürger ist gefragt, sondern der brave, pflegeleichte. Nur sind Staat und Kapital keine gleichwertigen Partner, die Abhängigkeit des Staats liegt auf der Hand. Er ist abhängig nicht nur durch seine ungeheure Verschuldung, sonder auch durch seine Korruption: das ist nicht einfach Bestechlichkeit, da gibt es die Grauzone der Gefälligkeiten, der „Sachzwänge", des bürokratischen Filzes und und und ... Da sind schwarze Regierungen nicht anders als weiße.

Stefan Kafka.



▶ **MIZ verleiht neu:**
'Las Estrellas de la Gloria', zu Besuch in einem Guerillo-Lager der FMLN in El Salvador (50 Min., 1991)
'The Battle of Oka', Mohawkaufstand in Kanada (1990, 120 Min.)
'Negu Gorriak' in Herrera de la Mancha', Knastkundgebung am 29.12.90 bei Madrid (40 Min.)
sowie
'Gulf War TV-Projekt', Anti-Kriegs-Demos in den USA (1991, 60 Min.)
'Wie ein Fisch im Wasser', Aufstandsbekämpfung und Rücksiedlung von Flüchtlingen in El Salvador (88/89, 60 Min.)
'Falta Tierra', Landbesetzungen in Honduras (87, 27 Min.)
Katalog und Bestellungen bei MIZ c/o Dritte Welt Haus, Friesengasse 13, 6 Frankfurt/M.-90, Tel.: 069-771 438

Keine Demokratie ohne Entwicklung



Warum gerade jetzt Demokratiebewegung in Afrika? Gibt es Entwicklung ohne Demokratie, Demokratie ohne Entwicklung? Was ist überhaupt Demokratie, in Europa und südlich der Sahara? Das ist nur eine kleine Auswahl der Themen, über die sich am 20. September '91 eine Runde von ca. 50 Afrikainteressierten in Bern sechs Stunden lang den Kopf zerbrach. Die Nachrichtenstelle Südliches Afrika (NaSA) in Basel hatte diesen Kreis, vorwiegend VertreterInnen von schweizerischen NGOs und Solidaritätsgruppen, zu einer Debatte über die "Demokratisierungsdebatte in Afrika" in das Bürgerhaus der Hauptstadt geladen.

Sehr erfreulich war die Auswahl der ReferentInnen. Die VeranstalterInnen hatten dafür gesorgt, daß nicht, wie so oft, sich ausschließlich europäische WissenschaftlerInnen über die Dritte Welt ausließen, sondern daß vorwiegend aus afrikanischer Perspektive über Afrika und die Beziehungen zu Europa gesprochen wurde. Ben Turok, Direktor des Institute For African Alternatives(IFAA) mit Sitz in London und Oscar Monteiro, Politiker aus Mosambik, als Hauptreferenten, auf dem Podium noch Bade Onimode aus Nigeria, Vorsitzender des IFAA-Beirates, und als weitere Hauptreferentin schließlich Michaela von Freyhold von der Universität Bremen.

Das Eröffnungsreferat hielt Ben Turok. Er nannte Daten zur Krise in Afrika und Gründe für das Aufkommen der Demokratiebewegungen gerade zum jetzigen Zeitpunkt. Sehr schnell war er bei der Politik der westeuropäischen Regierungen und von IWF und Weltbank angelangt, mit der er hart ins Gericht ging. Den Demokratisierungsprozeß in Afrika betrachtet er sowohl mit Sympathie als auch mit Skepsis. Zum einen hat er wenig Vertrauen in die Trägergruppen der Demokratiebewegungen und deren wirtschaftspolitische Kompetenz. Wenn er z.B. Chiluba, den Kopf der Oppositionsbewegung in Sambia, eine konsequente Liberalisierung der sambischen Wirtschaft fordern hört, überkommt ihn Unbehagen. Der Staat, so Turok, darf bestimmte Schlüsselbereiche nicht aus der Hand geben. Fraglich ist für Turok, zum zweiten, ob demokratisierte Systeme überhaupt Bestand haben werden, solange nicht die wirtschaftlichen Probleme gelöst sind.

Keine Demokratie ohne Entwicklung. Auch Oskar Monteiros Vortrag zum Thema "Krise des Einparteienstaates und Demokratisierungsbewegungen" hatte diese Quintessenz, und schließlich auch der von Michaela von Freyhold, der sich nach der Mittagspause anschloß. Ihr Thema sollten eigentlich NGOs sein, deren Rolle im aktuellen Prozeß und die Möglichkeiten der nördlichen NGOs, die Demokratisierung in Afrika zu unterstützen. Leider gelangte sie gar nicht so weit. Sie verlor sich in ihrer immerhin sehr informativen Übersicht über die verschiedenen Etappen der europäischen Entwicklungspolitik gegenüber Afrika und den Daten zur Krise des Kontinents.

Dann wurde die Diskussion eröffnet. "Überlassen Sie es den Afrikanern, eine Antwort auf die Frage nach der guten Regierung in ihren Ländern zu finden". Die Europäer haben Afrika genug bevormundet, europäische Regierungen haben zahlreiche Mobutus auf dem Kontinent jahrelang gegen ihr Volk unterstützt, und jetzt plötzlich tun sie, als läge es an ihnen, für Demokratisierung auf dem Kontinent zu sorgen. Auch die NGOs sollten sich da etwas zurückhalten. Anlaß für die ungehaltene Reaktion Turoks war der Vorschlag des Diskussionsleiters, sich der Frage zuzuwenden, ob europäische NGOs zu einer Art progressiver Konditionalität gelangen sollten. Das hieße, die Bereitschaft zu Entwicklungszusammenarbeit davon abhängig zu machen, ob etwas in Richtung Demokratie getan wird. Die Runde wandte sich nach diesem Einwurf also nicht dem Thema Konditionalität zu.

Welches Demokratieverständnis ist in Afrika vorherrschend? Diese Frage schwebte permanent im Raum, von Zeit zu Zeit kam sie auf den Tisch, beantwortet wurde sie nicht. Es gab Andeutungen. "Wenn wir Afrikaner über Demokratie reden, meinen wir nicht nur politische Demokratie, sondern auch soziale Demokratie." Und gerade die kann, wenn Entwicklung ausbleibt, nicht realisiert werden, bemerkte Oscar Monteiro. Michaela von Freyhold wollte bei den derzeitigen Umwälzungen in Afrika zwei Dinge auseinanderhalten: die Einrichtung von Mehrparteiensystemen und die Einberufung von Nationalkonferenzen. Während Mehrparteiensysteme nicht sonderlich demokratisch sein müssen, ist die Einberufung einer Nationalkonferenz ein ganz entscheidender Schritt. Eine staatsbürgerliche Öffentlichkeit deklariert sich zum Forum und macht den Staat zu ihrem Diener. Auf dieser Ebene wird eine Demokratie praktiziert, von der sich die Europäer eine Scheibe abschneiden können. Insbesondere die Deutschen. Freyhold erinnert daran, daß in der BRD die Demokratie nach dem zweiten Weltkrieg von oben angeordnet werden mußte...

Was ist mit Südafrika, wo immerhin für die Weißen politische Demokratie existiert? " Eine partikulare Demokratie ist ein Unding", bemerkt eine Teilnehmerin. "Auch die Schweiz war solange nicht demokratisch, wie die Frauen kein Wahlrecht hatten." Sie ist es auch heute nicht, schallt es aus den hinteren Reihen. Unterschiedliche Demokratiebegriffe.

Nicht nur der Ökonom Bade Onimode, der etliches zu den Auswirkungen der IWF-Strukturanpassungspolitik in Afrika veröffentlicht hat, brachte immer wieder das Thema IWF auf den Tisch. Es brannte den TeilnehmerInnen auf den Nägeln, weil die Schweiz dem IWF beitreten will und die SchweizerInnen demnächst in einem Referendum über den Beitritt entscheiden sollen. Onimode äußerte große Vorbehalte gegen den Beitritt. Er befürchtet, daß die Schweiz das Gewicht ihrer Stimme und ihres Geldes nur dazu verwenden wird, die US-Position und die verheerende Strukturanpassungspolitik zu unterstützen. Und eben diese Strukturanpassungspolitik wurde von den vieren auf dem Podium ein gutes Stück weit für die Krise Afrikas verantwortlich gemacht. Wollen NGOs hierzulande die Demokratiebewegungen in Afrika unterstützen, dann müssen sie auch gegen eine sogenannte Entwicklungspolitik ihre Stimme erheben, die die Ökonomien Afrikas ruiniert. Die Quintessenz der Tagung: Keine Demokratisierung ohne Entwicklung.

isar

Interessierte können bei der Nachrichtenstelle Südliches Afrika für 10.-SF plus Porto einen Tagungsreader anfordern. Anschrift: Missionsstr. 21, CH-4003 Basel, Tel.: 061/2688233

Südafrikas StudentInnen gründen gemeinsamen Verband

Anfang September 1991 wurde in Grahamstown in der Region Ostkap der südafrikanische Studentenkongreß (SASCO) gegründet. Der neue Verband lehnt jede Diskriminierung nach Hautfarbe ab. Die Organisation schwarzer StudentInnen (SANSCO) und die Föderation progressiver weißer StudentInnenvertretungen (NUSAS) vollzogen den bereits länger diskutierten Zusammenschluß. 1968 waren schwarze Mitglieder unter Führung von Steve Biko aus dem von Weißen majorisierten und beherrschten und keineswegs fortschrittlichen NUSAS ausgetreten und hatten die Südafrikanische Studentenorganisation (SASO, später umbenannt in SANSCO) gegründet.

Anfangs stand die SASO der Black Consciousness Bewegung nahe und verstand sich ausschließlich als Interessenvertreterin für Schwarze. 1983 trat sie dann allerdings der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) bei und bekannte sich damit zum Prinzip der Nichtdiskriminierung der Rassen (Prinzip des 'nonracialism'). Ebenfalls 1983 trat die NUSAS als erste weiße Organisation der UDF bei. Dies war durch einen programmatischen Wandel bei NUSAS möglich geworden, der zu einer Radikalisierung der Organisation geführt hatte. Beide Organisationen arbeiteten zwar bei Aktionen des öfteren zusammen, bewahrten aber zunächst noch ihre organisatorische Eigenständigkeit. Erst die dem Apartheid-Regime abgerungenen politischen Veränderungen und die in greifbare Nähe gerückte Vision eines demokratischen Südafrika haben eine gemeinsame StudentInnenorganisation ermöglicht.

Gemeinsame politische Grundlage sind die Freiheitscharta des African National Congreß (ANC) und die drei Prinzipien Anti-Rassismus, Anti-Sexismus und Demokratie. Die politische Affinität zum ANC und die Frage der politischen Autonomie waren die den Gründungskongreß des SASCO beherrschenden Themen. Trotz inhaltlicher Nähe will man doch zum übermächtigen ANC Distanz wahren. Zumal der ANC in einem Post-Apartheidstaat in die Regierung eingebunden sein wird und studentische Interessen dann auch gegenüber einem die Regierung repräsentierenden ANC eingefordert und durchgesetzt werden müssen.

Eine studentische Delegierte sah denn auch im Autonomiestatus der Organisation nicht nur das Privileg den ANC kritisieren zu dürfen, sondern vielmehr die Herausforderung eigene Programme (zum Beispiel zur Bewältigung der Bildungskrise) zu entwickeln. Das Prinzip Anti-Sexismus scheint allerdings nur auf dem Papier zu existieren. Einige Delegierte verfaßten eine Protestresolution gegen die sexistische Sprache auf dem Kongreß. Zudem führten die männlichen Vertreter das Wort, der Anteil von weiblichen schwarzen Delegierten war verschwindend gering. Mit der Begründung, das Prinzip des 'women leadership' (weiblicher Führungsstil) sei konzeptionell und inhaltlich noch nicht ausschöpfend diskutiert, wurde diese Debatte zurück an die lokalen Vertretungen und die Regionen verwiesen.

SASCO wird es in der Zukunft schwer haben, StudentInnen zu mobilisieren. Bei den StudentInnen ist eine Tendenz erkennbar, Probleme im universitären Bereich ausschließlich individuell zu lösen. Sie wenden sich nicht gegen die Bildungspolitik der Apartheid-Regierung, sondern versuchen individuell Stipendien zu erhalten, um weiterstudieren zu können. Zur Individualisierung kommt eine Entpolitisierung hinzu, die im Zuge des formalen Abbaus der Apartheid zu befürchten steht.

Andreas Rosen / ug

Verbotene Literatur

Acht Jahre Gefängnis für den Besitz und das Verbreiten von Büchern des indonesischen Schriftstellers Pramoedya. Mit solch drastischen Urteilen wird in Indonesien gegen politisch aktive Studenten vorgegangen. Die harte Bestrafung soll alle politisch engagierten Studenten einschüchtern. Es ist nämlich kein Zufall, daß diese Verhaftungen in eine Zeit fallen, in der die Studenten vermehrt politische Aktionen starten. Sehr zum Leidwesen der Herrschenden beschränken sie sich dabei keineswegs auf rein studentische Themen, vielmehr ergreifen sie Partei für die Entrechteten, die Kleinbauern, die Landlosen und die Slumbewohner. Der Schriftsteller Pramoedya hat sich in seinem Werk mit dem Alltag dieser Menschen seit langem befaßt (zu Leben und Arbeit des Autors siehe blätter des iz3w Nr. 174). Zwar spielen seine Romane meist in der kolonialen Vergangenheit oder kurz nach der Unabhängigkeit, doch die politische Justiz des Landes hat die Brisanz der Themen in Pramoedyas Büchern längst erkannt. So ist seit dem 8.Juni 1988 der vierte Band seiner Romantetralogie 'Rumah Kaca' (Glashaus) verboten. Der Verkauf dieses Buches und der Vorwurf, einen studentischen Diskussionszirkel geleitet zu haben, führte denn auch zu den hohen Gefängnisstrafen gegen die Studenten.

Quellen: amnesty international, Kompas, Jakarta Post

Bilar - eine andere Hochschule

Die Leere, die sich durch den Angriff auf die türkischen kulturellen Institutionen und das intellektuelle Leben gebildet hat, ausfüllen." Mit diesem Anspruch wurden 1986 in mehreren türkischen Großstädten Bilar-Bildungszentren ins Leben gerufen. Dabei handelt es sich um ein privates Projekt, das die Aufgaben einer Universität übernimmt, ohne sich als solche bezeichnen zu dürfen. Nach dem Wirtschaftsgesetz des Landes ist Bilar eine 'Anonim Sirket' (Aktiengesellschaft), denn private Universitäten unterliegen besonderen Genehmigungsbestimmungen, die Bilar sicherlich nicht erfüllt hätte.

Die Geschichte Bilars beginnt mit dem Militärputsch im September 1980. Nach der Machtübernahme löste das Militär das Parlament auf und verbot sämtliche gesellschaftlichen Organisationen, wie z.B. die Arbeiter- und Studentenvereine und die Gewerkschaften. Die Autonomie der Hochschulen und das Organisationsrecht der DozentInnen und StudentInnen wurde aufgehoben. Im November 1981 trat ein "neues Hochschulgesetz" in Kraft, das Universitäten, Technische Hochschulen, Fachhochschulen und Akademien unter direkte staatliche Kontrolle stellte. Oberste Entscheidungsbehörde ist der 'Hohe Bildungsrat' (Yüksek ögretim Kurulu - YöK), bei dem der Staatspräsident Vetorecht hat.

So werden seit 1981 alle Entscheidungen, welche die Organisationsform oder die Lehrinhalte der Hochschulen betreffen, vom 'Hohen Bildungsrat' gefällt. Hinzu kommen Verhaltens- und Kleiderverordnungen für die DozentInnen und StudentInnen. Verboten sind "lange Haare und Bärte bei Männern" sowie "Hosen und kurze Röcke bei Frauen". Die DozentInnen werden angeleitet, auf etwaige politische Äußerungen der Studierenden zu achten und ein auffälliges Verhalten unverzüglich zu melden. Gegen die Einrichtung des 'Hohen Bildungsrates', aber auch zur Anprangerung der politischen Lage in der Türkei, unterschrieben im Mai 1984 mehr als 1200 türkische Intellektuelle eine Petition an den damaligen Staatspräsidenten Kenan Evren. Sie wurden alle verhört und vor ein Militärgericht gestellt. Die Anklage mußte aber, aufgrund der breiten Proteste der in- und ausländischen Öffentlichkeit, aufgehoben werden. Einige der freigesprochenen ProfessorInnen, SchriftstellerInnen, ÄrztInnen, KünstlerInnen und GewerkschafterInnen schlossen sich daraufhin zusammen und gründeten ihre eigene 'Universität' in Form einer 'Aktiengesellschaft' - Bilar Anonim Sirketi.

Diese besondere Hochschule ist im Handelsregister in Ankara eingetragen, sie kauft und verkauft 'Kultur'. Bis jetzt gibt es die Bilar AG in Istanbul, Ankara und Izmir. Viele bekannte DozentInnen, die in den letzten Jahren ihre Stellen verloren haben, lehren an der Universität Bilar. Sie bieten ohne Gegenleistung Vorlesungen und Seminare zu kritischen und alternativen Themen an. StudentInnen, die an der Bilar-Universtität Veranstaltungen besuchen wollen, benötigen dazu nicht die allgemeine Hochschulreife oder ein Abiturzeugnis. Für die Einschreibung müssen sie 300 Türkische Lira (ca. 25 Pf.) bezahlen.

Das Themenspektrum reicht von Wissenschaftsphilosophie über politische Ökonomie bis hin zu Literatur, Freiheitsutopien, Geschichte der Machtbegriffe. Ausländischen BesucherInnen bietet Bilar die Möglichkeit, an Exkursionen teilzunehmen, Praktika oder Sprachkurse zu absolvieren oder z.B. Studienarbeiten mit den folgenden Themen zu erarbeiten: Frauen in der Türkei, Stadt und Stadtleben, Literatur, Gewerkschaften, Ökonomie und Politik. Seit seiner Gründung hat Bilar Kontakte zu ausländischen Hochschulen, in der BRD zur Technischen Hochschule und zur Fachhochschule in Darmstadt, zur Freien Universität Berlin und zur Universität Bremen. Auch Verbände und Organisationen wie der 'World University Service' und die 'Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft' sowie mehrere StudentInnenvertretungen der BRD unterstützen Bilar.

Weitere Informationen bei:
Ismail Sahin
Sandstr. 48
6100 Darmstadt
Tel.: 06151/315290

Südostasien Informationen, Nr. 3/91 (September)
"Umweltzerstörung und Umweltbewußtsein": * Staudämme am Mekong, * Umweltzerstörung durch Krieg und vietnamesischen Sozialismus , * Militärs bedrohen die Umwelt in Birma, * Thailand: Buddhismus und Ökologie, *Malaysia: Umwelt und Menschenrechte, * Umweltschutz auf den Philippinen. außerdem: *Vietnam: Kommentar zum 7. Parteitag, * Kambodscha auf dem Weg zum Frieden, * Wahl in Singapur, * Leben und Studium indonesischer Studenten in Westdeutschland, * Erste Europäische Konferenz zum Frauenhandel
Umfang: 70 S., Preis DM 7,-, Abo für Einzelpersonen DM 28,-, für Institutionen und Förderer DM 56,-
Bezug: Südostasien Informationsstelle, Josephinenstr. 71, 4630 Bochum 1

Lateinamerika Nachrichten Nr. 207/8, Sept./Okt. '91
Schwerpunkt: Ökologie und Entwicklung. Brasilien - Ökologie und Barbarei, Plan der Industrieländer zur "Rettung" Amazoniens und Beschuß, Dokument: Pilotplan - Eine kritische Stellungnahme, Das Bewässerungsprojekt "Nova California" am Rio Sao Francisco, Brasilien als "Kornkammer" der reichen Länder, Baixada Fluminense: Anmerkungen zu einem Mythos, Chile - Exporte auf dem Holzweg, Nord-Süd - Ökologische Umorientierungen der Nord-Süd-Beziehungen, außerdem: Nicaragua - (Berichterstattung und Stimmen zum FSLN-Kongreß) - Die Arroganz der Opposition (Der Kongreß: Ein Standbild über den Zustand der Frente), Die Meinungsfreiheit siegt im Hinterzimmer (Die FSLN schreibt sich eine demokratische Binnenstruktur in die neuen Statuten), Wie die FSLN den Sozialismus verlor . . . und niemand es merkte, Mit geduldiger Ungeduld (Interview mit Dora Maria Tellez), Who is who in Moscú? (Sandinistische Verunsicherung zwischen Jelzin und Jenajew) Partei und Sandinismus (Bemerkungen zum ersten Kongreß der FSLN), Zwei Projekte? Mexico - Das verlorene Rennen der PRD; El Salvador - Verhandlungspoker - Die letzte Karte ist kein As, Guatemala /USA - Tyrann im Talar; Kuba - Kuba im Licht der Panamerikanischen Spiele; Haiti - Schritt zur Gerechtigkeit; Haiti/Dominikanische Republik - "Wer mit nichts kommt, geht mit nichts"; Argentinien - Der große Betrug, Revolutionäre Rechte; Peru - Je toter desto Terrorist. Geheime Wahlen in Ayacucho, Spaltung der MRTA; Kolumbien - In neuer Verfassung? Interview mit Rodrigo Uprimny von der kolumbianischen Sektion der Comisión Andina de Juristas
Zweimonatsausgabe (114 Seiten): DM 6,50, Einzelheft: DM 5,- /Jahresabo: DM 55,-, Bezug: Lateinamerika Nachrichten Vertrieb, Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Brasilien Rundbrief Nr. 40, September '91
Schwerpunkte: Agrarreform: Vorschläge der Opposition; Lebenswirklichkeit auf dem Lande; Brief von Dom Pedro Casaldáliga, COOPLAV - Wäscherinnen-Kooperative in Olinda, Hoffnung für die Yanomami?, Fausto Ribeiro da Silva Filho ermordet. Kurzmeldungen: 500 Jahre Kolonialismus - Aktionstage im Oktober, Büchertips, Zeitschriftenschau. Bezug: Brasilien Initiative Freiburg e.V., In den Weihermatten 27, 7800 Freiburg. Preis: Jahresabo 15,- DM/Einzelnummer 4,- DM

Dritte Welt 10/1991
Schwerpunkt: Die Linke Lateinamerikas /Erster Parteitag der FSLN / Gespräch mit Orlando Núnez / Zweites Treffen der lateinamerikanischen Linken / Die neue Linke in Brasilien und Mexiko /Weltwirtschaft: Von London nach München /Zweiter "Bericht zur menschlichen Entwicklung" / Ein Maßstab mit Fehlern / Indien: Im Würgegriff des IWF / Vietnam: Angst vor dem Wolf im Schafspelz? Westsahara: UN-Referendum zur Unabhängigkeit /Südafrika: Auf Gedeih und Verderb / Kultur: Demokratiebewegung in der afrikanischen Presse /Rezension: Analyse des Golfkrieges /Kommentar: Ist Kuba anders? / Rückblick: Bürgerliche Revolution in China / Stichwort: "Voodoo" / Infos zur Solidarität: Nahost / Aktionskonferenz / Rüstungsexporte / Termine / Kurzinformationen: Lateinamerika / Mexiko / Türkei / Kambodscha / Madagaskar / Togo / Rüstungsexporte u.a.
Einzelpreis: 4,50 DM; Abo 42,50 DM. Bezug: DRITTE WELT, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Nr. 156
Schwerpunkt Nationale Befreiung? Wolfram Treiber: . . . über die Grenzen hinweg * Inaki Gil de San Vicente: Baskenland * Ulrich Wilken: Jugoslawien * Freweini Zerai: Eritrea * Kampagne '92: Aufruf zu Aktionstagen und anderes zur Kampagne * Dagmar Schultz: Unterschiede zwischen Frauen * EG-Binnemarkt und Konzerne: Interview mit Klöckner-Betriebsräten * BUKO Perestroika: Die Agrarkoordination '92 wirft erste Schatten * BUKO-Protokolle * Notizen aus der Szene * Termine u.v.m.
Bezug: Redaktion FORUM, Buchtstr. 14/15, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/325156 (bitte DM 5,- in Briefmarken oder Schein beilegen).

BOLIVIA Sago Informationsblatt Nr. 90 Juli/August 1991
Schwerpunkt Entwicklungshilfe: Editorial * Entstehung und Organisation der Entwicklungshilfe in der BRD * Staatliche Entwicklungshilfe für Bolivien * Interview bei der GTZ mit Frau Kühlwein und Herrn Gumz * der Entwicklungsdienst * Projekte deutscher Nichtregierungsorganisationen in Bolivien * Die deutsch - bolivianische Industrie- und Handelskammer * Abkürzungen und Glossar * Straßenblockade geschietert * Kabinettsumbildung * La Paz im 21. Jahrhundert * 45 von 50 Friedhöfen in La Paz sind illegal * Export von Lamas in die USA * Cholera in Bolivien * Neue Grenzprobleme mit Chile * Jaimitos Ecke * Zeitschriftenschau * Termine * Bolivien-Forum.
Preise: Einzelheft 2,50 DM * Förderabo 25,- DM * Auslandsabo 20,- DM Adresse: Bolivia Sago Informationsblatt, Kottbusser Damm 101, 1000 Berlin 61

ila Nr. 47, Juli/August 91
Schwerpunkt: "Kinderwelten". Interviews und Beiträge zu Kindsein und Heranwachsen in Lateinamerika und hier: "Kindheiten in der Einen Welt / Kinderfreundliches Mexiko / Vergleichende Studie zu Kindergruppen in Peru und in der BRD / Thesen zum Thema "Kinderausbeutung" / Kinderarbeit? /Straßenkinder organisieren sich / Kinder- und Jugendliteratur. Außerdem: Frei betto: Der Markt und seine Opfer" / Gespräche mit Jorge Villacorta (El Salvador) über Demokratisierungsmöglichkeiten / Lebendige Linke Lateinamerikas (Treffen in Mexico-Stadt) / Verhandlungen zwischen Guerilla und Regierung in Kolumbien gescheitert / FSLN-Regionalkongreß in Managua.
Ländernachrichten: Argentinien, Haiti, Mexiko, Uruguay Notizen aus und für die Bewertung, u.a.: Eindrücke vom 2. PIZZA-Seminar auf Borkum; Termine; Zeitschriftenschau.
Einzelpreis DM 5,-; Jahresabo DM 50,-, erm. 40,-. Bezug: ila, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1 / Tel.: 0228-65 86 13

"Freire-Brief 50/91"
Aus dem Inhalt: Schule und Entwicklung / Die große Mythentüte / Der schlimmste Boxkampf - Bsp. zur Volkserziehung aus Panama / Seminareinladungen, Tips, Hinweise, Zeitschriftenschau, Preis: 4,- DM inkl. Versandkosten bei: SPAK, Adlzreiterstr. 23, 8 München 2

WFD Querbrief 2/91
Thema: Genossenschaften: Genossenschaften zwischen Mythos und Realität - Wo kommen die richtigen Ideen her? Ein linkes Zöpfchen muß ab. - Effizienz und Partizipation - Gadanken eines afrikanischen Entwicklungshelfers in einem deutschen Dorf. Lobbyarbeit: Zur politischen Einflußnahme von NROs im vor-, außer-, und parlamentarischen Raum (J. Horlemann) - Wir fordern die Bürgerbewegungen auf, ein Zeichen zu setzen - "The simple Truth" (offener Brief des WFD).
Bezug: Weltfriedensdienst e.v., Hedemannstr. 14, 1 Berlin 61



Frank Kürschner, **Kein Grund zum Feiern - 500 Jahre Hamburg- Amerika,** 94 Seiten, DM 5.-, Bezug: Nordelbisches Zentrum für Weltmission, Agathe-Lasch-Weg 16, 2000 Hamburg 52.

EPI (Hg.), **Entwicklungspolitik - Organisationen, Medien, Journalisten,** 1991, 196 Seiten, DM 17.-, epi-Verlag, Bismarckstr. 32, 6601 Saarbrücken-Schafbrücke.

Reinhard Schulze, **Menschenrechte in der islamischen Diskussion**, Juli 1991, 23 Seiten, DM 4.-, Bezug: Institut für internationale Politik, Postfach 131821, 5600 Wuppertal 1

Sigrid Faath, **Algerien. Gesellschaftliche Strukturen und politische Reformen zu Beginn der neunziger Jahre**, 732 Seiten, Hamburg, Deutsches Orient-Institut, 1990

Urs M. Fichtner, Sergio Vesley - **Im Auge des Jaguars - Episoden aus der indianischen Geschichte Lateinamerikas**, 189 Seiten, Signal-Verlag Baden-Baden 1991

Monika Bossung, **Das Volk entscheidet - Uruguays Widerstand gegen die Militärdiktatur**, 162 Seiten, DM 24.-, AG Spak München 1990

Ernesto Koch, **Uruguay - Zwischen Diktatur und Demokratie**. Ein lateinamerikanisches Modell? 214 Seiten, DM 32.-, Frankfurt 1991, DIPA-Verlag

Dieter Neubert (Hg.), **Die Zukunft Amerikas - Überleben in der Krise**, 144 Seiten, COMDOK-Verlagsabteilung, Sankt Augustin

Horst Unbehaun, Ethnizität und Gesellschaft - **Türkische Arbeitsmigration nach Saudi-Arabien und Libyen**, 163 Seiten, Verlag das arabische Buch, Berlin, 1991

Jürgen Varnhorn, **Die Technologiepolitik des Andenpakts**, 349 Seiten, Verlag Breitenbach Publishers, Saarbrücken 1990

Jochen Hippler, **Die neue Weltordnung**, 184 Seiten, Konkret Literatur Verlag

Ilija Trojanow, Peter Ripken, **Afrikanissimo**, 259 Seiten, C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung

Ferruccio Bertini, **Heloise und ihre Schwestern**, 216 Seiten, Peter-Hammer-Verlag

Hans-Peter Foth, **Der Kongreß der Philippinen**, 290 Seiten, Institut für Asienkunde, Hamburg

Ulrike E. Frings, **Rolle und Funktion nichtstaatlicher Organisationen in Indonesien**, 181 Seiten Institut für Asienkunde, Hamburg, 1991

Verein für Friedenspädagogik Tübingen, **Dimension des Golfkrieges - Unterrichtsmaterial,** 36 Seiten, Druck und Koch, Reutlingen, 1991

Antonio L. Palmisano, **Ethnicity: The Beja as Representation**, 137 Seiten, Verlag das arabische Buch, Berlin 1991

Koordination gegen Bayer-Gefahren, **Bayer macht Kasse**, 221 Seiten, DM 24.80, Schmetterling-Verlag, 1991

Horst Goldstein (Hg.), **Der gekreuzigte Kontinent - 500 Jahre evangelisierung Lateinamerikas**, 95 Seiten, Peter-Hammer-Verlag, 1991

Norman Lewis, **Die Missionare** - Über die Vernichtung anderer Kulturen. 262 Seiten, Klett-Cotta, Stuttgart, 1991

Die Europäische Gemeinschaft und Lateinamerika. Seminar aus der Reihe: Lateinamerika-Forum - 500 Jahre "Entdeckung", "Eroberung" und "Kolonisierung" Lateinamerikas. Termin: 8.-10.11.1991 in Frankfurt Infos und Anmeldung: World University Service, Goebenstr. 35, 6200 Wiesbaden.

Allahu akbar - Der Islam in Europa. Tagung vom 8.-10.11.1991 in Passau. Infos und Anmeldung: Evangelische Akademie Tutzing, Schloss- Straße 2+4, 8132 Tutzing, Tel.: 08157/2510

17. Tagung der Reihe Dritte Welt im Unterricht der Sekundarstufe I und II vom 15.-17.11.1991. Infos und Anmeldung: Evangelische Akademie, Akademieweg 11, 7325 Bad Boll, Tel.: 07164/790

Gerechtigkeit für alle - **Bilanz, Grundlagen und Perspektiven kirchlicher Entwicklungsarbeit**. Studienkonferenz vom 5.- 6.11.1991 in Bensberg bei Köln. Infos und Anmeldung: Thomas-Morus-Akademie, Postfach 100346, 5060 Bergisch-Gladbach 1

Den Einen die Knete ... den Anderen den Knast. Wer hat ein Interesse am Drogenhandel?; Staatliche Drogenpolitik - Legalisierung oder Kriminalisierung; Export von Grundstoffen für die Drogenproduktion aus der BRD; Das Geldwaschgeschäft der Banken; Situation von DrogenkurierInnen. Seminar von 1.- 3.11.1991 in Frankfurt/M. Infos und Anmeldung: Kolumbiengruppe Frankfurt, Haus der Jugend, Deutschherrenufer 12, 6000 F/Sachsenhausen

Das Eine-Welt-ABC - Ein entwicklungspolitischer Alphabetisierungskurs vom 30.11.-1.12.1991 in Ellwangen. Infos und Anmeldung: Bildungsstätte der Comboni-Missionare, c/o Johannes Holz, Postfach 1252, 7090 Ellwangen/Jagst, Tel.: 07961/54081

Menschenrechte im Schatten der Weltpolitik - Osttimor und Westpapua. Seminar vom 2.-3.11.1991 in Oldenburg. Infos und Anmeldung: VHS, Waffenplatz 17, 2900 Oldenburg.

Rassismus - Sexismus - Internationalismus. Frauenseminar vom 29.11.-1.12.1991 in Bielefeld. Infos und Anmeldung: BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50

Menschenrechtsarbeit ist richtige Arbeit - Tagung für Haupt- und Ehrenamtliche in Menschenrechtsorganisationen und in der Erwachsenenbildung sowie für Lehrerinnen und Lehrer vom 4.-6.12.1991 in Bad Boll. Infos und Anmeldung: Evangelische Akademie Bad Boll, 7325 Bad Boll, Tel.: 07164/791

Das Ei des Kolumbus? Lateinamerika und Europa im Unterricht: Perspektiven auf das Jahr 1992. LehrerInnen-Fortbildungstagung vom 10.-13.11.1991 in Bielefeld. Infos und Anmeldung: Oberstufen-Kolleg -Kolumbus-Tagung-, Postfach 8640, 4800 Bielefeld 1.

Weltoffene Städte und Gemeinden in der Zerreißprobe? Kommunales Nord-Süd-Engagement und neue Herausforderungen. Seminar vom 10.-13.11.1991 in Bonn. Infos und Anmeldung: Gustav Stresemann Institut e.V., Langer Grabenweg 68, 5300 Bonn 2.

Förderung der lokalen Selbstverwaltung und kommunalen Entwicklungszusammenarbeit - Bedeutung und Rolle im Nord-Süd- Dialog. Tagung vom 20.-22.11.1991 in Wesseling. Infos und Anmeldung: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Institut für politische Bildung, Schloß Eichholz, Postfach 1331, 5047 Wesseling.

Peace Brigades International - Wer sie sind und was sie wollen. Ein allgemeines Informationsseminar vom 22.-24.11.1991 in Augsburg. Infos und Anmeldung: PBI-BRD, Engerserstr. 74a, 5450 Neuwied, Tel.: 02631-24529

Kultur und Menschenrechte in Kamerun. Internationales Seminar vom 20.-24.11.1991 in Hamburg. Infos und Anmeldung: Cultur Cooperation e.V., Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg
ISSN 0933-7733